

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

forwie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Zeitung für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

## Der Beschluß der Unternehmer.

Die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die am 24. und 25. Februar in Straßburg i. El. tagte, hatte sich neben anderem auch mit der Tarifbewegung zu beschäftigen. Da die Verhandlungen nicht öffentlich waren, so erfährt die Öffentlichkeit nur, was die Unternehmer für angebracht halten, ihr mitzuteilen. Danach hätten sie ohne Diskussion folgende Resolution beschlossen:

„Die am 24. und 25. Februar zu Straßburg tagende Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das deutsche Baugewerbe nimmt Kenntnis von der bisherigen Tätigkeit der Dreizehner-Kommission zur Erneuerung der zurzeit geltenden Tarifverträge. Die Hauptversammlung spricht der Kommission für diese Arbeit ihren Dank und ihr vollständiges Vertrauen aus und beauftragt die Dreizehner-Kommission, die Zentralverhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern demnächst wieder aufzunehmen und zum Abschluß zu bringen. Die Hauptversammlung erwartet, über diese erneuten Verhandlungen bereits in der außerordentlichen Hauptversammlung zu Dresden zur endgültigen Beschlußfassung zu kommen.“

Dieser Beschluß ist insofern erfreulich, als er die Fortsetzung der Verhandlungen ermöglicht, die, wenn der Bund die Aufrechterhaltung seiner Abänderungsanträge beschlossen hätte, völlig zwecklos gewesen wären. Mehr aber bedeutet die Resolution nicht. Auf keinen Fall wäre es berechtigt, anzunehmen, der Bund sei von seinen Unterdrückungsplänen zurückgetreten. Nichts wird ihm höchstwahrscheinlich weniger einfallen, als diese Konzeption an die Gerechtigkeit und die Vernunft. Das allerdings ist erwähnenswert, daß dieser Beschluß einem Flügel des Bundes — die „Baugewerks-Zeitung“ spricht von einer Kriegspartei und einer Friedenspartei — nicht gefiel, nämlich dem Flügel, der unter allen Umständen den Kampf will und der darum am liebsten durch ein rückhaltloses Bekenntnis zu den Vergewaltigungsanträgen den Kampf zur festen Gewissheit gemacht hätte. Diesen Schritt hat die Generalversammlung nicht getan; aber vielleicht hat es erst später Beeinflussung bedurft, sie davon zurückzuhalten.

Wir glauben, daß die Führer des Bundes, die für diese Resolution eingetreten sind, den Unternehmern einen guten Dienst erwiesen haben.

Jedenfalls haben sie ein viel feineres Gefühl für das, was ihrer Sache frommt, als die Draufgänger, die da glaubten, alle Welt müsse nach ihrer Pfeife tanzen. Die Unternehmer haben sich mit ihrer brutal-offenherzigen Gewaltpolitik viel geschadet. Wenn selbst bürgerlich-kapitalistische Organe, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ oder die „Frankfurter Zeitung“, Worte der Mißbilligung für die Unternehmer finden, wenn sich sogar eine so rein kapitalistische Korporation, wie die „Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft“, gegen die Arbeitsnachweispläne der Unternehmer wendet, so gehört wahrlich nicht zuviel Scharfsinn dazu, um die Unternehmer einsehen zu lassen, daß sie mit ihrer Gewaltpolitik zu weit gegangen sind. Darum jetzt der unbestimmte Beschluß, den naive Gemüter für ein Einlenken in friedlichere Bahnen halten mögen, der aber hauptsächlich dazu dienen soll, die in der öffentlichen Meinung etwas ramponierte Reputation des Bundes wieder herzustellen. Der Beschluß der Generalversammlung gibt den Unternehmern Zeit und Gelegenheit dazu; die Unternehmer haben damit so gehandelt, wie sie in ihrem wohlverstandenen Interesse handeln mußten.

Man übersehe bei diesem Beschlusse nicht, daß er in keiner Weise ein Aufgeben der sachlichen Ziele des Unternehmerbundes enthält. Mögen die Unternehmer unter sich eine Kriegspartei und Friedenspartei

unterscheiden: in ihren sachlichen Zielen sind sie alle völlig einig; der Unterschied zwischen beiden Flügeln besteht nur darin, daß der eine seine Vergewaltigungs-politik mit etwas verhülltem Verhandlungswert und halbungsvoollen Friedensphrasen garnieren möchte, während der andere in feiner Scharfmachertunneel das nicht nötig zu haben glaubt.

Möglicherweise fehlt es bei den Unternehmern auch nicht an ethischen einichtsvollen und gerechtbedenkenden Männern, die der Gewaltpolitik aufrechtig und um ihrer selbst willen widerstreben; denn es wäre ungeheuerlich, wenn unter soviel Leuten nicht einige mit weitem Blick säßen, die die Unmöglichkeit einsehen, ein solches Scharfmacherprogramm zu verwirklichen, wie es die Unternehmer in ihren Anträgen zum Tarifmuster aufgestellt haben. Doch selbst, wenn diese Leute zahlreicher und einflußreicher wären, als man glauben darf, so einflußreich, daß sie den Bund zum Zurückziehen seiner provokatorischen Anträge veranlassen könnten, so wäre damit für einen friedlichen Verlauf der Bewegung noch sehr wenig gewonnen. Denn es handelt sich für uns nicht nur um die Abwehr der Pläne der Unternehmer mit dem Arbeitsnachweis usw.; sondern daneben um hochberechtigte Ansprüche auf Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit. Hierin stand der Bund bis jetzt auf dem Standpunkte freistatler Ablehnung. Also auch darin müßte sich die Auffassung des Bundes gewaltig wandeln, ehe der Weg für den Frieden frei wäre. Wer aber wagte eine solche Hoffnung zu hegen? Man erinnere sich alles dessen, was durch die Führer und Organe des Bundes, durch die Unternehmer bei den örtlichen Verhandlungen usw. bekannt geworden ist und man wird mit uns darin übereinstimmen: die Straßburger Generalversammlung des Bundes und ihr Beschluß kann und darf die Haltung der Arbeiterschaft nicht ändern. Die Vergewaltigungspläne der Unternehmer bestehen noch wie vor und infolgedessen hat die Bauarbeiterschaft ihre Hauptaufgabe unbeeinträchtigt darin zu sehen, sich auf den Kampf vorzubereiten. Ob maskiert oder unmaskiert, die Bauarbeiterschaft kennt ihr Unternehmertum; sie steht ihm mit allem Mißtrauen gewappnet gegenüber und — rüstet weiter.

## Die Stimmen.

Etwas höchst merkwürdiges ist gegenwärtig zu beobachten. Ein bedrückendes Phänomen. Eine beträchtliche Gruppe des deutschen Volkes ist plötzlich stumm geworden! Noch vor nicht ganz langer Zeit redete sie noch, oft mehr als nötig war. Und jetzt ist plötzlich der Redestrom verstopft; ein dunkles Schweigen herrscht da, wo noch kurz zuvor die Stimmen durcheinander schwirrten. Nicht unter allen Umständen ist schweigen ein Unglück oder auch nur ein Fehler. Ein Sprichwort sagt, man solle zur rechten Zeit reden und zur rechten Zeit schweigen können. Das ist eine seltene Kunst; aber wer sie kann, der übt sie nicht vergebens. Es ist möglich, daß jene Gruppe, die uns gegenwärtig das seltsame Schauspiel einer verblüffenden Schweigigkeit bietet, glaubt, sie übe jene schwere, einträchtige Kunst. Vielleicht erfahren wir das später.

Wir wollen warten und sind auf alles gefaßt. Selbst darauf, daß uns die Organe der christlichen Arbeiter in einiger Zeit erzählen, ihr Verstummen sei der Wahlrechtsbewegung förderlicher gewesen, als die Proteste und Demonstrationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. So verrückt eine solche Ansrede wäre, wir sind darauf gefaßt, nachdem sich die Vertreter der christlichen Arbeiter zur Verteidigung der Steuerpolitik hergegeben haben, wobei sie sich in ihren Argumenten kaum noch von den Junkern unterscheiden. Auch aus der Ablehnung der Erbschaftsteuer und der Zustimmung zu den neuen Konsumsteuern haben ja die christlichen Arbeitervertreter volks-

beglückende Taten gemacht, warum sollten sie es nicht fertig bringen, ihr Schweigen in der Wahlrechtsfrage als ebenso arbeiterfreundlich hinzustellen?

Doch betrachten wir ruhig die eigentümliche Erscheinung, daß jetzt, wo die Volksmassen nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland in lebhafter Bewegung für die Schaffung eines gerechten Wahlrechts in Preußen sind, in der christlichen Arbeiterschaft eine tiefe Stille herrscht. Vielleicht ist christliche Arbeiterschaft etwas zu viel gesagt; jedenfalls haben sich in Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Essen, Köln, Frankfurt a. M. usw. auch christliche Arbeiter an den Demonstrationen beteiligt, wir möchten es wenigstens zu ihrer Ehre annehmen. Aber dadurch wird die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die Führer, die Blätter, die Organisationen der christlichen Arbeiter kein Wort vom Wahlrecht und seiner Reform verlauten lassen. Das war nicht immer so.

In mancher programmatischen Erklärung der christlichen Gewerkschaften heißt es, daß sie die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft erstrebten. Aus der Fülle der vorliegenden Äußerungen zitieren wir nur zwei: Der christliche „Holzarbeiter“ schrieb im Juli 1907: „Gewerkschaften müssen Kampforganisationen sein; — ohne durchgreifende Kämpfe wird die Arbeiterschaft nicht in den dauernden Besitz wirtschaftlicher, sozialer und politischer Gleichberechtigung kommen.“ Hier wird also für die christlichen Gewerkschaften auch der Kampf für die politische Gleichberechtigung als Hauptaufgabe reklamiert. Jetzt gerade ist Preußens Arbeitsvolk dabei, sich diese politische Gleichberechtigung, die man ihm so lange vorenthalten hat, zu erkämpfen; nun werden also endlich auch die christlichen Gewerkschaften mit ihrer ganzen agitatorischen Wucht diese Kernforderung ihrer Arbeiterbewegung vertreten! Ach nein; Ruhe, tiefe, tiefe Ruhe herrscht bei ihnen; der sonst so berebte Mund ist verstummt.

Doch der christliche „Holzarbeiter“ ist wohl nicht der richtige Wortführer der christlichen Gewerkschaften; er hat vielleicht kein Recht, ihre Grundzüge in verbindlicher Form zu verkünden. Sehen wir zu, wo sich etwas sicheres, etwas authentisches findet. Da gibt es eine im Verlage der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ erschienene Arbeiterbibliothek, deren zweites Heft, „Die christlichen Gewerkschaften“, die Programmbroschüre unserer christlich organisierten Massengenossen ist. Sie enthält die allgemein anerkannten Grundzüge der christlichen Gewerkschaften. In dieser Programmbroschüre heißt es nun, nachdem das Wesen der politischen Neutralität erörtert worden ist:

Ein politisches Grundrecht gibt es, das keine Organisation antastet wird und darf, weil es da niemals höhere Gründe geben kann, die einen Arbeiter zum Preisgeben dieses Rechtes bewegen dürften. Dieses Grundrecht ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. Sollte daher eine Partei hierin ihre Pflicht vergessen, dann muß eine Organisation auch als solche gegen sie Stellung nehmen.

Hier haben wir das klare, bündige Bekenntnis zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht, für das Preußens Massenbewusste Arbeiterschaft in dieser Stunde ringt und kämpft. Mit keinem Worte ist davon die Rede, daß man etwa nur das Wahlrecht zum Reichstage meine, das wäre ja auch stupide Inkonssequenz, sondern man bezeichnet das Wahlrecht schlechthin als ein Grundrecht, von dem es nicht abzuhandeln gibt. Und diesem Grundrechte wird eine besondere Stellung angewiesen, es ist gewissermaßen der granitene Felsen des Klassenbewußtseins der christlichen Arbeiter; den keine Flut von kapitalistischen Hindernissen kann; es ist das Allerheiligste, dessen Profanierung Sühntünde ist; denn „sollte eine Partei hierin ihre Pflicht vergessen, dann muß

eine Organisation auch als solche gegen die Stellung nehmen.

Dementsprechend haben sich die Wortführer und Organe der christlichen Arbeiter oftmals für das Wahlrecht in das Zeug gelegt, manche sogar mit erschütternder Entschiedenheit. Aber das war einmal.

Jetzt, wo das durch die Wahlrechtsbewegung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft glühend gemachte Eisen geschmiedet wird, jetzt horcht man vergebens nach der Stimme der Christlichen. Kein Laut. Kein Wort von dem „Grundrechte“, kein Anzeichen von Stellungnahme gegen die pflichtvergessenen Parteien, die eben drauf und dran sind, die große Reformbewegung um ihren Erfolg zu betrügen.

Konservative und Zentrum haben in der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses ein Kompromiß geschlossen, durch das das bestehende Wahlrecht, das den Arbeiter um sein Recht berraubt, auf unabsehbare Zeit gesichert werden soll. Von den Konservativen wollen wir nicht erst reden, sie leben politisch nur von der Rechtlosigkeit des Volkes und kämpfen darum einen zwar brutalen, aber offenen Kampf. Sie sagen dem Volke gerade ins Gesicht: Du sollst rechtlos bleiben; wir sind die Herren, wir haben die Macht und wollen sie behalten. Aber das Zentrum? Diese Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht! Diese Partei mit dem Votum zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht! Sie bietet die Hand zu diesem schmachvollsten Streich, den die Reaktion in Deutschland in den letzten vierzig Jahren verübt hat; sie ermöglicht durch ihr jegliches Verhalten die weitere Dauer der Rechtlosigkeit des Volkes!

Christliche Arbeiter, seht euch einmal an, wie das Zentrum euer Grundrecht verrät. Hüpfst euch nicht das Herz vor Freude darüber? Habt ihr nicht eine herrliche Vertretung? Ihr rumpelt die Stirn? Seid ihr etwa unzufrieden mit der Wahlrechtspolitik des Zentrums? Oh, das wird sich geben! Ihr seid ja gut-erzogen. Mit den Steuern wartet ihr erst auch nicht aufzureden und jetzt ist schon alles wieder gut. Auch dieser Schmerz wird vorübergehen. Wenn wir in zwei Jahren wieder einmal zum Reichstag wählen, dann wählt ihr Zentrum. Ihr habt Disziplin im Leibe und wißt, was sich sieht. Seht euch eure Führer an: sie sind auch nicht ganz zufrieden, aber sie sind doch hübsch ruhig, um die Bickel der dieseliebsten Zentrumsgrafen usw. nicht zu stören. Wie wissen sie sonst so schön und anmutig zu erzählen, von der „Gleichberechtigung des vierten Standes“, von der „Einordnung der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung“, von Gerechtigkeit und andern schönen Dingen. Aber jetzt sagen sie kein Wort davon. Sie haben die Sprache verloren und werden sie erst wiederfinden, wenn ein anderes Kommando kommt. Und das wird kommen. Es wird lauten: hinaus in die Versammlungen, ihr Arbeitersekretäre, ihr Gewerkschaftsbeamten, ihr Arbeiterbeauftragte, hinaus in die Massen und helfst sie zu beschwichtigen! Beweist ihnen, daß wir nur in ihrem Interesse den Wahlpakt mit den Junkern schlossen! Sie werden das tun, zwar nicht so ganz von Herzen gern, aber sie werden es tun; denn wozu wären sie sonst da? Und dann haben sie die Sprache wiedergefunden, dann werden sie so intensiv und andauernd reden, wie sie jetzt intensiv und andauernd schweigen.

Christliche Arbeiter, es kostet Ueberwindung, mit euch ernst über politische Fragen zu sprechen. Denn man hat euch darauf dressiert, in uns eure Feinde zu sehen und unsern Worten nicht zu glauben. Aber diesmal soll es doch geschehen; denn der Augenblick ist zu wichtig. Sechzig Jahre lang besteht das heutige Wahlrecht zum preussischen Abgeordnetenhause, sechzig Jahre konnte sich dieser Hohn auf alle Gerechtigkeit behaupten. Es hat unsägliche Mühe gekostet, die Regierung dazu zu treiben, eine Reform des Wahlrechts vorzuschlagen. Es ist eine Scheinreform, die das heute bestehende Unrecht noch um kein Jota besser macht. Aber der preussische Landtag hat es in der Hand, sie freihändig auszugestalten. Würde sie es so, daß sie der Regierung zu freihändig wäre, so müßte diese die ganze Vorlage zurückziehen. Aber das darf sie nicht wagen; eine Reform muß zustande kommen, man kann sie heute dem preussischen Volke nicht mehr vorenthalten. Die Junker und Scharfmacher allein haben nicht die Mehrheit; wenn die reformfreundlichen Parteien zusammenstehen, so ist ein wichtiger Fortschritt sehr gut möglich, der dann die Grundlage für die Erreichung eures und unseres Ideals, nämlich des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts wäre. Diese günstige Situation hat die Partei, die ihr bisher unterstützt hat, nämlich das Zentrum, dadurch verdorben, indem es sich mit den Konservativen zu einem Pakt zusammenschloß, der die Klassenherrschaft der Reichsten und Reichsten auch in Zukunft sichern soll. Die Frage ist jetzt die: Wollt ihr dazu schweigen und euch damit einverstanden erklären, oder wollt ihr wirklich etwas für euer Grundrecht tun? Sollen wir euch in Zukunft glauben, wenn ihr sagt, daß auch ihr die Arbeiterinteressen mannhaft vertreten wollt, so dürft ihr nicht schweigen, so müßt ihr jetzt zeigen, daß euer Programmforderungen nicht nur

auf dem Papier stehen, sondern daß ihr auch bereit seid, für sie zu kämpfen.

Gewiß, ihr seid nicht die Herren im Zentrum, die ihm seine Maßregeln vorschreiben können, aber ihr seid ein großer Teil seiner Wählermassen. Und wenn ihr jetzt aufsteht und dem Zentrum zuruft: Wir verlangen, was ihr uns versprochen, wir fordern Gerechtigkeit und ehrliebe Vertretung unserer Interessen! dann kann es diese Kundgebung nicht unbeachtet lassen, denn es braucht euch. Aber, man wird euch sagen: Sört nicht auf die roten Wölber, die Gotteskugler, die Kirchengenö; sie betriegen euch! Wartet euer Seelenheil! Dazu können wir nur sagen: Gebraucht eure fünf Sinne! Sind wir nicht heute die Ueberflös des großen Volkes der Unterdrückten, der Armen, der Rechtlosen? Drückt uns nicht die gleiche Würde, die gleiche Not, das gleiche Unrecht? Stehen wir nicht oft genug zusammen, wenn es gilt, für unser täglich Brot zu kämpfen? Und seht: sowie wir uns in jenem Kampfen die Hände reichen, so sollten wir es auch hier tun, unbekümmert um die Fragen der Weltanschauung; denn hoch über allem Meinungsstreit sollte uns stehen der Aufstieg der Arbeiterklasse aus Not und Rechtlosigkeit. Und darum: Im Namen der heiligen Solidarität der Armüt: Rebel! Aber redet laut und redet schnell!

### Die Baugewerks-Vereinsgenossenschaften im Jahre 1908.

Bei den gesamten gewerblichen Vereinsgenossenschaften beträgt die Zahl aller Verletzten, für die im Rechnungsjahr 1908 Unfallanzeigen erstattet worden sind, 461091. Davon entfallen auf die zwölf Baugewerks-Vereinsgenossenschaften 49890. Diese verteilen sich wie folgt:

Baugewerks-Vereinsgenossenschaften	Absolut	pro 1000	auf 1000
		ver-	Woll-
		letzte	arbeiter
		Personen	
Samburgische	3246	39,83	58,63
Nordbölische	10449	45,16	62,45
Schlesisch-Posenische	4763	40,14	54,74
Sannobergische	2801	27,74	37,88
Magdeburgische	2173	45,79	52,67
Sächsische	4668	39,83	55,25
Zähringische	1515	31,88	41,06
Sessen-Plasfauische	3112	38,02	49,62
Rheinisch-Westfälische	6911	32,47	42,76
Württembergische	1482	29,86	47,06
Bayerische	5706	55,82	76,12
Südbwestliche	3074	45,57	62,59

Die relativ stärkste Unfallziffer weist also die Bayerische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft auf, die geringste die Sannobergische.

Bei den zwölf Baugewerks-Vereinsgenossenschaften beträgt die Zahl der verletzten Personen, für die im Laufe des Rechnungsjahres 1908 zum ersten Male Entschädigungen eingezahlt worden sind, 10638. Diese Verlegungen hatten zur Folge: Tod 825, völlige Erwerbsunfähigkeit 64, teilweise Erwerbsunfähigkeit 3294, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 6455. Das von den zwölf Vereinsgenossenschaften umfaßte Bauwesen steht mit der absoluten Zahl der Todesfälle infolge von Verletzungen in der amtlichen Uebersicht an zweiter Stelle. Es wird übertroffen von der Knäppschaf-Vereinsgenossenschaft mit der Zahl 1847, während die Eisen- und Stahlindustrie mit 745 an dritter Stelle steht. Es ist das eine abermalige Bestätigung der Tatsache, daß im Bauwesen nächst dem Bergwerksbetriebe die schwerste Unfallfolge, der Tod, am stärksten hervortritt.

Die Verteilung der im Jahre 1908 erstmalig entschädigten Unfallfolgen auf die einzelnen Baugewerks-Vereinsgenossenschaften ergibt sich aus folgender Tabelle:

Baugewerks-Vereinsgenossenschaft	Tod	Erwerbsunfähigkeit	
		vollständige	vorübergehende
Samburgische	85	5	131
Nordbölische	166	26	439
Schlesisch-Posenische	92	2	324
Sannobergische	57	1	146
Magdeburgische	19	—	45
Sächsische	73	8	337
Zähringische	19	—	188
Sessen-Plasfauische	37	1	205
Rheinisch-Westfälische	173	1	705
Württembergische	39	—	275
Bayerische	72	17	327
Südbwestliche	43	8	172

Die absolut und relativ meisten Tötungen durch Unfall weist die Rheinisch-westfälische Baugewerks-Vereinsgenossenschaft auf, 173 von 1795 erstmalig entschädigten Verletzten überhaupt.

Auf 1000 Vollarbeiter berechnet, verteilen sich die 10638 im Jahre 1908 bei den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften erst-

malig entschädigten verletzten Personen wie folgt: Bärtembergische 16,80; Bayerische 16,72; Südbwestliche 14,90; Sächsische 12,17; Schlesisch-Posenische 11,78; Rheinisch-westfälische 11,11; Nordbölische 10,75; Sessen-Plasfauische 9,63; Magdeburgische 9,40; Zähringische 8,54; Sannobergische 8,59; Samburgische 8,26.

Von besonderem Interesse für unsere Leser sind die Betriebsstörungen und Vorgänge, bei denen sich die hierin Verfaßt kommenden von den Baugewerks-Vereinsgenossenschaften nachgewiesenen Unfälle ereigneten. Wir stellen sie wie folgt zusammen: Fall von Leitern, Treppen etc., in Verletzungen etc. 2936; Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen 2740; Auf- und Abblenden, Heben, Tragen etc. 1515; Moidere, Arbeitsmaschinen 837; Handwerkszeug und einfache Geräte 838; Fuhrwerk 545; feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe (glühendes Metall, Guß etc.) 860; Sebensmaschinen (Schleifschiff, Aufzüge, Flaschenzüge, Winden, Krane etc.) 301; Eisenbahnbetrieb (Ueberfahren etc.) 214; Tiere (Stoß, Schlag etc.) 69; Sprengstoffe 27; Verkehr zu Wasser (Fall über Bord etc.) 11; Dampfkessel, Dampfleitungen etc. (Explosionen etc.) 10; sonstige 445.

Diese Aufstellung gibt ein recht deutliches Bild von der Unfallgefährdung in der Bauindustrie, und sie lehrt, bei welchen Betriebsstörungen und Vorgängen die Unfallverhütungspraxis vornehmlich einzusetzen hat.

Die Zahl der hinterbliebenen Seideter, für die im Rechnungsjahre 1908 zum ersten Male eine Rente bezahlt worden ist, beträgt bei der zwölf Baugewerks-Vereinsgenossenschaften zusammen 1809, davon 605 Witwen, 1180 Kinder und 24 Verwandte aufsteigender Linie.

Die Summe der Gesamteinnahmen dieser Vereinsgenossenschaften belief sich im Jahre 1908 auf M. 24632512; davon waren Umlagebeiträge M. 21512765. Von diesen Beträgen kommen auf jede der versicherten Personen im Durchschnitt nicht ganz M. 20. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß beim Abschluß der Rechnungsergebnisse noch M. 3346816 Umlagebeiträge ausstehen.

Den Einnahmen steht gegenüber eine Gesamtausgabe von M. 23851847. Davon betragen die Entschädigungen rund 17 Millionen Mark, die laufenden Verwaltungskosten sind M. 1730000. Die übrigen Ausgaben setzen sich zusammen aus Aufwendungen für Fürsorge, für Belegte innerhalb der gesetzlichen Wartzeit, Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigung, Schiedsgerichtskosten usw., Unfallverhütung. Die auf letztere entfallende Summe haben wir bereits im ersten Artikel mitgeteilt.

Ueber die Reservefonds gibt folgende Uebersicht Aufschluß:

Baugewerks-Vereinsgenossenschaften	Bestand für den Anfang des Rechnungsjahres	Zugang	Abgang	Bestand für den Schluß des Rechnungsjahres
	M.	M.	M.	M.
Samburgische	3680679,11	292054,33	—	3972733,44
Nordbölische	10061766,16	351175,82	15863,77	10397078,21
Schlesisch-Pol.	3071113,04	245689,04	—	3316802,08
Sannobergische	2771506,23	221691,73	—	2993197,96
Magdeburgische	2077570,78	197265,29	1359, —	2273477,07
Sächsische	4055991,78	325345,66	10504,97	4370832,42
Zähringische	1074638,87	65971,11	—	1140609,98
Sessen-Plasf.	2520635,67	70641,06	173,90	2591110,83
Rheinisch-Westf.	5801852,12	453983,75	—	5955835,87
Württemberg.	1597495,77	118540,81	987,90	1715048,68
Bayerische	4647140,21	308582,52	1326, —	4954396,73
Südbwestliche	2420437,07	193631,35	45,24	2614033,18

Die Reservefondsumme der zwölf Baugewerks-Vereinsgenossenschaften betrug am Schluß des Rechnungsjahres zusammen nahezu 46 1/2 Millionen Mark. Die Zins-einnahme aus diesem Fonds belief sich auf rund 1 1/2 Millionen Mark.

## Die Lebenshaltung der Maurer.

II.

Am der Erhebung des Statistischen Amtes haben sich 41 Maurer beteiligt, das sind 8 pzt. von den überhaupt vertretenen 522 Arbeitern. Von den Kollegen wohnten in: Barmen 1, Schöneberg b. Berlin 2, Breslau 2, Cassel 1, Chemnitz 1, Dresden 6, Düsseldorf 1, Frankfurt a. M. 1, Hamburg 18, München 1, Nürnberg 1, Posen 2, Straßburg i. Elz. 2, Lübeck 2. Mit Ausnahme der beiden Lübecker wohnten also alle in Großstädten. Die 41 Familien der Maurer umfaßten zusammen 196 Personen, so daß durchschnittlich auf jede Familie 4,8 Köpfe kommen. Das Durchschnittseinkommen der Maurer beträgt M. 1943,19, die Durchschnittsausgabe M. 2007,72, so daß sich ein Fehlbetrag von M. 64,53 ergibt. Die Einnahme setzt sich zusammen aus:

Einnahmequelle	M.	In Prozenten
Arbeitsverdienst des Mannes	1600,57	82,4
Nebenverdienst des Mannes	42,66	2,2
Einnahmen der Ehefrau	72,43	3,7
Beitrag der Kinder	80,56	4,1
Einnahmen aus Altermiete	28,90	1,5
Sonstige bare Einnahmen	97,50	5,0
Naturaleinnahmen	20,57	1,1
Zusammen	1943,19	100,0

Verglichen mit der Zusammenfassung der durchschnittlichen Einnahmen aller 852 Familien zeigen die beiden ersten Posten des Einkommens unserer Kollegen relativ die gleiche Höhe wie der Durchschnitt aus allen Familien; wesentlich höher sind aber die Einnahmen aus Arbeit der Ehefrau, der Kinder und aus Altermiete, nämlich 3,7 bzw. 4,1 bzw. 5,0 pZt. gegen 2,7 bzw. 1,7 bzw. 2,0 pZt. Dieser Unterschied wird auch sofort begreiflich, wenn wir uns daran erinnern, daß die Einnahmen aus den betreffenden drei Quellen bei der Familien mit geringerem Einkommen ungleich häufiger fließen als in den besser gestellten. Nur fünf Kollegen haben außer ihrem eigenen Verdienst keinerlei andere Einnahmen verzeichnet, es sind dies die beiden aus Posen, die beiden aus Straßburg und einer aus Hamburg. Einnahmen ihrer Frauen und Kinder hatten 19 bzw. 10 Kollegen notwendig, und zwar in:

Wohnort	Einnahmen der Frau	Einnahmen der Kinder
Schöneberg	zweimal	—
Dreslau	—	—
Cassel	einmal	—
Chemnitz	—	—
Dresden	sechsmal	einmal
Düsseldorf	einmal	—
Frankfurt a. M.	—	—
Hamburg	dreimal	neunmal
München	—	—
Nürnberg	einmal	—

Die Einnahmen der Frau schwanken zwischen M. 21,50 in Breslau und M. 634 in Dresden, erreichen aber in sehr vielen Fällen eine ganz beträchtliche Höhe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kollegen ohne die Hilfe ihrer Frauen nicht das wirtschaftliche Gleichgewicht hätten behaupten können, was manchmal auch mit Hilfe von Frau und Kindern nicht möglich war, wie nicht nur die vielen Haushaltungen beweisen, bei denen ein Defizit verzeichnet ist, sondern was auch aus der Tatsache erhellt, daß viele Kollegen Darlehen und Rücküberhebungen von Ersparnissen als Einnahmen aufweisen. Die Beiträge der Kinder, die sich — abgesehen von einem Dresdener Kollegen mit M. 16 — nur bei Hamburger Kollegen finden, steigen von M. 10 auf M. 880 und betragen im Durchschnitt der 10 Familien, die überhaupt Einnahmen dieser Art aufweisen, zirka M. 330.

Die Erhebung des Statistischen Amtes gibt keine Auskunft darüber, ob die Familienvorstände durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit Ausfall in ihrem Arbeitsverdienst gehabt haben, und es ist daher nicht zu entnehmen, ob die als Arbeitsverdienst des Mannes in jedem Budget verzeichneten Beträge den Ertrag eines Jahres mit voller normaler Beschäftigung darstellen oder ob sie durch Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. beeinträchtigt sind; ebensowenig ist zu ersehen, ob der Lohn in der regelmäßigen Arbeitszeit erzielt worden ist oder ob Überforderung ihn in die Höhe gebracht haben. Es hatten reinen Arbeitsverdienst von

M. 800 bis 900 1 Kollege (Dresden)	
" 1000 1100 1 " (Chemnitz)	
" 1100 1200 3 Kollegen (1 in Barmen, 2 in Dresden)	
" 1200 1300 6 " (3 in Dresden, 1 in Düsseldorf, 2 in Posen)	
" 1300 1400 5 " (2 in Breslau, je 1 in Cassel, München, Straßburg i. El.)	
" 1400 1500 5 " (je 1 in Schöneberg, Frankfurt a. M., Straßburg i. El. und 2 in Kitzsch)	
" 1500 1600 2 " (je 1 in Hamburg und Nürnberg)	
" 1600 1700 1 Kollege (Schöneberg)	
" 1700 1800 1 "	
" 1800 1900 4 Kollegen	
" 1900 2000 2 "	sämtlich in Hamburg
" 2000 2100 4 "	
" 2100 2200 5 "	
" 2200 2300 1 Kollege	
" 2300 2400 1 "	

Die höchsten Löhne sind also in Hamburg erreicht worden, von allen andern Kollegen hat keiner mehr als M. 1700 an Lohn verdient. Hiermit stimmt auch überein die Erscheinung, daß Gewerksarbeit der Ehefrau bei den 18 Hamburger Kollegen nur dreimal vorkommt, während von den 23 in andern Orten wohnhaften Kollegen 16 die Mitarbeit der Frau nötig hatten. Die zahlreichen Fälle der Gewerksarbeit der Kinder bei den Hamburger Kollegen erklärt sich dadurch, daß bei ihnen vielfach erkrankene Kinder im Hausfall waren.

Die Durchschnittsausgabe bei den 41 Familien der Maurer beträgt M. 2007,72; sie übersteigt die Durch-

schnittseinnahme um M. 64,53. Von der Durchschnittsausgabe wurden verwendet für:

Ausgabenposten	M.	In Prozenten
Nahrungs- und Genussmittel	1072,39	53,4
Kleidung	237,20	11,8
Wohnung	311,80	15,5
Heizung und Beleuchtung	77,02	3,8
Sonstiges	309,31	15,5
Zusammen	2007,72	100,0

Von der Nahrungsausgabe entfielen M. 570,13 auf tierische und M. 502,26 auf pflanzliche und andere Nahrungs- und Genussmittel inkl. der Ausgaben in Gastwirtschaften, die durchschnittlich M. 83,69 betragen.

Da es unmöglich ist, die Ausgabegestaltung in sämtlichen Familien zu betrachten, seien hier noch zwei Budgets, und zwar eines von den mit niedrigstem und eines von den mit höchstem Einkommen beachteten Kollegen wiedergegeben.

Eine Gegenüberstellung gibt folgendes Bild:

Einnahmequelle	Chemnitz		Hamburg	
	(Ehepaar und 2 Kinder im Alter von 1 Jahr und 6 Jahren)	M.	(Ehepaar und 2 Kinder im Alter von 9 und 10 Jahren)	M.
Arbeitsverdienst des Mannes	1007,04		2060,56	
Nebenverdienst	12,80		—	
Einnahme der Frau	62,69		—	
Sonstige Einnahmen	184,07		42,40	
Gesamteinnommen	1266,60		2102,95	

Ausgabe

Ausgabenposten	Chemnitz		Hamburg	
	(Ehepaar und 2 Kinder im Alter von 1 Jahr und 6 Jahren)	M.	(Ehepaar und 2 Kinder im Alter von 9 und 10 Jahren)	M.
Nahrungs- und Genussmittel	799,23	64,6	1030,21	47,5
Kleidung und Wäsche	117,84	9,5	367,19	16,9
Wohnung	160,90	13,0	247,18	11,4
Heizung u. Beleuchtung	51,22	4,2	99,90	4,6
Gesundheits- u. Körperpflege	8,97	0,7	46,84	2,1
Unterricht, Schulgeld, Lehrmittel	—	—	36,00	1,7
Geistige und gefellige Bedürfnisse	34,17	2,8	140,90	6,5
Staat, Gemeinde, Kirche	28,60	2,3	7,70	0,3
Vor- und Fürsorge (Versicherungen)	6,50	0,5	43,82	2,0
Verkehrsmittel	14,10	1,1	18,80	0,9
Persönliche Bekleidung	—	—	3,80	0,2
Schuldendienste	—	—	94,05	4,3
Schuldentilgung, Zinsen	—	—	—	—
Gewerbesteuer	0,65	0,1	12,65	0,6
Sonstige Ausgaben	14,66	1,2	21,95	1,0
Summa	1266,60	100,0	2170,49	100,0

Beide Familien, die in der Kopfstärke gleich waren — nur sind in der Hamburger Familie die Kinder älter als in der Chemnitzer — hatten mehr Ausgaben als Einnahmen. Sie zeigen aber schon die charakteristischen Unterschiede, die sich immer in Familien mit verschieden hohem Einkommen finden: der absolut höheren Aufwand für Ernährung in der wohlhabenderen Familie (M. 1030,21 gegen M. 799,23), der aber trotzdem von der Gesamtausgabe weniger verschlingt als in der ärmeren Familie: Diese verwendet fast 2/3 ihrer Ausgaben für Ernährung, die andere Familie nicht einmal die Hälfte. Auch die Kleidausgabe, die Aufwendungen für Wohnung inkl. Heizung und Beleuchtung und besonders der Posten „Geistige und gefellige Bedürfnisse“, worunter die Ausgaben für Vereinsbeiträge, Vergnügungen, Zeitungen und Bücher zusammengefaßt sind, beleuchten scharf die Unterschiede in der Lebenshaltung, die sich schon innerhalb der Arbeiterschaft ergeben. Die Zusammenfassung der Nahrung wird durch die verschiedene Höhe des Einkommens natürlich ebenfalls in der Richtung beeinflusst, die wir schon bei der Betrachtung der gesamten 852 Budgets erkannt haben: dem Überwiegen der pflanzlichen Nahrungsmittel in der ärmeren Familie und einem größeren Aufwand für tierische Nahrungsmittel in der wohlhabenderen Familie. Es wurden ausgegeben für:

Ausgabenposten	Familie in Chemnitz	Familie in Hamburg
Tierische Nahrungsmittel	347,64	596,80
Pflanzliche Nahrungsmittel	302,26	313,71
Zerlei und Zigarren	72,14	22,10
Verzehr in Wirtschaften	77,19	97,60
Zusammen	799,23	1030,21

Durch eine Untersuchung hamburgischer Lehrer ist festgestellt worden, daß im Jahre 1903 in Hamburg

zur ausreichenden Ernährung eines Erwachsenen durch die im Familienhaushalte übliche gemischte Kost ein Betrag von jährlich rund M. 320 erforderlich ist. Hieran gemessen, würde, wenn man die beiden Kinder gleich einem Erwachsenen rechnet, die Ernährung in der Familie des Hamburger Maurers eben ausreichend sein, um den Anforderungen der Physiologie zu genügen. Danach würde die Lebenshaltung, wie wir an dem Beispiel des Hamburger Kollegen sehen, wenn sie nur eine ausreichende Ernährung für zwei Erwachsene und zwei Kinder ermöglichen soll, einen jährlichen Aufwand von fast M. 2200 erfordern, wobei wir nicht vergehen wollen, daß auch die Aufwendungen des Hamburger Kollegen für alle anderen Bedürfnisse sehr bescheiden, ja, in vielen Beziehungen unzureichend sind und von Einschränkungen aller Art deutlich genug sprechen. Wenn aber erst ein Einkommen von über M. 2000 eine genügende Ernährung ermöglicht, wie mag es dann mit den vielen Hunderttausenden bestellt sein, die unter diesem Einkommen bleiben? Mag auch in manchen Orten mit etwas weniger als M. 2000 eine bescheidene Lebensführung möglich sein, so ist doch bekannt, daß die übergroße Mehrzahl der Arbeiter weit weniger als M. 2000 verdient; auch wenn Frau und Kinder durch ihre Arbeit das Einkommen etwas erhöhen.

Das Statistische Amt hat sich durch seine Arbeit das Verdienst erworben, eine Bestätigung dafür zu erbringen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter in Deutschland eine völlig unzulängliche ist. Sie kann uns, wenn sie richtig ausgenutzt und das in ihr enthaltene Material nicht nach der Methode des Amtes durch Zueinanderpressen in Durchschnittsniveaus unterwertet wird, sondern durch Zusammenfassung des Gleichartigen und Erschöpfung aller Vergleichsmöglichkeiten — nach Größe des Einkommens, Stärke der Familie und Verhältnisse der Wohnorte zugleich — richtig verwendet wird, bei unsern Kämpfen um höhere Löhne wirksam helfen.

### Von den Verhandlungen.

In der Nummer vom 23. Februar hat auch die volksparteiliche „Frankfurter Zeitung“ in einem Leitartikel Stellung zur Lohnbewegung im Baugewerbe genommen. Wir geben auch von diesem Artikel, den ein „genauer Kenner der Sachlage“ geschrieben haben soll, das Wichtigste wieder:

„Schon im Frühjahr 1908 war die Lage im deutschen Baugewerbe höchst kritisch. Der deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe hatte seine lokalen Organisationen beantragt, die zahlreichen Orts- und Bezirksvereine, die mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossen waren, einheitlich auf den 31. März 1908 zu kündigen. Für die Erneuerung gab er ein Vertragsmuster heraus, an das die Ortsgruppen bei den Verhandlungen gebunden sein sollten. Außerdem wurde die Ratifikation neuer Vereinbarungen vorbehalten und sie sollte nur dann erfolgen, wenn überall eine Verständigung erzielt wäre. Da das neue Vertragsmuster in wesentlichen Punkten von den Arbeiterorganisationen abgelehnt wurde, zerlegten sich die zunächst nur lokal geführten Verhandlungen bald an den wichtigsten Orten. Eine Fortsetzung war erst möglich, wenn sich die Zentralen der beiderseitigen Organisationen vorher über die Grundfragen verständigt hätten. Da kein Zeit zu solchen Verhandlungen offiziell die Initiative ergreifen wollte und eine neutrale Vermittlungsinstitution fehlte, schien ein gewaltiger Arbeitskampf unvermeidlich zu sein. Erst im letzten Augenblicke gelang es den Vermittlungen des Herausgebers der „Sozialen Praxis“, in Berlin die Parteien unter dem Vorstoß von drei Unparteiischen (den Gewerkschaften v. Schulz-Berlin, Dr. Bremer-Windchen und Dr. Wiedfeldt-Essen) zu Verhandlungen zusammenzubringen. Nach mehrwöchigen Beratungen, die teils in Berlin, teils lokal geführt wurden, gelang schließlich auf Grund eines Schiedsspruchs der Unparteiischen eine Einigung. Allein die neuen Verträge, die für die Maurer, Zimmerer und Wandflügelarbeiter Geltung hatten, wurden nur für zwei Jahre abgeschlossen und jetzt auf Veranlassung des Bundes überall auf 31. März dieses Jahres gekündigt. Gleichzeitig veranlagte der Bund auch die Kündigung der Arbeiterverträge für die übrigen Baugewerke (die Schlosser, Spengler, Installateure usw.) zum nämlichen Termin.“

Gegen dieses Vorgehen des Bundes war, soweit damit die Schaffung einer einheitlichen Grundlage für das Arbeitsverhältnis im ganzen Baugewerbe angestrebt wurde, um so weniger etwas einzuwenden, als auch die Gewerkschaften bei den örtlichen Tarifabschlüssen überall von bestimmten einheitlichen Grundprinzipien ausgehen. Allein die Art, wie der Bund an die Erneuerung des Vertragsverhältnisses herantrat, drängt unwillkürlich die Überzeugung auf, daß die leitenden Männer vor dem ernstlichen Verlusse einer Verständigung es für nötig halten, eine Nachprobe mit den Gewerkschaften zu veranstalten. Statt diesmal von Anfang an den Weg zu gehen, der 1908 in letzter Stunde beschritten wurde, und unter Vermittlung von Unparteiischen zu verhandeln, eröffnete man die Verhandlungen mit einem Ultimatum. Als im November vorigen Jahres die Verhandlungen begannen, überreichte die Vertreter des Bundes nicht nur ein wesentlich besseres Vertragsmuster, sondern bezogerten zugleich als unabänderlich die Forderung auf Einführung von Mindestlöhnen, Ausdehnung des Kollisionsvertrages auf die Bauhelfer auch für die Baufen und Einführung des einseitigen Unternehmer-Quangarbeitsmaßes, ferner die Anhebung des hechnichtigen Maximalarbeitstages; endlich, daß die vereinbarenden Tarifabschlüsse nur für „würdige“ Arbeiter gelten sollten. Demgegenüber gingen die Forderungen der Arbeiter im wesentlichen nicht nur auf Löhne

erhöhung und Arbeitszeitverkürzung, sondern auch auf Befreiung der bisherigen Bestimmungen über die Zulässigkeit der Mordarbeit.

Bei dieser Sachlage mußten sich natürlich nicht nur die zentralen Verhandlungen sofort zerbrechen, sondern auch die Versuche zu einer örtlichen Verständigung ausichtslos erscheinen. Und wenn kein Wunder geschieht, legt in Deutschland am 1. April ein Arbeitstau ein, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben.

And auch das politische Leben würde die üble Rückwirkung eines Konfliktes nicht ausbleiben. Die große Erbitterung, die in weiten Kreisen ohnehin schon durch die gegenwärtige Wirtschaft- und Steuerpolitik des Reiches gehärtet wird, würde durch einen Kampf, den eine halbe Million Menschen und ihre Familien miteinander führen und der viele Millionen Mark kosten würde, weiter reichliche Nahrung erhalten.

Kan sollte meinen, daß bei dieser Sachlage die Reichsregierung allen Anlaß hätte, eine Vermittlung wenigstens zu versuchen. Im Jahre 1908 erhielten nach dem erfolglosen Abschluß der Verhandlungen die drei Unparteiischen nicht nur hohe Lebensauszeichnungen, sondern der damalige Staatssekretär Bethmann Hollweg berief den Gewerksführer Dr. Wiedfeldt ins Reichsamt des Innern.

Und doch schiene eine Verständigung bei gutem Willen auf beiden Seiten nicht schwer. Daß den anarchischen Verhältnissen in der Arbeitsvermittlung ein Ende gemacht werde, liegt nicht minder im Interesse der Unternehmer als der Gewerkschaften. Freilich kann man von den Arbeiterorganisationen nicht fordern, daß sie den Zwangsarbeitsnachweis der Unternehmer anerkennen, wenn ihnen auf die Art und Form der Zuweisung keinerlei Kontrolle eingeräumt wird.

Anders sieht es im Lager der Arbeiterschaft ein. Man sieht, daß kein Zeitpunkt für die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung ungenügend gewählt werden konnte als der heutige, wo die allgemeine Meinung nicht nur die ganze Industrie schwer belastet, sondern die Arbeiter selbst gequemen sind, beträchtliche Lohnsteigerungen zum Ausgleich der Feuerung zu fordern. Arbeitszeitverkürzung und Lohnsteigerung zugleich zu fordern, ist im gegenwärtigen Augenblick mindestens unklug.

Unter dieser Voraussetzung sollte man im Lager der Arbeiterschaft einsehen, daß kein Zeitpunkt für die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung ungenügend gewählt werden konnte als der heutige, wo die allgemeine Meinung nicht nur die ganze Industrie schwer belastet, sondern die Arbeiter selbst gequemen sind, beträchtliche Lohnsteigerungen zum Ausgleich der Feuerung zu fordern.

der Arbeiterschaft klarzumachen, was für die Führer eine andauernde Aufgabe sein; allein die Notwendigkeit ergibt sich aus den Zeitverhältnissen. Der Antrag auf Ersetzung der Bestimmungen über die Zulässigkeit der Mordarbeit ist inzwischen im „Grundstein“ (dem Organ der Maurer) bereits dahin erläutert worden, daß damit an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert werden solle.

Daß mit dem Kaufkraftbegriff „Möglichkeit“ praktisch nichts anzufangen ist, wurde den Arbeitgebern schon bei den Verhandlungen im Jahre 1908 von den Unparteiischen, die doch alle drei hervorragende Tarifpraktiker sind, nachdrücklich erklärt. Der Begriff „Möglichkeit“ würde für die Zeiten günstiger Konjunktur den Arbeitgebern nichts nützen, für schlechte Zeiten den Tarifvertrag für die Arbeiter wertlos machen, da es dann „Möglichkeit“ Arbeiter wohl kaum mehr geben. Unter allen Umständen würde der Streit an den Baustellen nicht aufhören und der Schmutzstreik, der doch auch durch die Tarifverträge bekämpft werden soll, wäre für und For geöffnet.

Es ist hier nicht der Ort, auf alle Differenzpunkte einzugehen. Das Ausgeführte mag baran, daß sich bei objektiver Würdigung und verständlicher Vermittlung eine Basis für eine Verständigung ebenermaßen finden ließe, wie sie jüngst für das deutsche Malergewerbe geschaffen wurde. Am 24. und 25. Februar hält der Bund in Straßburg eine Generalversammlung ab. Hier hätte sich die letzte Gelegenheit, einigens zu werden, vorzulassen zu machen. Deutschland, das unter dem Druck einer agrarischen Wirtschaftskrisis leidet und eben erst beginnt, sich von einer jäheren Wirtschaftskrisis zu erholen, einen Kampf mit unabwehrbaren Folgen zu eraparen, oder, falls ein Kampf wirklich unvermeidlich ist, die Bundesleitung wenigstens von der moralischen Verantwortung freizumachen, die sie nach dem heutigen Stand der Dinge trifft und später vielleicht nicht mehr, so leicht zu tragen sein würde, wie es heute noch scheint.

Wir verzichten auch in diesem Falle auf jede Bemerkung.

Die „Möglichkeit“ gibt einem Artikel aus Unternehmerrreisen Raum, der sich mit der Lage im rheinisch-westfälischen Baugewerbe zu beschäftigen bespricht, aber nichts weiter enthält, als eine so verlogene Gehe gegen die Bauarbeiter, daß man unwillkürlich an das Essener Unternehmerrblatt denken muß. Es ist inhaltlich derselbe Schwindel, wie wir ihn erst kürzlich im Leitartikel in Nr. 7 beleuchtet haben, nur etwas breiter ausgeprochen. Der ungenannte Verleumder schwindelt — obwohl er tadlicher weiß, daß die Arbeiter noch gar nicht zur Aufstellung von Forderungen gekommen sind — auch hier wieder von „unerschütterlichen Forderungen der Arbeiter“. Die Sache wird also wieder auf den Kopf gestellt.

„Wir hoffen — so schreibt der ungenannte Verleumder — daß die Führer der organisierten Arbeiter noch rechtzeitig zur Einsicht kommen und sich klar machen, daß ein Festhalten an den unerschütterlichen Forderungen unter allen Umständen den Kampf bedeutet, der dem gesamten Wirtschaftsleben schweren Schäden bringen muß. Wenn diese Tatsachen den Arbeitern nachdrücklich vor Augen geführt werden, dann werden sie sich wohl der Tragweite eines Beschlusses bewußt werden, der den Kampf im Baugewerbe des ganzen Reichs bedeutet. Wir hoffen, daß es der Einsicht verständiger Elemente gelingt, noch rechtzeitig die Gefahren eines solchen Kampfes abzuwenden.“

Man fragt sich, wie jemand, der es doch eigentlich wissen muß — denn der Verfasser dieses verlogenen Heftartikels ist doch sicher unter den leitenden Personen des Unternehmerrbundes zu suchen —, solch offensbare Unwahrheiten in die Welt setzen kann. In großen bürgerlichen Blättern ist die Bewegung geäußert worden, und zwar teilweise durchaus objektiv, der Verfasser muß sich also sagen, daß sein Publikum unterrichtet ist. Was für eine eiserne Stirn gehört dazu, trotzdem solche offensbare Lügen in die Welt zu setzen.

Inzwischen hat der zweite Turnus der örtlichen Verhandlungen begonnen.

Am 21. Februar ist in Bremen zum zweiten Male verhandelt worden. In der ersten Verhandlung hatten sich die Unternehmer im Prinzip für eine Lohnsteigerung sowie auch für Einheitslöhne und gegen das Wort „Möglichkeit“ erklärt. Die Arbeitervertreter wollten dieses den Verhandlungen unterbreiten, um eventuell den Unternehmern die Forderungen in der nächsten Verhandlung unterbreiten zu können. Die in Frage kommenden Vertreter der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sowie der Christlichen konnten aber nur erklären, daß ihre Mandatgeber es abgelehnt hätten, den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten, bevor nicht ein Vertragsmuster hergestellt sei, aus dem die verjüngsten Bestimmungen der Unternehmer entfernt seien. Nach diesen Erklärungen der Arbeitervertreter hatten die eigentlichen Verhandlungen ihr Ende erreicht. Die Unternehmer lehnten es darauf ab, weiter zu verhandeln.

Auch im Gau Nürnberg fanden einige bemerzenswerte Verhandlungen statt. Am 21. Februar wurde in Erlangen und am 22. Februar in Roth am Sand mit den Unternehmern verhandelt. In Erlangen haben wir uns mit den Unternehmern über die §§ 1, 3, 6, 7, 8 und 9 in der bisherigen Fassung geeinigt, dagegen konnte in den übrigen Punkten keine Einigung erzielt werden, da die Unternehmer weder eine Verkürzung der Arbeitszeit noch eine Erhöhung der Löhne gewähren wollen. Ob in Zukunft Einheits-, Staffel- oder Durchschnittslohn gezahlt werden soll, beantworteten die Unternehmer damit, daß sie sich darüber noch nicht klar seien. Beim Punkt „Arbeitsnachweis“ erlaubten wir von den Vertretern des Bezirksverbandes der Unternehmer, daß man im nächsten Bayern eine ähnliche Einrichtung plant, wie man sie in Westfalen getroffen hat. In Roth a. E. konnte man sich vorerst nur über den § 8 in der bisherigen Fassung einigen; denn schon beim § 4, wo, wie es schien, eine Einigung regelt werden sollte, trat der Vertreter des Bezirksverbandes der Unternehmer, Weigner aus Nürnberg, die Verhandlungen ab. Die Unternehmer von Roth waren damit einverstanden, daß der bisherige Einheitslohn bestehen bleiben soll, auch das Wort „Möglichkeit“ bestehen ließe fallen lassen und nur an einer fünfjährigen Vertragsdauer hielten fest. Diese Zugeständnisse waren Herrn Weigner scheinbar nicht genehm. Zu seinem

Schreden schlugen wir dann vor, unbeschadet darum, welche Vertragsdauer später vereinbart werde, für jedes Jahr eine Lohnsteigerung von 2 1/2 pro Stunde zu gewähren. Diesem Vorschlag schienen die Unternehmer von Roth nicht abgeneigt zu sein. Als aber unser Herr Weigner dies merkte, erklärte er, daß jetzt nicht mehr weiter verhandelt werden könnte; denn er sei vom Bund verpflichtet, unsere Pläne, die dahin gingen, einige Verträge ausstehen zu bringen, zu durchkreuzen; denn dadurch, daß an einigen Orten eine Einigung erzielt würde, müßte die Einigkeit und Geslossenheit der Unternehmer leiden, was er nicht dulden dürfe; und deshalb müßten die Verhandlungen abgebrochen werden. Wir wandten uns dagegen, aber schließlich setzte Weigner seinen Willen mit Hilfe seiner Kollegen, die angeblich nicht aufgefakelt gewesen sein sollten, doch durch. Nach diesem Zugeständnis des Herrn Weigner, als Vertreter des nordbayrischen Bezirksverbandes, haben die Unternehmer wohl kein Recht mehr, uns den Vorwurf zu machen, wir wollten eine Einigung hintertreiben. Aus Roth a. B. a. B. g. teilen uns die Unternehmer mit, daß dort wohl nach der Generalversammlung der Unternehmer verhandelt werden soll.

Die Unternehmer des oberschlesischen Industriegebietes haben den Arbeitern angeboten, die bestehenden Verträge unter Erhöhung der Stundenlöhne um 2 1/2 auf ein Jahr zu verlängern.

Politische Umschau.

Tod des Reichspräsidenten. — Staatsberatung. — Parade des Junkerbundes. — Der Wahlrechtskampf in Preußen. — Junter und Zentrum zur Reaktion verbunden. — Neue Demonstrationen. — Zur Lage in England. — Antijer Straßenbahnfreisitz in Philadelphia. — Regerauffstand.

Zum ersten Male hat der Tod dem Reichstage einen Präsidenten mitten aus seiner Tätigkeit heraus hinweggenommen. Graf Hodo zu Stolberg-Bernigeroode starb nach längerer Krankheit in noch nicht vollendetem hiezigem Lebensjahre. Er war einer der Mitbegründer der deutschkonservativen Partei. Im Dezember 1903 wurde er zum Vizepräsidenten und im Beginn der laufenden Legislaturperiode zum ersten Präsidenten des Reichstages gewählt. In ersterer Eigenschaft hat er bei den erbitterten Zolltarifverhandlungen sich durch unerschütterliche, bikatorische Behandlung der Opposition schwere Vorwürfe zugezogen. Unter seiner Leitung erfuhr die Geschäftsbearbeitung eine rücksichtslose Vergewaltigung durch die Mehrheit. Als Präsident aber war er dann bemüht, seines Amtes gerecht und unparteiisch zu walten. Sein Nachfolger als Reichspräsident wird voraussichtlich Graf v. Schwerin-Römig werden.

Anlässlich dieses Todesfalles hielt der Reichstag am 21. und 22. Februar seine Sitzung ab. Dann folgte die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fort. Die Debatte bot andauernd das gewöhnliche kaleidoskopische Durcheinander wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen. Der konservative Abgeordnete Graf v. Carnar erweckte gegen die Forderung, auch den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren, für welche Sozialdemokraten und Polen entschieden eintreten und zu der sich auch das Zentrum bekennt. In der Frage der „Erhaltung des Mittelstandes“ begegnen sich Redner der Konservativen, des Zentrums, der Antisemiten und der Nationalliberalen. Alle diese Parteien suchten um die Gunst des Mittelstandes; jede gibt vor, den Kleingewerbetreibenden und den Kleinrentnern helfen zu wollen. Erster drei haben es vornehmlich auf die Ausgestaltung der jüngstlichen Gesetzgebung abgesehen, die erwiefernmaßen dem Handwerk nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil gereicht. Seit Jahrzehnten wird, wie die Lohnarbeiterklasse, so auch die Masse des Mittelstandes schwer geschädigt durch eine ungerechte und verderbliche Zoll- und Steuerpolitik. Der neue Bloß hat erst im vorigen Jahre im Rahmen der „Reichsfinanzreform“ das Unheil dieser Politik erheblich gesteigert. Aber davon reden die „mittelstandsfreundlichen“ Herren nicht. Wenn es auf den Bund der Landwirte ankommt, so werden wir alsbald eine weitere Ausgestaltung des agrarischen Hochschulzollsystems erleben. In voriger Woche hielt dieser Bund seine jährliche Generalversammlung im Zirkus Busch zu Berlin ab. Das war eine agrarische Demonstration für die volksfeindlichen Zwecke des Bundes, für die Reaktion. Unter Ausfällen auf den Hauptabend und den neuen Bauernbund sowie unter Angriffen auf die Sozialdemokratie und die Juden gebärdeten sich die Bundeshüpflinge, bühnend um die Gunst der Krone, als die „getreuesten und sichersten Stützen des Kaiserthums“. Den Hauptabend wollen sie weniger ernst nehmen als den neuen Bauernbund. „Die Juden, die Juden“ haben den „Travierten der Krone“ diese neue Gegnererschaft bereitet. Der Janusdäuer, der im Reichstage kürzlich den Staatsstreich verflucht hatte, begnügte sich im Zirkus Busch damit, zu räsonieren auf das „schlappe Vereinsgesetz und die politische Gefühlsduselei“, die der Sozialdemokratie eine unverdiente Machtstellung verschafft hätten. Und Herr Dorniel meinte: Wenn der Entscheidungskampf der Zukunft auf die Spitze getrieben werde, dann werde es heißen: „Bauern vor die Front!“ und dann werde die Erde bröckeln unter den wuchtigen Tritten,

und die Bauern würden die Dämonen fesseln und die Feinde des Königs zu Paaren treiben."

Vor einigen Jahren, in der Zeit des Kampfes um die agrarischen Schutzzölle, trieben die Wähler, um die Krone einzufächeln, ein anderes Spiel. Da verführten sie, wenn ihren Forderungen nicht entsprochen werde, so würden die Bauern unter die Sozialdemokraten gehen; die Landbevölkerung würde sich mit den Proletariern der Städte vereinigen, und dann würden die Throne krachen."

Die Wählerparade im Circus Rusch fand einen Nachhall im Reichstage am sechsten Tage der Debatte zum Etat des Reichsamtes des Innern. Da gerieten zunächst die Wähler und die Nationalliberalen zusammen wegen des Ganfsabendes und des Bauernbundes, von welchen beiden Organisationen Herr Dr. Sahn behauptete, sie seien von den Nationalliberalen nur zu Wahlzwecken geschaffen worden. Es war hoch erbaulich, wie sich die guten Wähler von ebendemgegenföchtig gerufenen.

Für die Sozialdemokraten griff der Abgeordnete Dr. David in die Debatte ein. Er ging auf die agrarische Wirtschaftspolitik ein, welche die Lebensmittelpreise ungeheuer in die Höhe getrieben und die Lebenshaltung der Arbeiter erschwert und verschlechtert hat. Wenn Deutschland die Preise leichter überstanden habe als andere Länder, so gebühre das größte Verdienst daran den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Im Jahre 1908 haben die freien Gewerkschaften, die man so gerne „sozialdemokratische“ nennt, an Arbeitslosenunterstützung, an Kranken- und Reiseunterstützung an Arbeitslose zusammen 18 1/2 Millionen Mark gezahlt. Ein Beweis für das segensreiche Wirken der Gewerkschaften, die man in jeder Weise zu diskreditieren sucht.

Dr. David kritisierte dann die skandalös niedrigen Löhne der Landarbeiter, den Interessengegensatz zwischen Grundbesitz und Kleingrundbesitz. Das Großgrundbesitzum spiegelt den Kleinbauern vor, ihnen durch künstliche Erhöhung der Preise helfen zu können. Der Weg ist ganz verkehrt. Man blide nach Dänemark, wo keine Schutzzölle bestehen, wo aber die Futtermittel billig sind und die Landwirtschaft deshalb so leistungsfähig ist, daß sie auf dem vollfreien Londoner Markt jede Konkurrenz schlägt. Die Folge einer künstlichen Verteuerung der Produktion ist eine Einschränkung des Konsums. Während der aufnahmefähige Markt sich ausdehnt, enge man ihn künstlich ein. Dazu kommt, daß die große Masse der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung dadurch, daß man sie zwingt, Hunderte von Millionen mehr auszugeben für Brot und Kartoffeln, nicht in der Lage ist, diese Summe auszugeben für häuerrische Qualitätsproduktion, für Milch, Eier, Obst und Fleisch. Die sozialdemokratische Wauernpolitik geht den umgekehrten Weg. Sie lehnt eine künstliche Preis-erhöhung ab, aber sie erstrebt Verbilligung der Produktion und Befreiung der Kaufkraft der Volksmassen. Beim Schnaps hat die Sozialdemokratie den funktionalen Organismus ins Herz getroffen mit dem Branntweinpolyt. Jetzt liegt die Statistik über den Branntweinverbrauch vom 1. Oktober 1909 bis 31. Januar 1910 vor. In diesen vier Monaten wurden umgekehrt 1907/08 854 000 Hektoliter Trinkschnaps, 1908/09 883 000 Hektoliter und 1909/10 877 000 Hektoliter.

Die Wirkung des Polyt. Der Umsatz von Trinkschnaps ist um 286 000 Hektoliter oder um 33 1/2 p. H. heruntergegangen. Um ein volles Drittel ist der Schnapsgehalt eingeschränkt worden. Und das empfinden die Schnapsjunkies so schwer, daß sie sich mit dem Gedanken tragen, eine internationale Bewegung gegen die Abstinenz hervorzuheben. Eine fufelinternationale, geführt von den ostenbischen Junkern!

Alles in allem bereitet Dr. David den Agrariern eine gründliche Wfsuhr. Auch der freisinnige Abgeordnete Gotthein sagte den Junkern bittere Wahrheiten.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am 24. Februar die erste Lesung der Regierungsvorlage beendet. Diese „Vorlage“ war nichts anderes als eine feibole Durchpeitschung. Die Sozialdemokratie erfuhr von Seiten der Redner der Mehrheit ungerechte Angriffe, und als der sozialdemokratische Vertreter darauf antwortete, wurde ihm durch Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten. Das Zentrum übte wieder mal eine niedeträchtige, verräterische Taktik. Zusammen mit den Konservativen stimmte es einen freisinnigen Antrag nieder, der die geheime Wahl der Wahlmänner, also eine nicht unerhebliche Verbesserung forderte. Die Konsequenz ist, daß künftig alles beim alten bleiben soll bis auf die kleine und unzureichende Konzeption der geheimen Wahl der Urwähler. Von einem Siege des geheimen Wahlrechts kann nicht die Rede sein: die Urwähler sollen künftig geheim, die Wahlmänner aber öffentlich abstimmen. So bleibt die Wahlfreiheit beim entscheidenden Wahlschlusse, besonders auf dem Lande. Die Junker behalten die Wahl-

männer und durch sie die Wähler in der Hand. Und dafür schulden sie dem Zentrum Dank!

Von den ursprünglichen Vorschlägen der Regierung ist fast nichts geblieben. Sie sind durch das Aufkommenarbeiten der Konserbativen und des Zentrums bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet worden. Die indirekte Wahl ist beibehalten die Privilegierung einzelner Wählerklassen ist verworfen worden. Die Entscheidung über die neue Wahlkreiseinteilung soll erst am Schlusse der zweiten Lesung erfolgen. Das Kompromiß des schwarzen Blokes ist offenbar darauf angelegt, die ganze Vorlage so Fall zu bringen, so daß überhaupt keine Wahlrechtsänderung erfolgt.

Inzwischen die Wahlrechtsdemonstrationen ihren Fortgang. Die Arbeiterschaft von Frankfurt a. M. gab am Nachmittage des 23. Februar eine äußerst wichtige Antwort auf die von der dortigen Polizei gegen die Wahlrechtsbewegung geübte blutige Praxis. In neun Versammlungen hatten sich circa 25 000 Arbeiter eingefunden und andere Tausende fanden keinen Einlaß mehr in die überfüllten Lokale. In sämtlichen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der Protest gegen das Vorgehen der Polizei erhoben und erklärt wird, daß der Kampf um das Wahlrecht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortgeführt wird. Die Polizei verhielt sich ruhig. So wurde die Ordnung nicht gestört.

Zu Sonntag, 27. Februar, vereinbarten Vertreter des Frankfurter Sozialdemokratischen Vereins, der Demokraten, Fortschrittler, Nationalsozialen und Neudemokraten und des Vereins für Frauenstimmrecht die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel. In einem gemeinsamen Aufzug dieser Organisationen heißt es u. a.:

„Die Versammlung richtet sich in erster Linie gegen die drei Grundübel des elenden Art der Wahlverfahren, Dreiklassenwahl, öffentliche Stimmenabgabe und Entrechtung der Städte- und Industriebezirke. Es gilt, öffentlich zu zeigen, daß der überhaupt größte Teil der bürgerlichen Bevölkerung die Forderungen des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts mit allem Nachdruck erhebt. Diese gemeinsame Versammlung muß sich zu einer wichtigen Kundgebung gestalten, wie sie die Reaktion noch nicht gesehen hat.“

Vereinbart wurde weiter, von einem gemeinsamen Demonstrationszug vor und nach der Versammlung abzusehen, um der Polizei jeden Vorwand zum Einschreiten zu nehmen.

Angeichts des Wahlrechtskampfes in Preußen gewinnt die Elsaß-Lothringische Verfassungsfrage ein erhöhtes Interesse. Die Reichslande dem preussischen Regiment zu entziehen, dem sie tatsächlich unterworfen sind, sie zu einem selbständigen Staat zu machen, ist eine Forderung nicht der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung, sondern aller Politiker, die der Verpreuung Deutschlands widerstreben. Jetzt hat der Landesauschuß von Elsaß-Lothringen zwei Anträge einstimmig angenommen, welche einmal die Erhebung Elsaß-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat, dann aber auch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts fordern.

Der Staatssekretär Born von Wulach gab zu diesen Beschüssen höchst unbefriedigende Erklärungen. Ohne Zweifel saht man in Berlin an „maggebender“ Stelle für den „Ausbau der Verfassung“ die Einführung eines dynastischen Regiments, eines neuen Stüdes „Gottesgnadentums“ ins Auge. Das Land aber wünscht eine republikanische Verfassung mit freieitlichem Wahlrecht. Die Sympathie aller freieitlichen Gesinnten ist in dieser Frage auf Seite der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung. Ohne Kampf wird sie freitlich nicht entschieden werden. Und auch in diesem Kampf wird die Sozialdemokratie ihre Schuldbigkeit tun. Die Demokratisierung des ganzen Reiches kann auf die Dauer keine Reaktionsgewalt aufhalten.

Die jüngsten Wahlen in England haben den Beweis erbracht, daß der Sozialismus auch dort eine Macht geworden ist, mit der die herrschenden Klassen und Parteien ernsthaft zu rechnen haben. Es hat sich nun dort eine „Antisozialistische Liga“ zur Bekämpfung der Arbeiterpartei bei den nächsten Wahlen gebildet. Diese Liga will ein besonderes Korrespondenzblatt herausgeben. Sie wird natürlich arbeiten nach dem Beispiel des deutschen Reichsligenverbandes, ohne dem Sozialismus zu schaden.

Die Arbeiterfraktion des englischen Parlaments hat sich konstituiert und beschlossen, folgende Vorlagen einzubringen:

1. Novelle zum Gewerkschaftsgesetz, um die politische Tätigkeit und die politischen Ausgaben der Trade Unions zu legalisieren.
2. Vorlage über das Recht auf Arbeit (Beseitigung der Arbeitslosigkeit).
3. Vorlage, um das Gesetz über Speisung der Schulkinder obligatorisch zu machen.
4. Vorlage über Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter.

6. Vorlage über Verstaatlichung der Eisenbahnen.

6. Vorlage, um die Austreibung freier Arbeiter aus den Werkhäusern zu verbieten.

7. Obligatorisches Wiegen und Messen in Stahl- und Zementfabriken.

In Philadelphia und in Guadeloupe, der französischen Kolonie in Westindien, ist es zu gewaltigem Klassenkampf gekommen. Wegen der Entlassung von 600 Arbeitern der Philadelphiaer Straßenbahn traten 5000 Straßenbahnangestellte in den Streik. Es wurde gemeldet, daß die Streikenden „schwere Ausschreitungen“ begingen, Straßenbahnwagen zertrümmerten usw. und daß es zu ersten Straßenkämpfen kam. Der Streik wurde vollständig lahmgelegt. Das Kriegsrecht wurde verhängt. Die Straßenbahngesellschaft, die durch ihre rigorose Praxis der Arbeiterentlassung den Streik und die Ausschreitungen verschuldet hat, scheint zur Nachgiebigkeit nicht geneigt, so daß die Leiter der Arbeiterorganisationen den Generalstreik zu proklamieren gedenken, wenn ein Vermittlungsversuch keinen Erfolg hat.

In Guadeloupe wurden die schwarzen Arbeiter auf den Zuckerpflanzungen ausständig, weil sie das Uebermaß von Ausbeutung und schlechter Behandlung, dem ein gewissenloses Herrentum sie unterworfen hat, nicht mehr ertragen können. Die Berichte lassen keinen Zweifel darüber, daß ein richtiger Regeraustand ausgebrochen ist. Die Streikenden setzten zahlreiche Zuckerpflanzungen in Brand und begingen sonstige Gewalttätigkeiten. Der französische Kolonialminister bewirkte die Absendung eines Kriegsschiffes mit Landungstruppen.

## Maurerbewegung. Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Mauer:

**Schleswig-Holstein:**  
Helgoland (Differenzen beim Unternahmer Hagemann);

**Mecklenburg, Lübeck:**  
Lübeck (Sperrung über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz, Zwischenunternehmer Mädell und Behrens);

**Brandenburg:**  
Fürstenwald (Sperrung über alle Arbeiten der Unternahmer Bodey, Gube, Kirschke, Pastel Utikal und der Firma Pintsch);

**Pommern:**  
Stettin (Sperrung über das Betongeschäft von Reinke & Co.);  
Treprow a. d. Rega (Sperrung über J. König);  
Ein a. Rügen (Sperrung über den Unternahmer Wahl, der Bau liegt in Lauterbach);  
Podejuch (Sperrung über Koch in Finkenwalde);

**Ost- und Westpreussen, Posen:**  
Marienwerder (Sperrung über Knack in Beckermühle);

**Königr. Sachsen:**  
Leipzig (Sperrung über Winkler, Kleinzschocher, Ecko Miltzer- und Eyrhaerstrasse);  
Borsdorf (Sperrung über die Bauten des Unternahmers Wilhelm);  
Zittau (Sperrung über Hinke in Weigsdorf und Müller aus Hirschfelde);  
Oberriedersdorf (Sperrung über den Unternahmer Clemens);  
Glauchau (Sperrung über Köhler);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**  
Halle (Sperrung über Ifland in Passendorf);  
Stendal (Sperrung über den Bau des Unternahmers Ulrich aus Gr.-Möhringen in Warburg);

**Thüringen:**  
Eisnach-Herleshausen (Sperrung über Buchenan);  
Goburg (Sperrung über das Betongeschäft Otto Hauch & Co., der Bau liegt in Tettau, Oberfranken);  
Weimar (Sperrung über O. Hemme);

**Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen:**

Badbergen (Streik);  
Buxtehude (Sperrung über Pleschke und Spark);  
Walsrode (Differenzen);  
Wolfsbüttel (Sperrung über die Bauten der Unternahmer Tolle und Vollmer);  
Bremen (Sperrung über v. Hof in Homelingen);  
Blankenburg a. Harz (Differenzen mit der Firma Schönfeld);

**Westfalen und Rheinland:**  
Düsseldorf (Streik in Ratingen);  
Halle f. Westfalen (Sperrung über Grotendieck);

#### Fliesenleger:

Öbln und Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurbaum aus Bonn);

**Isolierer und Steinholzleger:**  
Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 82);  
Bremen (Sperrung über die Filiale der Firma Rheinhold & Co.);

### Oesterreich:

Pola (gesperrt);

### Schweiz:

Wintertur (Streik);

### Frankreich:

Paris (Differenzen);

Gau Danzig.

Am 14. Februar wurden in Thorn von der Firma Schmidt & Jablonski zehn Kollegen entlassen, weil sie von Jablonski eine bessere Behandlung verlangten und auf die Befreiung verschiedener Mischstände bezüglich der Raubhute und der Abortanlage drängten. Als Jablonski sagte: 'Scheuert Euch alle zum Teufel!' packten die Kollegen ihre Sachen und ließen den Bau. Nun wandte sich Jablonski an den Vorstand in Hamburg die Adresse war ihm noch aus der Zeit seiner früheren Mitgliedschaft bekannt und bat um Unterstützung der Angelegenheit. Durch Vermittlung des Gauvorsitzenden gelang es, den Streitfall derart zu schlichten, daß alle Kollegen die Arbeit wieder aufnehmen und die Firma sich bereit erklärte, Schlichtungen zu unterlassen. Die Mischstände waren mittlerweile befreit.

In Kassel versuchte der Posener Polierbund eine Zerstückelung der Kasser Maurer vorzunehmen, was schließlich auch gelungen wäre, wenn wir nicht rechtzeitig von diesem Vorgehen Kenntnis erhalten hätten. Auf Wunsch der Unternehmer kam eine Verammlung der Poliere zwecks Gründung eines Poliervereins zustande. Hierunter war ein Polier aus Posen, der ebenfalls im Solde der Unternehmer steht. Da die Kasser Unternehmer jeden Polier, der nicht Mitglied des Poliervereins werden wollte, mit Entlassung drohten, so haben sich 15 Poliere zur Aufnahme bereit erklärt. Eine Verammlung der Gesellen nahm zu dem höchsten Unternehmen der Poliere Stellung und warnte sie, die besonders zur Verammlung eingeladen waren, vor diesem Schritt ins Dunkle. Die angewiesenen Poliere gaben die Erklärung ab, Mitglieder im Zentralverband bleiben zu wollen und den Eintritt in den Polierverband abzulehnen. Hestentlich halten sie Wort.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Beitragsmarken. Mitglieder, die vorübergehend in einem andern Beruf beschäftigt sind, zahlen vom 1. März an mindestens 40 M Beitrag, wenn sie nicht auf Grund ihres Verdienstes zu höheren Beiträgen angehalten werden können. Der 40 M-Beitrag gilt auch für inaktive Mitglieder, soweit sie vom Verband keine Unterstützung bekommen. 30 M-Marken haben in dem neuen Beitragsjahre keine Gültigkeit.

Stuflatt. Die übliche vom Verbandsvorstand herausgegebene Frühjahrs-Stuflatt wird diesmal nicht schon zu Anfang März, sondern zu einem späteren Zeitpunkt erscheinen.

Sterbegeld. Die übliche vom Verbandsvorstand herausgegebene Sterbegeld ist aus Anweisung des Verbandsvorstandes ausgesetzt worden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbenskunde.

Anmerkung. Sind angaben, die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 21. bis 26. Februar für folgende Mitglieder erteilt:

- Ant. Wawrzi - Hamburg, Verb. - Nr. 29 985; F. Großer-Vernau, 233 588; H. Hering-Weidau, 110 233; J. Spießler-Minden, 240 632; M. Christian-Breslau, 16 946; W. Hüttig-Altendorf, 50 409; R. Fr. Deme-Weigern, 52 783; Gustav Müller-Rickendorf, 237 153; Heinrich Vogel-Schönebeck, 78 339; Franz Wille-Weidenburg, 294 922; Aug. Eckardt-Berlin, 244 255; G. W. Berlin 1295; G. Richter-Berlin (Franz), 541; F. Hahn-Weidenburg, 271 602; G. Richter-Dresden (Franz), 254 518; R. Groß-Minden (Franz), 240 855; G. Hirshmann-Carlsruhe (Franz), 381 196; Joh. Müller-Frankfurt a. M. (Franz), 21 906; G. Schmidt-München (Franz), 382 551; J. Werner-Münster (Franz), 214 030; F. H. Müller-Weidenburg, 74 660; Otto Sommer-Dresden (Franz), 18 397; Ernst Wolf-Weidenburg (Franz), 473 860; H. Kuntz-München (Franz), 107 239; R. Wapf-Gütersloh (Franz), 82 705; S. Kühn-Essen (Franz), 195 032; Karl Wenter-Zirahung i. G. (Franz), 132 453; G. Köhler-Essenmünde (Franz), 125 558; Aug. Kleinrich-Schlotheim (Franz), 378 644; J. Steiner-Werne (Franz), 335 631; Fr. Schermer-Salzwedel (Franz), 78 177; M. Richter-Berlin (Franz), 83 411; S. Schreier-Ilms (Franz), 164 540; Aug. Wenter-Ilms, 337 287; D. Faustmann-Merzenburg, 165 165; A. Schuster-Mühlberg, 232 429; Fern. Seber-Gera, 71 389; Andr. Schmeider-Münster, 424 001; Fern. Eggers-Mit-Magisch (Franz), 120 680; Johann Gath-Gießen (Franz), 290 289; Adw. Schmid-Wasserburg, 283 236; F. Köhle-Dammover, 31 903; A. Regel-Dresden, 29 270; J. G. Graf-Dresden, -19 820; S. Jacobs-Warmen, 40 537; C. Gaeck-Dassow, 63 125; Joh. Klingler-Vorrach (Franz), 892 391; G. Bösch-Minden (Franz), 88 399; G. Jander-Berlin (Franz), 1468; R. Dämmrich-Weidenburg (Franz), 278 628.

Mit verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Karl Jarosch-Weidenburg i. Schl. (Verb.-Nr. 444 906), Joh. Moog-Essen (442 723), W. Kröll-Frankfurt a. M. (190 889), Karl Wagner-Schlitz (188 645), Gustav König-Weidenburg (168 537), Fritz Franz-Kaiserlautern (132 555), Martin Jella-Mannheim (86 122), Franz Weckmann-Schönebeck (80 481), Hm. Schmitt-Hamburg (26 887), Peter Schwalla-Dortmund (441 756), Adam Fint-Bremen (260 933), R. Wopjes-Schlitz-Weidenburg (106 611), Joseph Konieczy-Wreschen (108 632), W. Spadin-Berlin (10 202); außerdem die Mitgliedskarten der Kollegen Chr. Schlegel-Schlitz (052 458), M. Hartmann-Ghemnis (032 707), Max. Bogi-Saarbrücken (29 914), Karl Pfänder-Plauen (10 239), W. Ahlgrimm-Stadtenhagen (08 276), Aug. Roggenbach-Essen (05 240), Fern. Franz-Duisburg (28 437), Carl Schreder-Berlin (054 331), A. Miessen-Hamburg (051 201).

Gestanden sind verschiedene Papiere des am 24. April 1857 zu Gelle geborenen Kollegen Franz Cassau. Dieselben können bei uns abgefordert werden.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 7 a des Statuts vom Zweigverein Deutsch Bissa: Karl Bogrisa (Verb.-Nr.

370 474); F. Behor: Chr. Bandow (023 649); Fäterbog: August Reichert (167 874); Bandshut i. B.: Josef Mühl (179 117); Nordenhain: Johann Weigert (34 392); Pfost: G. Gottschalk (06 370), A. Dinkler (97 618).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Burgdorf: Albert Deneck, geboren am 26. Oktober 1880 zu Schöppenstedt.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Zweigverein Burgdorf oder uns Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände. Jahresabrechnungen. Gau Dresden.

Table with financial data for Gau Dresden. Columns: Item, Amount. Rows: Kassenbestand 1908, Beiträge auf Grund des Statuts, Zinsen, Beamtengehalt, Entgangener Arbeitsverdienst, Diäten, Jahrgeld, Bureau, Feuerung, Druckfachen, Porto und Schreibmaterial, Sonstiges, Ausgabe, Einnahme, Ausgabe, Bestand, Unter-Sonstiges.

Unter-Sonstiges sind: M. 281,20 für böhmischen und italienischen Unterricht.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Actern. Am 30. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Kassierer gab den Quartals- und Jahresbericht. Die Lokalfaste weist einen Bestand von M. 681,35 auf, davon sind M. 600 bei der Bank belegt. Die Mitgliederzahl betrug 55. Versammlungen, die schlecht besucht wurden, haben sehr stattgefunden; Vorstandssitzungen fanden sechs statt. Die Bewegung am Orte litt unter der geringen Kenntnis des Wirtschaftslebens und dem mangelhaften Klassenbewußtsein der Kollegen. Die Ausbreitung unserer Organisation während der schlechten Konjunktur haben wir kaum erreicht. Die Ursachen hierfür sind in den tiefsten Verhältnissen zu suchen. Die große Mehrheit unserer Kollegen sind Dorfbewohner, die nebenbei viel Ackerbau betreiben und deshalb schwer für die Organisation zu haben sind. Sie werden Mitglieder des Verbandes, interessieren sich für die materiellen Verbesserungen ihrer Lage, springen aber nur zu leicht wieder ab. Der Stundenlohn beträgt noch 35 S, wie ihn die Kollegen im Jahre 1906 errungen haben. Was die sonstigen Arbeitsbedingungen anbelangt, so bleibt noch viel zu wünschen übrig. Die Bautätigkeit wird in diesem Jahre besser sein als im verflochtenen. Zu der Vorstandstätigkeit beschlossen die Kollegen, es bei den alten Bedingungen zu lassen. Als Vorsitzender wurde Kollege Schäffer, als Kassierer Kollege Haase und als Schriftführer Kollege Gehmann einstimmig wiedergewählt. In diesem Jahre wird es die Aufgabe der Kollegen sein, energisch für die Organisation einzutreten, damit die noch fernbleibenden und uns verloren gegangenen Kollegen unsere Reihen zugeführt werden.

Cassell. (Jahresbericht.) Unser Ort gehört zu denen, die auch im Jahre 1909 von einem allgemeinen Aufschwung im Baugewerbe nichts zu verspüren bekamen; im Gegenteil: die Arbeitslosigkeit und die Zahl der Beschäftigten ging sogar noch hinter die des Jahres 1908 zurück. Die Spekulationsbautätigkeit ruhte fast vollständig. Seinen Grund hatte dies darin, daß die Beschaffung von Hypotheken infolge der ungeborenen Verluste, die die Kreditinstitute in den letzten Jahren gehabt hatten, wo das Vertrauen zur Anlage von Geldern in solchen Unternehmen gänzlich geschwunden war, außerordentlich schwierig wurde. Es dürften noch einige Jahre vergehen, ehe dieses Mißtrauen ganz beseitigt ist und wieder bessere Verhältnisse Platz greifen. Spekulationsbauten wurden nur sehr ausgeführt, alle übrige Arbeit erstreckte sich auf die Ausführung von Staats- und Kommunalbauten und Privatbauten. Von letzter Kategorie wurden in der neueröffneten Gartenstadt 15 Einfamilienhäuser und von einer Gesellschaft wurden 15 Arbeiterhäuser für je zwei Familien ausgeführt. Im übrigen erstreckte sich die Privatbautätigkeit meistens auf Reparaturen und An- und Umbauten. Von Staatsarbeiten waren hauptsächlich größere Arbeiten an dem Erweiterungsbau des Bahnhofs, der Anbau des Eisenbahndirektionsgebäudes und der Kavalerieschuppen. Auch wurde in einem Vororte ein neuer Pulvermagazin für die Garnison erbaut, was einem Teil Arbeitskräfte Arbeit gab. Von kommunalen Arbeiten war der Neubau einer Mehlmühle, die Erweiterung des Schlachthofes, die neue Fußbrücke, ein Wasserferrisba, das aber nach Fertigstellung (aus Einsehen) wieder aufzusuchen, und in den Vororten größere Kanalisationsarbeiten zur Ausführung ergeben. Alle diese Arbeiten genügten jedoch nicht, um allen am Orte und im Gebiete des Zweigvereins

aussäßen Kollegen immer Beschäftigung zu geben, zumal auch in allen andern Lohngebieten des Zweigvereins, mit einer einzigen Ausnahme, die Arbeitslosigkeit (schlecht war. Bei der Statistik, die im ganzen Zweigvereinsgebiet vom 16. bis 22. August aufgenommen wurde, wurde eine Beschäftigtenziffer von 1020 festgestellt, gegen 1141 im Jahre 1908 und 2008 im Jahre 1905. Im Lohngebiete Cassel wurden in derselben Zeit 444 beschäftigte Gesellen festgestellt, gegen 607 in 1908 und 1469 in 1905. Aus dem Vergleich mit den Ziffern der Vorjahre ist zu ersehen, wie gewaltig der Rückgang ist. Da aber im Zweigverein durchschnittlich immer noch 1320 Mitglieder zu verzeichnen sind, im ganzen Gebiet aber nur 1020 als Maurer beschäftigt wurden, von denen auch noch eine Anzahl dem christlichen Verbände angehört, so ergibt sich, daß ein großer Teil gezwungen war, in andere Betriebe überzugehen und dort Arbeit zu suchen, wo in den weitaus meisten Fällen ein niedrigerer Lohn als im Maurerberufe gezahlt wurde. In Fabriken und Eisenbahnen, in Brauereien und Kohlengruben, als Hilfsarbeiter und Kanalarbeiter konnte man unsere Kollegen arbeiten sehen, und was auch in diesen nicht weise ankommen konnte, war zur Abreise gezwungen. Die Abreisenden wandten sich meistens nach Weiskalen, in die „Kohlensteine“, aber auch in Gorbach und auf dem Truppenübungsplatz bei Götze ist ein Teil beschäftigt gewesen. — Im Gebiete Nichteinau gelang es, mit den beiden Unternehmern einen Tarif abzuschließen, der eine sofortige Lohnserhöhung von 3 S (von 40 auf 43 S) bis zum 1. April 1910 und von da an um weitere 2 S bis zum 1. April 1911 vorsieht. Im Lohngebiete Oberhausen gab es in der zweiten Hälfte des Jahres infolge eines Anbaues der dortigen Lungenheilstätte und der Errichtung eines Amtsgerichtsgebäudes eine ziemlich lebhaft Bautätigkeit, die die Kollegen glauben ausnützen zu sollen, um den Lohn in die Höhe zu bringen. Sie stellten Forderungen; da aber die beiden in Betracht kommenden Unternehmer zu gar keiner Erhöhung zu bewegen waren, auf gutlichem Wege also nichts zu erreichen war, wurde die Forderung in Anbetracht der ganzen Arbeitsverhältnisse im übrigen Gebiete vorläufig zurückgestellt, sie ist jedoch im November 1909 für das Jahr 1910 erneut eingedrängt worden. Infolge dieser mißlichen Arbeitsverhältnisse im ganzen Zweigvereinsgebiet war es natürlich nicht möglich, die Mitgliederzahl auf der alten Höhe zu halten. Am Schlusse des Jahres 1908 hatten wir eine Mitgliederzahl von 1387. Neu aufgenommen wurden 132 und 33 meldeten sich an. Diesem Zugang von 165 steht ein Abgang von 245 gegenüber, und zwar sind 179 abgereist, 10 sind aus resp. übergetreten, 1 ist ausgesprochen, 5 sind gestorben, 20 zum Militär eingezogen, 21 sind wegen rückständiger Beiträge gestrichen und 9 sind abgegangen, unbekannt wohin, so daß am Schlusse des Jahres noch 1307 Mitglieder vorhanden waren. Dieser verringerten Mitgliederzahl entsprechen sind auch die vereinnahmten Wocheneinnahmen in der Gesamtzahl zurückgegangen. 1908 waren es noch 52 321, in diesem Jahre sind es nur noch 49 888; ein Minus von 2433. Dabei kommt jedoch für den finanziellen Effekt in Betracht, daß gerade die Beiträge der höheren Lohnklasse für das Lohngebiete Cassel um 4807 von 28 936 auf 24 129 zurückgegangen sind, während die Zahl der Arbeitslosenmärkte um 2065, von 3612 auf 5677 gestiegen sind. Durch diese Verschiebung ist die Einnahme pro Mitglied an Beiträgen im Jahre von M. 17,62 auf M. 17,09 zurückgegangen. Verausgab wurden 99 Eintrittsmarken à 50 S, 33 à M. 1,50, 24 129 Beiträge à 65 S, 2953 à 50 S, 4364 à 45 S, 3437 à 40 S, 7003 à 35 S, 2325 à 30 S und 5677 à 25 S (Arbeitslosen). Die Hauptkasse hatte eine Jahresaufnahme von M. 22 761,35 gegen M. 25 013,15 im Vorjahre. An die Hauptkasse wurden abgesetzt M. 11 939,71 für Reiseunterstützung wurden M. 141, für Nachschuß M. 90, für Krankenunterstützung an 279 Mitglieder M. 4531,90, für Sterbeunterstützung an 13 Mitglieder M. 705 und für Anteile des Zweigvereins M. 5383,74 ausgegeben, so daß die Hauptkasse am Orte keinen Bestand hat. Die Lokalfaste hatte eine Einnahme von M. 28 711,69 und eine Ausgabe von M. 8165,04, so daß ein Kassensaldo von M. 20 546,65 zu verzeichnen ist, wovon M. 18 932,10 bei der Bank belegt sind. Die Migration im Zweigvereinsgebiet war recht lebhaft. Abgehallen wurden in Cassel 15 Mitgliederüberlassungen und zwei Zweigvereinskonferenzen; in den Poststellen wurden 53 Versammlungen abgehalten. In 17 Orten wurde Hausgenossenschaften betrieben. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in zwölf Vorstandssitzungen und nahm an drei kombinierten Vorstandssitzungen des Kartells teil. Am Generobericht hatte der Geschäftsführer sechs Vorträge zu betreten. Leider kamen bei diesen Vorträgen wegen Zahlungsunfähigkeit und unfruchtbarer Forderung des Unternehmers mehrere Kollegen um ihr sauer verdientes Geld. Ein Kollege, der Unterhaltungen begangen hatte, aber trotz übernehmender Verpflichtung sich weigerte, diese Summe zurückzugeben, mußte zur Anzeige gebracht werden. Er wurde mit 14 Tagen Gefängnis bestraft; der Zweigverein mußte die Summe von M. 49,63 als verloren abgeben. Schlichtungskommissionssitzungen fanden vier statt. Drei besaßen sich mit der Einführung der Arbeitszeitskala, wie sie in Frankfurt üblich ist. Dadurch wäre die Arbeitszeit im Winter um eine halbe Stunde verlängert worden. Die Arbeiter haben sich dieser Forderung immer widersetzt, und sie ist auch bis jetzt noch nicht eingeführt. Die vierte Sitzung regelte ein Vorlesungsmittel an einem Bau. In einer gut besuchten Generalversammlung am 22. Februar wurde obiger Bericht erbracht. Dem alten Vorstand wurde Entlassung erteilt; darauf wurde die gesamte Verwaltung neu gewählt. Gegen den Bericht vom Verbandsstag, den Kollege Junglaas erbrachte, wurden größere Momente nicht erhoben. Einige Kollegen beschränkten, daß die Erhöhung der Beiträge in der jetzigen schlechten Zeit wohl auf Schwächeren stehen werde. Kollege Junglaas beschränkte diese Bedenken mit dem Hinweis, daß, wenn alle Kollegen in dieser ersten Zeit ihre Schuldigkeit täten, auch die Erhöhung der Beiträge ohne Mitgliederverluste durchgeführt werden könnte.

Gleitwit. Nachdem uns die Polizei früher aus unserm Lokal vertrieben hatte, weil es angeblich zu klein war, hatten wir lange keinen Raum, wo wir unsere Versammlungen und Sitzungen abhalten konnten. Als wir dann bei einem andern Wirt mehrere Vergnügen abgehalten hatten, war dieser sehr mit uns zufrieden und wir erzielten sein Lokal auch zu Versammlungen. Die Polizei machte uns aber nach wie vor Schwierigkeiten. Als der Wirt dann plötzlich starb und die Witwe mit ihren Töchtern

das Lokal weiter führte, drohte sie ihr mit dem Militärhospitall, der schließlich auch beschängt wurde. Damit hatte man uns wieder einen Saal abgetrieben; denn wir mußten wieder räumen und sind nun wieder ohne Saal. Die Gerichte behandelten uns auch nicht glimpflicher. Bei der vorjährigen Lohnbewegung mußten einige Kollegen, um ihr Geld zu erhalten, mehreremal zum Bauunternehmer Golla; dabei wurden sie mit dem Knüttel und sogar mit dem Revolver bedroht. Ein Maschinenreißender, der dort saßerte und die Bedrohung zufällig sah, stellte Golla desangellagt und zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Die Polizei hatte Strafantrag gestellt und Golla und der Bauherr Bischof waren Zeugen. In der Berufungsverhandlung ließ das Gericht die Bedrohung fallen, hielt aber das Strafmaß von vier Wochen wegen Nötigung aufrecht. Die Nötigung wurde darin erblickt, daß der Angestellte dem Golla gefagt haben soll: „Wenn Sie Ruhe haben wollen, so gehen Sie ins Streikbureau und unterschreiben dort, daß Sie den Lohn zahlen wollen.“ Dann werden Sie auch Leute kriegen.“ Eine andere Klage gegen zwei Kollegen und einen Zimmermann wurde verlag, weil ein Angestellter nicht erschienen war. Ein Streikposten wurde mit 17 Geldstrafe belegt, weil er einen Streikbrecher anhielt, der dann Rabau machte. In einer Pulverfabrik wurden auf unsere Streikposten Hunde gehetzt und einer wurde außerdem noch zu 10 Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Für den Fall, daß weitere polizeiliche Vernehmungen stattfinden sollten, erließen wir unsere Kollegen, sich über das, was sie unterzeichnen sollen, vorher genau klar zu werden und nicht leichtfertig zu handeln. Kollegen! Wenn wir nun ohne Lokal sind und von allen Seiten bedrängt werden, wollen wir erst recht unsere Pflicht tun. Zu unserm Ziel führen uns ja nicht große Neben, sondern die praktische Arbeit, die in dem Bewußtsein getan wird, daß es trotz aller Schikanen vorwärts gehen muß und daß der Sieg einmal doch auf unserer Seite sein wird.

**Kiel.** In der Generalversammlung am 20. Februar erlatete Kollege Wroßhahn den Jahresbericht. Er führte aus: Die Krise, die in Kiel im Jahre 1908 noch nicht allgäuher zu spüren gewesen sei, sei im Jahre 1909 um so fühlbarer geworden. Die Mitgliederzahl ist denn auch um 146, und zwar von 1259 am 1. Januar 1909 auf 1113 am 1. Januar 1910 gesunken. Durch unsern Tarif ist die Mordarbeit am Orte ausgeschlossen. Trotzdem konnten es manche Kollegen nicht unterlassen, im Mord zu arbeiten, was um so schlimmer für das Ansehen der Organisation am Orte ist, da selbst die Unternehmer die Mordarbeit ablehnten, so daß durch das Vorgehen der Kollegen das Erzeugnis wieder in Frage gestellt wird. In vielen Fällen wurde durch Anrufung der Schlichtungskommission auch wieder durchgesetzt, daß in Frage gestellt wird. Ferner wurde unsere Lohnregel vielfach angezweifelt, weil einige Unternehmer weniger Lohn zahlten. In einem Falle mußten die zentralen Leitungen zur Regelung der Streitigkeiten in Anspruch genommen werden. Die Regelung fiel zu unsern Gunsten aus. Im Streik hatten wir im Vorjahre den Pfieseler Lager beendet. Er gilt auf ein Jahr weiter, kommt also in diesem Jahre nicht zur Mündigung. Die Sperre über den Paradenbau des Unternehmers Hamann am Erweiterungsbaue des Nord-Ostsee-Analans wurde für uns günstig beendet, indem der Unternehmer unsern Tarif anerkannte. Der Kollege Siffener, der sich als Zwischenschlichter bei Hamann ausgab, wurde auf Antrag der Zehlfelder Koppergatt ausgeschlossen. Man sieht also, daß sich durch das einmütige Vorgehen der Organisation doch vieles erreichen läßt. Generalversammlungen wurden im Jahre hier abgehalten; der Besuch ließ sehr zu wünschen übrig. Hoffen wir, daß es im nächsten Jahre besser wird. Neu aufgenommen wurden 216 Kollegen, davon zum wiederholten Male 36. Krankenunterstützung wurden an 247 Kollegen 5117 für 5512 Krankentage gezahlt. Die hohe Zahl der Kranken Kollegen kommt daher, weil sie sich den ganzen Sommer mit ihren Schmerzen, wie Rheumatismus, Zementstränge u. a. m., herumschlagen; kommt dann der Winter, so ist es ganz natürlich, daß sie sich dann ausbilden lassen. Die Gesamteinnahme und Ausgabe des Zweigvereins für die Hauptkasse betrug im Berichtsjahre 1909/10 3221,61. Die Lokalafasse hatte eine Einnahme von 37 821,22, eine Ausgabe von 17 031,04 und einen Bestand von 20 290,18. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

**Offenburg.** (Jahresbericht.) Das Jahr 1909 war für uns hier nicht erfreulich. Schon an seinem Anfang herrschte große Arbeitslosigkeit, die auf den strengen Winter zurückzuführen war. Im Monat März war noch die größte Zahl der Kollegen arbeitslos. Man gah sich aber der Hoffnung hin, der Sommer würde das bringen, was im Winter verloren ging. Leider kam es nicht so, wie man vermutete, sondern auch in den Sommermonaten hatten wir noch eine Arbeitslosigkeit, so daß etliche Kollegen gezwungen waren, ihr Bündel zu schnüren, um anderwärts Arbeit zu suchen. „Mit der Arbeitslosigkeit ist aber bei den Kollegen eine ungewöhnliche Ruhe eingetreten, so daß es dem Vorstand nicht leicht war, die Organisation hochzuhalten. Man hatte sich die größte Mühe gegeben, den Kollegen etwas zu bieten, was aber vielfach nicht anerkannt wurde. Einige Kollegen wollten auch keine Beiräte mehr zahlen, bis sie später durch die mündliche Aufklärung des Vorstandes wieder zu besserer Einsicht kamen. Der tarifliche Lohn von 50 3 wurde nicht überall bezogelt. Es machte sich deshalb notwendig, bei den Kollegen Fragenbogen zur Feststellung der Höhe des Lohnes zirkulieren zu lassen, um ein genaues Bild darüber zu bekommen, wieviel Kollegen den tariflichen Lohn nicht erhielten. Bei der Zusammenstellung stellte es sich heraus, daß nur 62 pct. den tariflichen Lohn erhielten, während 48 pct. zu niedrig entlohnt wurden. Der Zweigvereinsvorstand setzte sich dann mit dem Gdavorstand in Verbindung, um Abhilfe zu schaffen. Als aber zu diesem Zweck eine Versammlung einberufen wurde, um die Frage zu diskutieren, fanden es die Kollegen, die den tariflichen Lohn nicht erhielten, nicht einmal für nötig, in die Versammlung zu gehen. Es war uns deshalb nicht leicht, gegen die Unternehmer vorzugehen. Die Kontingenz hatten die Kollegen selbst zu tragen. Im Berichtsjahre hatten 16 Zweigvereins- und 4 Zehlfelderversammlungen sowie 17 Sitzungen des

Zweigvereinsvorstandes stattgefunden; außerdem zur Förderung der Agitation 3 und 8 Hilfsstärkerkonferenzen. Der Besuch der Versammlungen ließ viel zu wünschen übrig. Neu eingetreten sind 37 Kollegen, von denen 7 früher schon einmal Mitglied waren; ausgetreten sind 16, abgereist 27, ausgetreten 1, zum Militär eingezogen 2, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 20. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreseschluß noch 85. Die Jahres-einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug 1446,05. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 92,50, an Krankenunterstützung 63, an Mitgliedschaften 18. Die Einnahme der Lokalafasse betrug 683,60. Die Ausgabe 601,58, mithin bleibt ein Bestand von 82,02. Am 21. Dezember wurde von den Unternehmern der im Jahre 1907 abgeschlossene Tarif gekündigt, ein Zeichen, daß im Jahre 1910 der Kampf auch hier beginnen soll. Soffensichtlich konnten dadurch auch unsere Kollegen wieder einmal zur Einsicht. In der am 13. Februar stattgefundenen Generalversammlung wurde der Kollege Perl als Vorsitzender wiedergewählt; er wird das Amt des Kassierers mit beileiden, bis ein geeigneter Kollege vorhanden ist.

**Hierode a. S.** Am 20. Februar hielt der Zweigverein seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit im letzten Jahre aufreißend war. Wenn auch für Hierode selbst nicht von einer guten Konjunktur die Rede sein kann, so herrschte doch in den Landgemeinden sowie in Glauischal und Zellerfeld eine gute Konjunktur, die mit einer hiesigen Unterbrechung im Hochsommer, wo in den Kurorten fast gar nicht gebaut wird, bis zum Winter anhält, so daß mancher Kollege, der im Jahre 1908 in seinem Berufe keine Arbeit finden konnte, im vorigen Jahre wiederum Beschäftigung fand. Auch die Agitation war von gutem Erfolg, so daß 63 Kollegen in den Verband aufgenommen werden konnten. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 9288. Der Anschluß an das Gewerkschaftstarell wurde abgelehnt, weil die Mittel dazu nicht ausreichten. — Dann referierte Kollege Bantorf noch über die Lage im Baugewerbe. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Kollegen werden, wenn es hier zum Kampf kommt, ihren Mann stellen. Der alte Vorstand wurde, mit einer Ausnahme, wiedergewählt.

**Schweinfurt.** „Sie lägen wie die Leufel...“ In Nr. 7 der „Baugewerkschaft“ wurde in einer Notiz — „Ein Wolf im Schafspel“ — behauptet, Kollege Kupfer aus Schweinfurt habe sich bei einer in Münsterstadt vom christlichen Bauandwerberverband arrangierten Besprechung als Vertreter des christlichen Verbandes ausgegeben, um die Zehlfelder der Christlichen ins rote Lager hinüberzuführen. Als er gerade mitten in seiner Arbeit gewesen sei, sei der wirkliche Vertreter des christlichen Verbandes gekommen, worauf Kupfer in größter Verlegenheit das Lokal verlassen habe. Kupfer habe dann „einen seiner Getreuen“ hingeschickt, obwohl er selbst in einer andern Wirtschafft gemüßigt geestet habe. Wie liegt nun der wahre Sachverhalt? Die Darstellung des christlichen Bauarbeiterverbandes arrangierte auf den 30. Januar in Münsterstadt eine Versammlung, in der Herr B e e r e n g e r aus Witzburg sein geistiges Licht leuchten lassen sollte. Trotz brieflicher Einladung erschienen außer den bei uns organisierten Kollegen ganze vier Maurer. Von den vier angeordneten zogen es drei vor, trotz Aufforderung von jener Seite auf das geistreiche Refekt Behringers Besatz zu leisten und wählten einer von uns arrangierten Besprechung bei. Nun ist es begrifflich, wenn man eine große Rede im Saal hat und muß sie bei einem ganzen Maurer halten, daß da der Mann schmilzt. Aber ganz man seinen Vorn dann in persönlichen Verhandlungen ausschüttet, ist gemein. Eine Klage ist, daß sich Kupfer als Vertreter der christlichen Bauarbeiter ausgab, das wäre auch un möglich, kennt ihn doch fast jeder Maurer der ganzen Umgebung. Wenn will man denn weismachen, daß man vor einer geistigen Autorität wie Behringer ist, erschrecken kann. Nun ist es bei uns nicht üblich, daß man sich wegen eines Kollegen den ganzen Tag in einem Orte aufhält; bei uns gibt es wichtigeres zu tun. So war es auch bei Kupfer. Er hielt noch an dem Tage in Poppensauer eine Versammlung ab und konnte nicht Behringer und seinem „großen“ einmütigen Anhang zuliebe der Versammlung in Poppensauer fernbleiben. Trotzdem behauptet der frohe Lügner, Kupfer zöge in den Wirtschaffen weiter. Das Rechen überlassen wir den christlichen Herren, wir haben wichtigere Aufgaben zu erfüllen. Dies zur Steuer der Wahrheit, sofern man von dem christlichen Bürgernmenschen überhaupt noch erwarten kann, daß er Wahrheit und Bügen zu unterscheiden versteht. So liegen die Dinge in Wirtschaffen. Also edler Held aus Münsterstadt, wer hat gelogen?

**Wiesdorf-Leverkusen.** Man teilt uns mit: Einen Saubel mit Menschen treibt der Polier Kumpf vom Baugeschäft Kortlang & Söhne in Wülheim am Rhein. In den Farbenfabriken Bayer & Co. werden gegenwärtig einige Bauten aufgeführt, wo der genannte Polier sein Unwesen treibt. Will jemand bei Kumpf in Arbeit treten, so ist er verpflichtet, in gewissen Stoff- und Logisshäusern Quartier zu nehmen und will der Arbeiter die Arbeit behalten, so ist er wohl oder übel dazu gezwungen, sich mit dem aufzulegen zu geben, was man ihm darreicht. Daß die Logiswirte die „Lage“ auszunutzen wissen, versteht sich am Rande. 60 bis 75 3 und höher pro Person erhält der Polier Kumpf. Hier wäre es Zeit, dem Polier das Sandwert zu legen. Als Zentrumsmann find ihm die freien Gewerkschaften selbstredend ein Dorn im Auge und so mußten in letzter Zeit der Vorsitzende sowie der Kassierer der Bauhilfsarbeiter das Arbeitsfeld räumen. Das derartige heute den Arbeitern noch geboten wird, liegt an der Schlafmüdigkeit der Kollegen, die die Arbeiterpreise von den Wirtschaffen und der schlechten Behandlung nicht unterrichten. Es ist notwendig, daß die Kollegen die Wirtschaffen, welcher Art sie auch sein mögen, an die Öffentlichkeit bringen, damit für Abhilfe gesorgt werden kann.

**Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.**

Unsere Düsseldorf Kollegen haben beschlossen, den Verbandsbeitrag mit dem Lokalen Zuschlag auf 90 3 bzw. M. 1 zu erhöhen, und zwar deshalb, weil sie mit Recht annehmen, daß, wenn der Kampf ausbricht, er in Rheinland-Westfalen mit besonderer Schärfe geführt werden wird. Auch in Köln wurde von einer stark besuchten Mitglieder-versammlung beschlossen, bis zur Beendigung der Lohnbewegung den Beitrag auf M. 1 zu erhöhen. Auf eine Anfrage erklärte der Vorsitzende, daß die Beamten des Zweigvereins während des Kampfes auch nur die Streikunterstützung beziehen werden. — In Schwetzingen entspann sich nach dem Bericht vom Verbandsstage eine rege Diskussion. Der Delegierte Schweiter begründete die Notwendigkeit der Beitrags-erhöhung. Die Gründung des Unternehmer-Arbeits-nachweises wurde scharf kritisiert. Dann wurde beschlossen, eine Zehlfelder der Krankentafel „Grundstein zur Einigkeit“ zu errichten. — In Pirna stimmte am 20. Februar, nachdem Kollege Freitag den Bericht vom Verbandsstage erstattet hatte, eine Versammlung den Beschlüssen des Verbandsstages einstimmig zu. Die Kollegen, die von den Unternehmern ein auf die Zufsperrung bezügliche Rundschreiben erhalten, werden auch an dieser Stelle aufgefordert, ihre Unterschrift dazu nicht zu geben. — Stargard i. P. Nach lebhafter Diskussion stimmte eine Versammlung am 19. Februar der Beitrags-erhöhung zu; es wurde aber die Befürchtung geäußert, kleine Zweigvereine könnten dadurch zurlückgehen. — Strehlen. In Anbetracht der ersten Situation werden unsere Kollegen ersucht, dafür zu sorgen, daß auch die Unorganisierten die nächsten Versammlungen besuchen, damit sie endlich zur Vernunft gebracht werden können. — In Rumelsburg beschloß eine Versammlung, zur Gewinnung der uns noch fernstehenden Kollegen eine Hausagitation vorzunehmen. Die schon organisierten Kollegen werden aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen. Auch wird immer noch zu viel Schnaps getrunken. Die Kollegen sollten das unterlassen, damit die Frauen nicht sagen, ihre Männer gingen nur zum Saufen in die Versammlungen. — In Halle wurde beschlossen, in diesem Jahre die Hausagitation einzuführen. Als Entschädigung erhalten die Hilfsstärker 3/4 3 pro Marke und 10 3 pro Monat und Nummer für die Verbreitung des „Grundstein“ in der beitragsfreien Zeit. — Die Delegiertengeneralversammlung des Zweigvereins Duisburg lehnte einen Antrag, wegen Erhöhung des statutarischen Beitrages den Lokalaufschlag von 10 auf 5 3 zu reduzieren, in Anbetracht der kommenden Bewegung ab. Ein Antrag, zur Generalversammlung neben dem Fahrgeld auch Speise zu zahlen, wurde gleichfalls abgelehnt, ebenso ein Antrag der Bischoff in Friederichshain einen Zuschuß zu gewähren. Beschlossen wurde, das Bureau nach dem Innern der Stadt zu verlegen und in dem Verband arrangierten Sitzungen zu entschließen. — In Heiligenthal (Bezirk Halle) ist am 20. Februar ein Zweigverein gegründet worden. Ein Teil der dortigen Kollegen gehörte bisher schon zum Zweigverein Sieben. Die Kollegen fühlen jetzt die Kraft in sich, sich selbst zu regieren und die noch ziemlich starke Zahl der Nichtorganisierten heranzuziehen. — Die Unternehmer in Wurzeln verlangen von unsern Kollegen die Verlängerung des jetzt bestehenden Vertrages mit den jetzigen Bühen um zwei oder fünf Jahre. Eine Versammlung lehnte dieses Aninnen einstimmig ab. Es ist notwendig, daß die Kollegen zur nächsten Versammlung recht pünktlich und zahlreich erscheinen. — Eine außerordentliche Mitglieder-versammlung in Schneidemühl stimmte, nachdem Kollege Schulz seinen Bericht erstattet hatte, den Beschlüssen des Verbandsstages einstimmig zu. Außerdem wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung die Frage der Erhebung eines Lokalaufschlages gestellt. Es wurde dann zur Sprache gebracht, daß die hiesigen Unternehmer bereits jetzt mit der Auslieferung der ortsanfälligen Kollegen beginnen, indem sie diese entlassen und auswärtige Maurer (aus Drielen und Umgegend) heranziehen. Die Versammlung sprach deshalb den Wunsch aus, die nichtorganisierten Kollegen möchten den Einheimischen die Arbeitsstellen überlassen. Aufnehmend wollen die Unternehmer durch ihre Treiben Uneinigkeit in unsere Reihen tragen. Sie seien Wind und werden bald zur Sturm ernten. — Stark besuchte Versammlungen in Königsberg, Insterburg und Bartenstein stimmten den Beschlüssen des Verbandsstages einstimmig zu. Königsberg war bekanntlich früher einstimmig gegen die Verschmelzung, hatte auch den Antrag gestellt, den Beitrag nicht zu erhöhen, jetzt zählt es 80 3 Beitrag. Die Stimmung ist überall vorzüglich. — In Brunsbüttelfoog erklärte sich eine leider schwach besuchte Versammlung mit den Beschlüssen des Verbandsstages einverstanden. Das Vereinslokal wurde nach dem Gasthof „Stadt Hamburg“ (Inhaber Stierpe) verlegt, wo am 17. März die erste Versammlung ist. — In Dohheim, Zweigverein Wiesbaden, stimmten die Kollegen nach einem Refektare Lübberrings den Beschlüssen des Verbandsstages einmütig zu. — Eine Versammlung unserer Kollegen in Grefeld beschloß einstimmig, den Wochenbeitrag auf M. 1 zu erhöhen. Derselbe Beschluß wurde in Wermselkirchen gegen eine Stimme gefaßt. — Seien Sie nicht so frech, sonst haue ich Ihnen ein paar hinter die Ohren!“, entgegnete der Bauhilfsführer Holznecht im Baugeschäft Menninger in Weimar den Maurern L. und M., als sie am 22. Februar auf dessen Bureau erschienen und den ihnen vom Gewerbegericht zugesprochenen rückständigen Lohn abgeben wollten. Sie sollten warten, bis der Chef kam, und als sie dem widersprachen, tat S. den obigen Auspruch. Diese und ähnliche Umgangsformen beliebt sich Herr S. auch am Bau den Arbeitern gegenüber.

**Verschleppungskommissionen.**

Mit welchem Recht die Kollegen der Einrichtung von Schlichtungskommissionen und Einigungsämtern nichttaunig gegenüberstehen, beweist folgender Streikfall, der dem hiesigen Einigungsamt für das Plattengewerbe vorlag. Der Kassier 82 unferes Tarifs befragt folgendes: „Publikum mit fester Hoffstelle allein bezahlt, für das laufende Meter 60 3. Da eine hiesige Firma, für die mehrere Kollegen im Oktober 1908 eine bestimmte Arbeit fertigstellen, diesen Preis nicht zahlen wollte; indem sie sich auf den Standpunkt stellte, das Würtchen „allein“ bezehlt solle zu gebeuert werden, daß es nur 60 3 gebe, wenn die betreffenden Leuten nicht im Anschluß an den Abendtag wie in diesem Falle gefahren, bezehlt würden. Die Kollegen fragten nun beim Gewerbeamt, das die Sache an die

**Schlichtungskommission erwies.** Diese tagte am 21. Oktober 1908 und bewies die Sache zur endgültigen Entscheidung das Einigungsamt. In der Sitzung des Einigungsamtes vom 11. Mai 1909, wo sie mit zur Beratung stand, wurde folgender Beschluß gefaßt: „Ueber die laufende Nummer 62 des Tarifvertrages besteht bei sämtlichen Mitgliedern des Einigungsamtes Leberrstimmung. Es wurde festgestellt, daß der unter Nr. 62 des Tarifvertrages aufgeführte Mindestpreis auch dann zu zahlen ist, wenn der Fußboden oder die Wand mit Platten nicht bekleidet werden.“ Gegen diesen Beschluß wurde Berufung eingelegt und es kam in einer Sitzung vom 19. August 1909 wieder zu folgendem Beschluß: „Die Auslegung bezug. Ergänzung der Tarifstelle 62 soll die in der Sitzung des Einigungsamtes vom 11. Mai 1909 festgelegte Fassung behalten, die nun wie folgt lautet: „Dieser Preis ist auch dann zu zahlen, wenn der Fußboden oder die Wand mit Platten nicht bekleidet werden.“ Hiergegen legte nun die beklagte Firma Berufung ein mit der Begründung, sie wäre als Interessentin zu diesen Sitzungen nicht zugezogen worden. Das Einigungsamt trat diesem Antrag Rechnung, und in der Sitzung vom 25. September 1909 erging folgendes: „Sinnfälliger der Auslegung der Tarifstelle 62 bleibt es bei den Beschlüssen vom 11. Mai und 19. August.“ Jetzt befragte die beklagte Firma eine Schlichtungskommission, um eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Da die Arbeiter nicht befragt worden, daß über das, was das Einigungsamt bereits dreimal zu ihren Gunsten entschieden hatte, noch einmal eine Einigung herbeigeführt werden sollte, so heißt es im Protokoll vom 4. Oktober 1909: „Eine Einigung zwischen den Parteien war trotz dreieinhalbstündiger Verhandlung nicht zu erzielen. Es ist beschloffen, die Angelegenheit erneut dem Einigungsamt zu unterbreiten.“ In der Sitzung des Einigungsamtes vom 11. Januar 1910 fand dann die Sache auch mit zur Tagesordnung. Hierüber besagt das Protokoll: „Der Vorsitzende trug zunächst die in dieser Sache bisher von der Schlichtungskommission und dem Einigungsamt unterm 11. Mai und 19. August 1909 ergangenen Beschlüsse, auf die hier Bezug genommen wird, vor und stellte dann nach längerer Erörterung der Sache fest, 1. daß die Herren Markand-Effen und Klein-Göln, die an den Vertragsverhandlungen in Köln teilgenommen, sich in den besagten Einigungsamtssitzungen hinsichtlich der Tarifstelle 62 für die Ansicht der Arbeiter ausgesprochen hatten, 2. daß sich die Herren Haas und Denglinger, die ebenfalls den Vertragsverhandlungen beiwohnten, in heutiger Sitzung für die Meinung der Arbeiter aussprachen, und 3. daß die Firma Hempelmann-Dortmund nach einer von Herrn Ludwig-Göln vorgelegten Abrechnung über eine Arbeit nach Tarifstelle 62 60 Z pro laufendes Meter bezahlt hat. Nach der hierauf erfolgten Abstimmung, bei der nur drei Stimmen der Auffassung der Arbeiter über die Auslegung der Tarifstelle 62 entgegenstanden, wurde vereint, den früheren Beschluß des Einigungsamtes, nach dem zur Auslegung besagter Tarifstelle die Worte gewählt waren, dieser Preis ist auch dann zu zahlen, wenn der Fußboden und die Wand mit Platten nicht bekleidet werden“, aufzuheben und der Tarifstelle 62 den Wortlaut „Fußböden mit fester Hohlziegel allein ohne Wandbekleidung versteht, für das laufende Meter 60 Z“ zu geben. Auf Grund dieser Beschlüsse fragte ein Kollege am hiesigen Gewerbeamt: Der Unternehmer erschien nicht und erhielt ein Verfallsurteil, wogegen er wieder Berufung einlegte. Wie die Sache nun ausläuft, weiß man noch nicht; aber wie man gehört hat, will beklagter Unternehmer noch verschiedene Instanzen, darunter auch das Amtsgericht, in Anspruch nehmen. Nachdem sich das Einigungsamt viermal, die Schlichtungskommission dreimal mit dieser Sache befaßt hat, können die Kollegen noch immer nicht zu ihrem Gelde kommen, das im ganzen die hübsche Summe von über A 200 ausmacht, weil dem Unternehmer noch eine ganze Reihe Instanzen zur Verfügung stehen, um die Sache noch länger hinzuzuziehen. Man bedenke, die Forderung beträgt schon seit Oktober des Jahres 1908, also schon 16 Monate; die Kollegen hatten das Geld oft genug bitter notwendig, und noch immer sehen sie ungewiß in die Zukunft und wissen nicht, ob sie ihr Geld erhalten oder nicht. Was würden die Unternehmer für ein Gelderlöb erheben, wenn die Kollegen sagten: „Wir sehen als endgültiges Urteil die Entscheidung des Einigungsamtes an und arbeiten keinen Schlag weiter, bis die Kollegen ihre lauer verdienten Pfennige haben. Vertragsbruch Vertragsbruch würde es heißen. Wenn das Einigungsamt will, daß Vertrauen zu ihm in den Kreisen der Arbeiter einzieht, so muß ein Weg gefunden werden, bei dem sich die gefährlichsten Vorgänge nicht wiederholen können. Dem Einigungsamt, das belanntlich über Streitfragen endgültig entscheidet, müßte dann auch das Recht ausgesprochen werden, vollstreckbare Urteile fällen zu können, genau wie die Gewerbeämter. Solange dies nicht geschieht, ist das Einigungsamt noch nicht auf der Höhe und die Kollegen werden zusehen müssen, daß bei dem nächsten Tarifschluß ein Passus in den Vertrag kommt, wonach Vorgänge wie die geschilderten unmöglich werden.“

**Adam Günther, Essen-West.**

**Zentralfrankenkasse.**  
(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 20. bis 26. Februar sind folgende Beträge eingegangen: Von der brüderlichen Vermählung in Hamburg A 500, Sarburg 400, Sothen-Neuendorf 300, Lehnin 250, Arnstorf 200, Albershof 100, Biepe (Zimowanal) 100, Mahlsdorf 100. Summa A 2000.

Zuschüsse erhielten: Bosen A 1000, Bochum 700, Mühlenden 500, Dresden 300, Leipzig 300, Duisburg-250, Langensiebold 250, Alt-Gießen 200, Wanzlau 200, Rudolfsst 200, Wittenberge 200, Schweidener 160, Wittenberge 160, Gamm 100, 150, Waldhof 150, Wittenau 100, Hennigsdorf 100, Orlau 100, Bonn 100, Eichen 100, Herthelshelm 100, Hagen 100, Fedenbach 100, Zennau 100, Raibach 100, Waldhin 50, Albenleben 50. Summa A 5810.

11. u. 12. 26. Februar 1910.

**Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.**

**Aus den Verwaltungsstellen.**

**Berlin.** Eine am 20. Februar tagende Mitglieder-Versammlung nahm den Jahresbericht vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung entgegen. Die Einnahme im letzten Quartal betrug A 61 667,40, der Bestand vom dritten Quartal A 4182,02, zusammen A 56849,42. Die Ausgabe betrug A 63 028,65; es bleibt somit ein Bestand von A 2820,77. Neu aufgenommen wurden 146 Mitglieder, gestorben sind 14; der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 5968. Anschließend hieran gab der Kassierer Thöms die Jahresabrechnung, die nach dem Betrag der Einnahme (die eingekammerten Zahlen gelten für 1908), A 210 881,55 (197 768,85), Bestand vom Vorjahre A 3928,66 (8754,60), Zufuß von der Hauptkasse A 15 000 (53 000), Gesamteinnahme A 228 110,21 (259 518,35). Die Gesamt Ausgabe betrug mit A 16 000 (7000), die an die Hauptkasse abgefaßt wurden A 228 989,44 (255 589,69); somit bleibt ein Bestand von A 2820,77 (3928,66). Die Ausgaben verteilten sich wie folgt: Krankengeld an Mitglieder A 118 020,75 (139 127,15), an Angehörige A 704,27 (8490,24), Unfallkassen A 1287,90 (990,94), 53 Sterbefälle A 6246,25 (7228,75), Arztgehälter A 13 631,75 (92 438,45), Medizin A 14 148,02 (18969,55), Wäder, Brillen, Bandagen, Massieren, Schürpen, Zahnziehen und Zahnersatz A 13044,46 (14 997,18), erste Hilfe, Kranfentransport und an Krankenanstalten A 26 298,16 (24 637,75), Ausgaben laut § 5 des Statuts Verwaltungskosten, an die Hauptkasse gefaßt und sonstige Ausgaben A 21 908,88 (30 699,79). Es erkrankten im Jahre 1899 2714 Mitglieder (2820), davon durch Unfall 418 (382). Gestorben sind: Augenleiden 25, Magenleiden 5, Infuenza 1, Nervenleiden 2, Herzleiden 3, Geschlechtsleiden 1, Ohrenleiden 1, Berleiden 4, Blasenleiden 2, Gehirnschlag 1, Zuckerkrankheit 1, Selbstmord 4 und Selbstverletzung 1; im ganzen 35 Mitglieder. Die Sterbefälle zählte am Schluß des Jahres 305 Mitglieder. Das Vorkommen der Verstorbenen wurde in der üblichen Weise geacht. Nachdem der Bevollmächtigte auf den Jahresbericht in Bezug auf die Geschäftsführung ergänzende Bemerkungen machte, wurde eine längere Diskussion, in der die Herren für die Richtigkeit der Quartals- und der Jahresabrechnung bezeugten. Auf ihren Antrag wurde der Kassierer entlassen. Hierauf wurde die Neuwahl für die ausstehenden Vorstandsmitglieder vorgenommen. Als erster Kassierer wurde der Kollege Emil Thöms einstimmig und als zweiter Bevollmächtigt Herrmann Krümer wiedergewählt.

**Vom Bau.**

**Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.**

**Kollegen! Unterläßt nie, von Unfällen, Voreinstößen, überhaup! allen wichtigen Vorkommnissen auf den Vantou schneidens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.**

Wohu m. Am Neubau des Unternehmers Ed. Reimann an der Amststraße, im Bezirk Spandau, stürzte am 24. Februar aus der Höhe des vierten Stockwerkes der beim Fassadenputz beschäftigte Maurer Krögel ab. Er erlitt schwere innere Verletzungen und wurde mit dem Sanitätswagen nach dem katholischen Krankenhaus befördert. An dem Arbeitsgerüst fehlte die Brüstung.

Am 26. u. 27. Am 16. Februar stürzte am Neubau der Antoniuskirche ein Stultateur vom Gerüst und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Wie dieser Unglücksfall passiert ist, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden; jedenfalls aber ist das Ueberhaften bei der Arbeit schuld daran. An ein Wägenpaß auf das Leben und die Gesundheit der Arbeiter kann bei der Arbeit nicht mehr gedacht werden, weil der Arbeiter nicht mehr in der Lage ist, die Unternehmer mit seinen Leistungen zufrieden zu stellen.

Am 19. Februar verunglückte am Neubau des Unternehmers Spahn ein Steinhauer dadurch, daß ein stehender Stein umfiel und ihn zum größten Teil unter sich begrub. Er wurde dabei so schwer verletzt, daß er seinen Verletzungen bereits erlegen ist. Wäre in diesem Falle die Bundesratsverordnung eingehalten worden, hätte der Steinhauer noch am Leben sein. Alles für den Unternehmer genügt es ja, wenn die Gesetze auf dem Papier stehen.

**Obere hängen.** Am 28. Februar ereignete sich am Neubau Gatterdam in der Rothringstraße ein folgenschwerer Unglücksfall. Mehrere Maurer waren damit beschäftigt, eine alte Umfassungsmauer, die bis auf die Höhe freigelegt war, umzuwerfen. Dieser fiel jedoch in entgegengekehrter Richtung und begrub die beiden Maurer Heinrich Reuß und Walfonsthy unter sich. Während letzterem das linke Bein zerquetscht wurde, konnte man erheben nur so schwer verletzt hervorholen, daß er nach wenigen Minuten starb. Bei vorrichtiger Arbeit wäre ein solcher Unfall einfach unmöglich gewesen, nur die Profitlust und die Gewinnhaftigkeit haben das Unglück herbeigeführt. Jetzt deckt unsere Hauptpolizei den Brunnen zu. Wieviel Opfer müssen erst noch fallen, bis man dem Verlangen der Arbeiter, Kontrolleure aus ihren Reihen zu wählen, Rechnung trägt?

**Heine.** Am 19. Februar stürzte auf dem Neubau des Unternehmers S. Kleines der Bauhilfsarbeiter Gustav Dieblich mit einem vollen Körbchen. Dabei klemmte er sich mit den Beinen dazwischen Eigentümer und Maurerwerk, daß er mittels Drotschle nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Wäre die Träger vorrichtig mäßig abgedeckt gewesen, so hätte der Unfall nicht passieren können. Als furchtig ein Arbeiter auf die mangelhafte Abdeckung und andere Mängel hinwies, wurde er sofort entlassen.

**Schwering a. d. W.** Am 24. Februar stürzte am Neubau des Unternehmers W. B. Vorne in der Randbergstraße der Maurer Schürme beim Gerüstbau, als er ein Brett als Barriere befestigen wollte, daß er nicht allein hängen konnte, aus einer Höhe von 6 m ab. Er fiel auf Gerüstholz und mußte von Kollegen aufgehoben und nach der Wunde getragen werden.

**Sicherung der Bauverordnungen.** Ueber die Frage der Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauverordnungen wird offiziell gemeldet: Das Interesse

aller beteiligten Kreise an der Frage, ob und wann die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauverordnungen, der die dringliche Sicherung der Bauverordnungen enthält, erfolgen wird, ist nach wie vor äußerst lebhaft und äußert sich in fast täglich erscheinenden Eingaben, die sich für oder gegen die Einführung des zweiten Teiles erklären. Daß eine Einführung dieses Teiles nicht in nächster Zeit erfolgen kann, geht daraus hervor, daß sogar die Bundesrats- und Bundesstaatsminister und die Reichsminister in dieser Frage eingehend befragt werden sollen. Erst nach Prüfung dieser Befragungen kann ein Entschluß der zuständigen Behörden über das Inkrafttreten erfolgen. Bei dem schwerwiegenden Interesse, das das Inkrafttreten des zweiten Teiles für alle Beteiligten besitzt, liegt es fernher nahe, daß man erst die Wirkungen des ersten Teiles des Gesetzes, das am 1. Juni 1909 in Kraft trat, sowie des Bauabgabengesetzes abwarten will, bevor man Entscheidungen trifft. Im übrigen ist beabsichtigt, den zweiten Teil des Gesetzes, der einen recht erheblichen Eingriff in die Baufreiheit darstellt, nur dort in Kraft treten zu lassen, wo die besonderen dringlichen Verhältnisse herartige Schutzmaßnahmen verlangen. Auf einen Antrag aus Steier, der die Einführung des zweiten Teiles wünscht, hat der Handelsminister für sich ablesend beantragt, daß ein Bedürfnis für die Inkraftsetzung nicht anerkannt werden konnte. In Berlin hat sich bekanntlich die Handwerkskammer für die Einführung erklärt, während andere Interessentenverbände u. a. diametral entgegengesetzte Ansichten äußern. Die allgemeine Voraussetzung für die Einführung des zweiten Teiles wäre ein bedenkliches Hervortreten ungesunder Spekulation, der durch Eintragung einer Bauhypothek für die Baugläubiger entgegengetreten werden soll.

**Zur Wirtschaftslage schreibt die „Baugewerks-Zeitung“ vom 26. Februar:**

Der bisherige Verlauf des neuen Jahres hat bemerkenswerte Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage noch nicht gebracht. Es herrscht noch immer eine gewisse Stille, die indessen nicht verhindern konnte, daß die Hoffnungen auf eine reichhaltige und erprießliche Belebung der Geschäftszweige zum nummehr vor der Tür stehenden Frühjahr in volstem Maße vorbesteht. Deshalb hat sich auch der besuchende Einfluß, den diese Zuversicht schon seit einiger Zeit auf die verschiedenen Zweige der wirtschaftlichen Tätigkeit ausgeübt hat, in der letzten Zeit ebenfalls nicht berkennen lassen. Von allen Seiten, und namentlich aus der Großindustrie, wird trotz noch immer nicht gerade lebhaften Geschäftsganges nach wie vor eine, wenn auch nur langsam fortschreitende W e s s e r u n g d e r L a g e und namentlich eine Wiederzunahme der Unternehmungslust berichtet. Einen deutlichen Beweis hierfür bieten die fürzlich erschienenen Ausweise über die Entwicklung der deutschen Einfuhr und Ausfuhr und über die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen im Monat Januar d. J., die aufs neue eine ansehnliche Zunahme des Güterverkehrs und der Einnahmen hieraus ergeben. Gleichzeitig haben auch die letzten Berichte vom Grundstücks- und Hypothekerverkehr die günstigere Färbung bezeugt. Nicht nur aus Berlin, sondern auch aus zahlreichen größeren Städten im Reich wird eine anhaltende, wenn auch bis jetzt nicht starke Belebung der Bautätigkeit und gleichzeitig auch eine stellenweise sogar ansehnliche Vermehrung der nachgekauften und erteilten Baugenehmigungen von Neubauten gemeldet. Im Einklang hiermit liefern die neuesten statistischen Zahlen der öffentlichen Arbeitsnachweise einmündige Anzeichen dafür, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Winter ganz erheblich geringer ist, als im Jahre zuvor. Bei nachlassendem Angebot hat die Zahl der offenen Stellen im ersten Monat d. J. abermals merklich zugenommen, und zwar nicht nur im Vergleich mit dem, noch der Zeit der völligen Depression zugehörigen Monat Januar dieses Jahres, sondern auch gegenüber dem Vormonat Dezember 1909; die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften ist z. B. im Januar d. J. um nahezu 7000 oder mehr als 18 pSt. höher gewesen als im Januar v. J. Zweitens haben zu dieser erheblichen Verbesserung auch die andauernd überaus milden Witterungsverhältnisse beigetragen, die eine Unterbrechung der Arbeiten im Freien auch während des bisherigen Verlaufes des neuen Jahres nicht notwendig machten und dadurch gerade der Bautätigkeit besonders zuträglich gekommen sind.

Im übrigen kommt für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage als wesentliches Moment günstiger Art in Betracht, daß die Fortschritte gemacht hat. Nicht nur die Bank von England, sondern auch die Deutsche Reichsbank hat vor Kurzem ihren Diskont zum zweitenmal in diesem Jahre, und zwar wieder um ½ pSt. auf 4 pSt. herabgesetzt. Gleichzeitig hat sich am offenen Markt, trotz der Begebung von 480 Millionen vierprozentiger neuer Reichs- und Preussischer Staatsanleihe, das Kapitalangebot gar beträchtlich vermehrt, daß der Privatdiskont bereits auf 2 ½ pSt. und der Zinsfuß für täglich findbare Darlehen an der Börse gar auf 2 pSt. und noch tiefer gesunken war, bis in den letzten Tagen die ersten Einzahlungen auf die neuen Anleihen eine Wiedervertierung brachten, die indessen ebenso wie ihre Ursachen allem Anschein nach nur vorübergehenden Charakter hat. Besonders bemerkenswert ist, daß diese Aussicht auf eine Fortdauer der Geldflüssigkeit in den letzten Wochen bereits zu einer seit längerer Zeit vermehrten Färbung der Belebung des Verkehrs auf dem Hypothekemarkt geführt hat; dabei ist nicht nur das Angebot, namentlich von Seiten der Versicherungs-gesellschaften, sondern gleichzeitig auch die Nachfrage nach Hypothekengeldern wesentlich gestiegen und hiermit ein weiteres Anzeichen dafür gegeben, daß auf dem Bauplatz einem der wichtigsten Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, die Unternehmungslust im Wachsen begriffen ist. Für diese erfreuliche Erscheinung spricht übrigens auch die gestiegenmächtig festgestellte Tatsache, daß die für Neugründungen und Kapitalserhöhungen im Terrain und Waiswesen angewendeten Kapitalien im laufenden Jahre bereits erheblich höher sind als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Dabei entfällt allein die größere Hälfte dieser Neugründungen auf Berlin.

Wenn trotz der unentwegt vorwiegend günstigen Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage die W e r t e in letzter Zeit andauernd große Trägheit und eher schwächere Haltung befunden, so erklärt sich das hauptsächlich

durch die Reaktion, die dem allzu heftigen Tempo, in dem dieser Wirtschaftsbereich schon in der zweiten Hälfte des verflohenen Jahres emporgeschossen ist, folgen mußte. Das nunmehr erfolgte Einlenken der Börse in ein ruhigeres Fahrwasser ist außerdem wohl auch durch die Erkenntnis gefördert worden, daß der Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens sich nur langsam vollzieht. Aber gerade deshalb rechnet auch die Börse mit einer desto größeren Nachhaltigkeit der Besserung, die hoffentlich nicht durch Arbeiter- und Bauarbeiterstreiks eine unerwünschte Störung erfährt.

Das ist im allgemeinen ein durchaus objektives Bild der Wirtschaftslage. Aber trotz der guten Aussichten unter der Unternehmerrund der Arbeitern zu, für die nächsten fünf Jahre auf Lohnerhöhungen zu verzichten. Gerade die aufsteigende Konjunktur läßt die Absichten der Unternehmer erst im richtigen Maße erscheinen.

**Submissionen.** Zur Errichtung einer Sperre im Kerpetal, die zur Wasserversorgung der Stadt Wilmersdorf dienen soll, sind von 19 ansehnlich leistungsfähigen Tiefbau-Firmen Angebote eingegangen. Während das niederste von B. Heisterkamp-Glabbe auf M. 1.346.000 lautet, lautet das höchste von Paul Fiebig-Berlin auf M. 2.803.376,10, ist also nur über das Doppelte höher als das niederste. Da muß man sich doch fragen, ob die teuersten Firmen einen Profit von etwa einhalb Millionen zu machen gedenken oder ob die billigste Firma durch schlechte Arbeit und Ausbeutung ihrer Leute auf ihre Kosten kommen will.

**Stabilität des Baugewerbes.** Die Aktiengesellschaft Gebärd & Gehbart in Düsseldorf, deren Geschäftsbetrieb in Baunehmungen besteht, erzielte im Jahre 1909 laut Geschäftsbericht einen Bruttoerlös auf M. 9.008.868 (i. B. M. 1.700.892), von dem M. 855.257 (M. 729.812) zu Abschreibungen verwendet wurden. Die Aufträge, erforderlich für M. 284.857 (M. 297.691). Es besteht demnach ein schließlich M. 51.464 (M. 12.497) Vortrag aus überaus hoch M. 931.249 (M. 738.889), aus dem wieder 11 1/2 pSt. Dividende auf das 1/2 Millionen Mark betragende Aktienkapital ausgeschüttet und M. 204.795 auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. In der Bilanz erscheinen unter den Aktiven: Grundstücke mit M. 80.000 (M. 100.000), Geräte mit M. 4.781.696 (M. 4.579.900), Forderungen mit M. 403.828 (M. 344.982), Debitoren mit M. 1.052.526 (M. 1.154.243). Unter den Passiven figurieren Aktien mit M. 226.878 (M. 74.529), Kreditoren mit M. 563.760 (M. 1.336.455). Die Aussichten für das laufende Jahr werden von der Verwaltung als befriedigend bezeichnet. Man sieht, das Baugewerbe trägt doch noch seinen Mann, und zwar recht gut, nur muß er Unternehmer, am besten Großunternehmer sein. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, woviel Arbeiter und Angestellte die Gesellschaft beschäftigt, so daß man nicht feststellen kann, wieviel von diesem reifen Profit aus der einzelnen Arbeiterschaft fließt. Aber trotz dieser glänzenden Geschäftsabläufe der Großunternehmungen klagt man über „schlechte Zeiten“.

**Die Lehren eines Prozesses.**

Wegen Verstöße gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst in Verbindung mit fehlerhafter Fötung und Körperberührung ist der Bauunternehmer Edmund Kern in Straßburg i. Elz. zu sechs Monaten Gefängnis und zur Ertragung der Kosten verurteilt worden.“ Diese Meldung enthält den Epilog zu der großen Baukatastrophe, die im vorigen Herbst vier Menschenleben kostete und zwölf Verwundete auf das Krankenlager warf.

Man erinnert sich wohl, noch des entsetzlichen Vorganges. An einem Neubau in der Ludwigshafener Straße zu Straßburg, der bereits bis zum Dachstuhl aufgerichtet war, stürzte plötzlich die Giebelmauer ein und begrub 16 Menschen unter ihren Trümmern: zwei Leichen werden hervorgezogen, ein Verletzter stirbt auf dem Transport, ein anderer alsbald nach der Ankunft im Krankenhaus. Wochen und Monate müssen die übrigen Kranen, in der Klinik zu bringen, ein großer Teil trägt dauernde Erwerbsunfähigkeit davon. Der Unternehmer wird sofort in Haft genommen, nach einiger Zeit aber wieder freigelassen, nachdem sein Wäntler eine Kaution von M. 50.000 für ihn gestellt hat. Der Staatsanwalt erhebt die Anklage, es kommt zum Prozeß und zur Verurteilung.

Die Prozeßverhandlung dauerte zwei Tage. Es waren 70 Zeugen und Sachverständige geladen, darunter mehrere Kerze und je drei Kaufleute durch das Gericht und die Verteidigung. Auf alle Einzelheiten dieser Verhandlung einzugehen, ist wohl überflüssig. Wir wollen vielmehr die Momente hervorheben, die für die allgemeine Beurteilung des Falles von Bedeutung sind und aus denen sich praktische Folgerungen schließen lassen. In der Hauptfrage kommen in Betracht: die unmittelbare Ursache der Katastrophe, die Fähigkeit des Bauleiters und die Baukontrolle. Alle drei Fragen hängen selbstverständlich eng zusammen. Ob im einzelnen noch die erforderlichen Maßnahmen des Arbeiterschutzes ergriffen waren, ist in der Verhandlung nur nicht zur Sprache gekommen. Sie sind ja auch bei dem Umfang und der Art des Einsturzes gleichgültig.

Ueber die Ursache des Einsturzes ist im Verlaufe der Beweisaufnahme durch die Zeugenvernehmungen und die Gutachten der Sachverständigen ausführlich debattiert worden. Die Anklage behauptete, daß die Verstöße gegen die Sorgfalt der Ausführung, die schlechte Mauerung, die mangelhafte Verankerung usw., vor allem aber eine maßlose Antrieberei der Arbeiter den Einsturz zur Folge haben mußten. Die gleiche Auffassung vertraten die gerichtlichen Sachverständigen. Dagegen erklärte die Verteidigung, von Verstößen könne kaum die Rede sein, es sei wie landesüblich gebaut, auch nicht unberücksichtigt an-

getrieben worden; der Einsturz sei vielmehr herbeigeführt durch das ungeschickte Auflegen der einen Dachpette durch die Zimmerleute. Außerdem suchte sie die Verantwortung auf den Vorarbeiter, der Mauer abzumäßen, der aber bestritt, als Polier eingestellt worden zu sein. Die Sachverständigen der Verteidigung vertraten nicht ganz die gleiche Auffassung; sie erklärten den Bau für nicht ideal, aber durchschmittlich, stellten auch Verstöße fest, die aber unmöglich einzeln oder im Zusammenhang den Einsturz hätten verursachen können. Das „auslösende Moment“ sei tatsächlich das Auflegen der Dachpette gewesen. Diese Anschauung vertrat namentlich in sehr scharfsinniger Rede Professor Zahn-Karlruhe.

Zunehmend war auch nach dieser Einsturztheorie das angeblich ungeschickte Gantieren mit der Pette erst der letzte Tropfen, der das Gefäß zum Ueberlaufen brachte. Über voll war es eben schon! Anders, und einfacher ausgedrückt: wenn wirklich das unermüdliche Ruden mit dem neun bis zehn Zentner schweren Dachbalken die Giebelwand zum Einsturz gebracht hat, so müssen halt die andern zugegebenen Verstöße den Zusammenbruch erst ermöglicht haben. Würde richtig und sorgfältig gearbeitet worden, so hätte keine Pette der Welt schaden können. Schuld ist also tatsächlich die maßlose Antrieberei, das Sparen von Bindern im Mauerwerk, die eilige Verankerung usw.

Die Verteidigung hat sich bemüht, nachzuweisen, daß auch sonst nicht besser gebaut wird. Der Nachweis ist ihr auch gelungen. Für uns, die wir kein Interesse haben, den einzelnen zu belästigen, ist gerade das bedeutungslos. Der Fall Kern erhält um so mehr ganz allgemeine Tragweite, und die Schlussfolgerungen, die er gebietet, erlangen weitreichende Gültigkeit. Nur rasch in die Höhe — das ist also das Prinzip der Bauweise, die auf die unbedingt erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen schlechtlweg verzichtet. Es ist ja die Regel, daß nach der baupolizeilichen Abnahme des Rohbaues die erste Anzahlung auf die Rechnungssumme geleistet wird; außerdem wird an Arbeitslöhnen gespart. Also: unter allen Umständen muß angetrieben werden!

Sicherlich liegt sehr viel Schuld an der ganzen Befassung des Bauwesens. Ein Bauunternehmer arbeitet für einen kleineren oder größeren Spekulanten, beide müssen sich beeilen, wollen bald nützlich sein. Es ist ganz richtig, was die Verteidigung gegen zwei der gerichtlichen Sachverständigen anführte, daß sie als staatliche Bauinspektoren die peinlichere Ausführung der amtlichen Bauten gewohnt seien. Gewiß, das zeigt eben nur wieder, wie der private Unternehmer wirtschaftet. Der will ja eingestandenemal möglichst schnell zu seinem Gelde kommen. Wie oft besteht er gar keine Qualifikation zu einer so verantwortungsvollen Aufgabe! Kern war früher Schuttmann, zum Exempel.

Man wird leicht einwenden — und damit kommen wir zum dritten Punkt —, daß über die Tätigkeit solcher Unternehmer ja die amtliche Bauaufsicht wache. Sehr richtig, aber der Prozeß Kern hat die geradezu trostlose Mangelhaftigkeit dieser amtlichen Bautenkontrolle erwiesen. Das ist eben sein wichtigstes Ergebnis. Dabei muß noch bemerkt werden, daß die Beamten des Bauamts erklärten, sie hätten Kern besonders beobachtet, da sich an seinen Bauten im kurzen Frist zwei Einstürze (zufällig ohne Menschenopfer) ereignet hatten. Es waren also doch alle Voraussetzungen zu einer genauen Kontrolle gegeben, aber trotz der von allen Sachverständigen zugestanden Verstöße merkte der städtische Baukontrolleur noch vier Tage vor der Katastrophe nichts. Diese Zeugenaussage des Herrn Stadthofers war überhaupt das Unglaublichste im Prozeß. Ein junger Mensch, der seine Schlichterheit gar nicht überwinden kann — der soll gegen die Unternehmer auftreten! — und durch sein Verhalten vor Gericht zeigt, wie wenig rasch er Zusammenhänge begreifen kann. Es entwickelte sich z. B. folgende Debatte:

Vorsitzender: Was ist nach Ihrer Meinung die Ursache des Unfalles?

Zeuge: Der schlechte Verband.

Staatsanwalt: Woher kommt das?

Vorsitzender: Wohl von der Flüchtigkeit?

Zeuge: Wahrscheinlich vom Antreiben der Arbeiter.

Verteidiger: Wann hat der Zeuge den schlechten Verband festgestellt?

Zeuge: Bei den Aufräumungsarbeiten.

Dagegen fragte der Vorsitzende den nächsten Zeugen, den Bauinspektor Sömer, der den Aufräumungsarbeiten beigewohnt hat:

Vorsitzender: Hätte bei ordentlichem Verband die Arbeit am Giebel die Mauer gefährdet?

Zeuge: Nein.

Staatsanwalt: War der schlechte Verband bei der Ausführung zu sehen?

Zeuge: Wenn man der Arbeitenauf folgt.

Vorsitzender: Das sollte ein Revisor doch tun!

Kann man sich noch wundern, daß der Sachverständige der Verteidigung, der äußerst ruhige Herr Professor Zahn aus Karlruhe, erklärte: „Die Baupolizei durfte freilich nicht unzulässig bleiben. Sie mußte sagen: Entweder langsamer bauen oder aufhören oder wenig-

stens Zement dem Mörtel beimischen!“ In der Tat, die Treiberei und die grauhafteste Baukontrolle sind die Ursache der Katastrophe. Und wenn eine Menge mit Sicherheit aus dem Prozeß zu ziehen ist, so zweifellos die, die in der zwingenden Forderung liegt: **berneuen Bautenkontrolle durch Arbeiter!**

Allerdings führt der Fall noch viel weiter und tiefer. Er deckt das ganze Unheil auf, das die sozial und architektonisch in gleichem Maße verderbliche Spekulationsbauerei anrichtet. Da kann freilich nur eine gesunde Bodenpolitik der Gemeinden helfen. Wenn erst diese in ausgedehntem Maße Bauherren sind, ist innerlich einige Garantie gegeben, daß die Bauweise geordnet ist und daß die gefährliche und geschäftige Antreiberei vermieden wird. Wenigstens läßt sich in dieser Richtung Einfluß gewinnen.

Der Prozeß Kern ist vorüber. Aber gegen das Grundübel, das ihn erzeugt hat, müssen seine Erfahrungen wirken.

Dr. G. W.

**Die Bautätigkeit im Jahre 1909.**

**Gau Berlin.**

In Groß-Berlin machte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 eine Besserung der Bautätigkeit bemerkbar. Die vorgenannten Bautenkontrollen ergaben, daß bei den Bauern die Zahl der Beschäftigten gestiegen war. Die Fliesenleger hatten fast durchwegs gute Konjunktur. Bei den Bauern war zeitweilig sogar eine höhere Nachfrage nach Zementwerken vorhanden, und die Gips- und Zementwerke an die handte bis Ende Oktober mit guter Beschäftigung rechnen. Zahlenmäßige Angaben über die gesamte Bautätigkeit von Groß-Berlin und für das ganze Jahr 1909 sind allerdings erst in einigen Wochen zu beschaffen. Doch bietet eine eben erschienene Arbeit des Leiters des Berliner Statistischen Amtes, Professor Silbergleit, die Möglichkeit, Vergleiche mit den vorhergehenden Jahren zu machen und die Besserung der Bautätigkeit zahlenmäßig zu erhärten. Wir entnehmen daraus folgende Zahlen:

Jahr	Eingereichte Bauansuchen	Erteilte Bauansuchen	Baugenehmigungen	Dabei zu Neubauten
1905	9207	1808	3764	3369
1906	9089	1749	3335	3072
1907	8733	1899	3201	2919
1908	7621	1127	3111	1320

**Vom Januar bis September:**

1908	5806	851	2358	937
1909	6568	891	2499	1216

In den Zahlen der Baugesuche, Bauansuchen und Genehmigungen spiegelt sich die Wirkung der Krise auf das Berliner Baugewerbe wieder. Mit dem Jahre 1905 war der höchste Stand erreicht. Die Zahl der Bauansuchen ging von 1803 im genannten Jahre zurück bis auf 1127 im Jahre 1908, die der Baugenehmigungen von 3764 auf 3111. Noch stärker tritt das Nachlassen der Bautätigkeit in den letzten Jahren in der werten Zahlengruppe der genehmigten Neubauten hervor. Im Jahre 1905 noch auf 3200 stehend, fällt sie 1908 auf 1320. Die Abnahme der Neubaugenehmigungen beträgt sonach nicht weniger als 1949, gleich 60 pSt. Wohl machte sich in dieser Zeit eine lebhaftere Tätigkeit bei den Bodenbauten bemerkbar, aber auch nur bis zum Jahre 1907, während 1908 auch hierin ein Rückgang eintrat. Das ist jetzt vorliegenden Zahlen für die neun Monate Januar bis September 1909 zeigen die Aussicht auf den Wiederbeginn einer lebhafteren Bautätigkeit. Die Gesamtzahl der Baugesuche ist gegen das Jahr 1908 von 5806 auf 6569 und die der genehmigten Neubauten von 937 auf 1216 gestiegen. Auch die Charlottenburger Statistik ergibt für den gleichen Zeitraum eine Steigerung der erteilten Baugenehmigungen von 398 auf 455, die der Baugesuche zu Neubauten von 205 auf 278. Das gleiche Bild einer regen Bautätigkeit, wenn auch noch nicht zahlenmäßig nachweisbar, bieten Schöneberg, Nitzberg und Wilmersdorf. Es ist unzulässig, die jetzige Konjunktur mit der von 1905 zu vergleichen, um daraus zu schließen: weil die damals herrschende fieberhafte Bautätigkeit noch nicht wieder erreicht sei, sei gegenwärtig eine schärfere Baukonjunktur vorhanden. Denn die Konjunktur des Jahres 1905 kann nicht als normaler Zustand gelten. Jeder Kenner der Berliner Verhältnisse weiß, daß die außerordentliche Bautätigkeit von 1905 auf eine wilde Spekulation zurückzuführen war, deren Zusammenbruch gerade in den Zahlen von 1908 gut zu sehen ist. Für uns bedeutet die sich langsam bemerkbar machende Besserung, die in den Zahlen der Baugesuche und begonnenen Neubauten während der ersten neun Monate des Jahres 1909 zum Ausdruck kommt, das Zeichen für eine ruhige, aber sichere Wirtschaftsbewegung. Und das genügt vorläufig.

Auch das „Zentralblatt für das Baugewerbe“ kommt in Nr. 1 durch Vergleich der tatsächlichen gehaltenen Löhne zu dem Schluss, daß der Ertrag des Jahres 1909 ein wenig geringer als der des Jahres 1907 sei, dagegen den Ertrag der Jahre 1903 und 1904 schon etwas übersteige und daß sich damit die Aussicht auf eine lebhaftere Bautätigkeit gebietet habe. Es heißt dann weiter am Schluß des Artikels: „Was den Ertrag des Jahres 1909 besonders wertvoll macht, das ist der Umstand, daß die Bautätigkeit sich nach dem im Februar 1909 erreichten Tiefstand, der hinter dem des Jahres 1908 allerdings im Höchstmaß zurückgeblieben war, von Monat zu Monat hob und nach dem im Juli erreichten Höhepunkt keinen allgünstigeren Abbruch nahm, so daß, wie das auch das letzte Vierteljahr der Unfallstatistik zeigt, das zweite Halbjahr 1909 eine Höhenlage zeigte, die zu guten Hoffnungen für das kommende Baujahr berechtigt.“ (Seidem dieser Bericht geschrieben ist, sind für Berlin auch einige Angaben über die Lage des Baugewerbes am Schluß des Jahres herausgekommen. Diese Angaben bestätigen die vorstehenden Darlegungen und lassen erkennen,

daß der Aufschwung auch weiter anhält. Der Grundstücksverkehr war im Dezember 1909 zwar etwas schwächer als im November, aber stärker als im Dezember 1908. Unbekannte Grundstücke wurden freiwillig verkauft im Jahre 1908: 214, im Jahre 1909 aber 288. In der Zahl der Zwangsversteigerungen hat sich zwar wenig geändert, aber ein leiser Einfluß der Besserung läßt sich auch hier schon nachweisen. Es kamen zur Zwangsversteigerung unbebaute Grundstücke im Jahre 1908: 30, 1909: 22, bekannte Grundstücke in beiden Jahren je 284. Der Verkaufsumsatz steht, beurteilt nach den Mitgliederbeständen der Kreitanzeiger, ebenfalls höher als im Jahre 1908. Die Kreitanzeiger für das Baugeschäft hatten im Januar 1909 21 606, im Dezember aber 23 420 männliche Mitglieder. Die Zahl der Baugesuche, Baugesuche und Baueingetragenen steht auch im Dezember höher als im gleichen Monat des vorausgegangenen Jahres. Baugesuche wurden eingereicht: Dezember 1908: 577, Dezember 1909: 634; Baueingetragene ausgegeben: Dezember 1908: 75, Dezember 1909: 96; Baueingetragene wurden erteilt: Dezember 1908: 237, Dezember 1909: 208. So sieht man also das reichshauptstädtische Baugeschäft auf der ganzen Linie im Zustande der Erholung. (Die Redaktion.)

In dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer finden wir folgenden Nachblick über die Lage des Baumarktes: „Das Jahr 1909 brachte eine Besserung, namentlich soweit das reine Gewerbe in Frage kommt. Die Bautätigkeit belebte sich und erreichte etwa Juni-Juli ihren Höhepunkt, um von da ab wieder abzuflauen. Interessant wurde die Bewegung nach oben durch den flüchtigen Bestand, der bis zum Herbst 1909 anhielt; als zu dieser Zeit eine Gelddruckerung einsetzte, schwächte sich das Baugeschäft etwas ab. Leber das kommende Jahr läßt sich Sichereres nicht voraussagen. Da die Forderung im Gewerbe kaum über die ersten Hälfte hinaus getrieben ist, darf auf eine nachhaltige Lebung des Geschäftes nur geschöpft werden, wenn lösende Einflüsse fernbleiben. In erster Linie kommt es darauf an, daß die Verteuerung des Geldes nicht andauert, daß der Arbeitsmarkt keine Enttarnungen erfährt — am 1. April 1910 läßt der deutschen Unternehmer und Arbeiter betreffende Tarif ab — und daß der zweite Teil des Geldes über die Sicherung der Liquidität nicht in Kraft gesetzt wird.“

Zu diesen sehr vorläufigen Ausstellungen über die Zukunft wollen wir bemerken: Die Sicherung der Kaufkraft kann nur für die nicht gut fundierten Baunternehmungen in Frage kommen, und diese bilden immerhin nur einen Bruchteil innerhalb des Berliner Baugeschäftes. Der Ablauf der Tarifverträge braucht ebenfalls kein Hindernis zu werden, wenn die Unternehmer ihren unzeitgemäßen profitorientierten Standpunkt verlassen. Verdrängung man, daß infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht nur eine starke Abwanderung von Berlin stattfand, sondern auch die Zahl der Beschäftigten zurückging, so daß aus diesen beiden Ursachen eine größere Zahl von Wohnungen überflüssig werden mußte. Denn in der gegenwärtigen Bestand an leeren Wohnungen mit 4,43 p. H. keineswegs als besonders hoch anzusehen. Sobald die Belebung des Wirtschaftsliebens allgemein wird, werden diese Vorräte aus den entgegengesetzten Ursachen in absehbarer Zeit bedeutend vermindert sein, und da die Gesamtbevölkerung von Wohnungen in den letzten Jahren um 50 p. H. herabging, ist damit der privaten Bautätigkeit auch wieder die Möglichkeit regerer Betätigung gegeben.

In der Provinz Brandenburg war im zweiten Halbjahr durchweg auf mittelmäßige Beschäftigung. Eine über das allgemeine Niveau hinausragende besonders gute Konjunktur hatte Spandau durch die mit seiner Entfestigung im Zusammenhang stehenden großen Erweiterungsbauten. Dann folgten Fürstentum, Cottbus, Posen, Grotzen, Senftenberg, Wodwis, Schneidemühl und Mühlberg mit Neuanlagen und Erweiterungen industrieller Anlagen, mit kommunalen und Staatsbauten, Eisenbahnbauten, Werksstätten und einer lebhaften privaten Bautätigkeit. In einigen Orten an der Nordsee brachte die Anlage der neuen Gartenstadt Probau, für Küstrin, Neubarn und Friedeberg der Ausbau einiger großer Wälder gute Beschäftigung. Schlechte Arbeitsgelegenheit hatten nur einige kleine, rein ländliche Bezirke.

Die Ausfälle für 1910 sind in der Provinz gut. Neben dem Bau einer Heilstätte (Paulosen 1 656 000) und eines Gymnasiums in Templin (Baulosen 1 1/2 Millionen Mark), eines Hofhauses in Spandau (3 1/2 Millionen Mark) sind aus mehreren Orten größere Bauprojekte von Bauengesellschaften gemeldet. Der Militärstützpunkt wird die Infanterie-Schießschieße nach dem neuen Kruppenübungsplatz Posen bezogen, die Errichtung der Kasernen und sonstigen Baulichkeiten soll am 1. Februar beginnen und in vier Jahren beendet sein. Hinzu kommen noch Bahnanlagen, Kirchen, Schulen und eine rege private Bautätigkeit in sehr vielen Bezirken.

In der Stadt Wosen haben die Verhältnisse in erfreulicher Weise eine Wendung zum Besseren bekommen. Zunächst ist die private Bautätigkeit nach langer Unterbrechung wieder etwas lebhafter geworden. Die Zahl der Baugesuche betrug in der Zeit vom April bis Ende September 647 gegen 662 in der gleichen Zeit des Jahres 1908. Die Zahl der begonnenen Neubauten stellte sich auf 61 gegen 23 im vorigen Jahre. Im Einklang mit der günstigen Entwicklung der privaten Bautätigkeit steht eine Belebung des Grundstammes. Die bessere Konjunktur führte auf dem Grundstammes. Der Gesamtumsatz an bebauten und unbebauten Grundstücken betrug 180 Grundstücke im Preise von 12 139 640 gegen 187 Grundstücke im Preise von 11 702,394 im Jahre 1908. Dagegen ist die Zahl der Zwangsversteigerungen zurückgegangen. Da zurzeit in Posen immer noch Mangel an Einzimmerwohnungen vorhanden ist, die Zweizimmerwohnungen nur unbedeutend zugenommen haben, so ist zu erwarten, daß die private Bautätigkeit sich in günstiger Weise weiter entwickeln wird.

**Gau Bremen.**

Die Bautätigkeit in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 muß als mittelmäßig bezeichnet werden, obgleich sie in einigen Orten des Gau'es gut war. In Bremen hat die private Bautätigkeit im Dezember einen argen

Stoß erlitten. Eine Spekulationsfirma, die Kommanditgesellschaft A. G. Müller stellte am 1. Dezember ihre Zahlungen ein; eine große Anzahl Arbeiter erhielt den fälligen Lohn nicht. Die Firma hatte insgesamt 78 Baupläne an 15 Bauunternehmer verkauft. Diese Unternehmer erschienen bei der Firma der Baugeschäftsmesse und die Kommission zur Sicherung von Bauverordnungen hatte schon im Mai 1909 die Firma A. G. Müller auf die Liste derjenigen Firmen gesetzt, die den Mitgliedern einzuweisen nicht empfohlen werden konnten. Dann hat der Vorstand der Bremischen Baugeschäftsmesse mit der Kommission nochmals eine Verhandlung eingeleitet, und der Firma A. G. Müller empfohlen, für die sämtlichen Baugeschäftsmesse und Lieferanten die selbstständigeren Baugeschäft zu übernehmen, da sonst zu befürchten sei, daß ein Teil der Baugeschäftsmesse und Lieferanten, die heute keine absolute Sicherheit hätten, später nicht voll befriedigt würden. Die Baugeschäftsmesse lehnte die Firma A. G. Müller ab, sie wollte diese nur übernehmen, wenn sie für jedes Haus von ihren Baugeschäftsmesse und Lieferanten als Gegenleistung 1/300 erhielt. In einer zweiten Verhandlung hat sich Herr Müller dann bereit erklärt, für die Baugeschäftsmesse und Lieferanten, die zu ihm kamen, gegen 1/300 von 10 bis 15 p. H. über Forderungen die selbstständigeren Baugeschäft zu übernehmen. Nach dieser Verhandlung hat der Vorstand des Vereins Bremischer Baugeschäftsmesse entschieden, die Firma A. G. Müller nicht zu empfehlen und alle Interessenten des Baugeschäftes ersucht, dafür einzutreten zu wollen, daß die Forderung des Herrn Müller überall die selbstständigeren Baugeschäft für die Zahlungen an die Baugeschäftsmesse und Lieferanten übernimmt. Die Warnung des Vereins Bremischer Baugeschäftsmesse ist also den Bauwerk über die Firma A. G. Müller beschleunigt zu haben, aber gekommen wäre er doch. Nach einem Bericht der ersten Gläubigerversammlung sagte der Referent über die Firma A. G. Müller folgendes: Es handelt sich um eine seit dem Jahre 1907 bestehende Kommanditgesellschaft mit einem Kommanditkapital von 50 000, in der Frau Müller persönlich haftender Gesellschafter und A. G. Müller Prokurist, Bevollmächtigter seiner Frau gewesen ist. Es legte dann folgenden Bilanzentwurf vor: Aktiva: Immobilien 655 000, Bankguthaben 153 000, Grundstücke resp. Baugrundstücke 55 000, Wechsel 145 000, Waren 7500, Debitoren 28 000, ausstehende Zinsen 2000, Mobilien, Beschäftigt und Privat 9500. Passiva: Immobilien 478 000, Darlehen gegen Sicherheit 166 000, Darlehen ohne Sicherheit 28 000, Forderungen der Baugeschäftsmesse 62 000, Zurückstellung auf Immobilien 15 000, Rückstellung auf etwaige Ausfälle für Baugeschäft 30 000, Kommanditkapital 50 000, reines Vermögen, nach Müller selbst im Beschäftigt 66 700. Soweit der Baugeschäft, der auf das Gewerbe sehr nachteilig gewirkt hat. Es geht das Gerücht, daß noch eine zweite große Firma folgen dürfte. In großen Kreisen werden zu bezweifeln: der Industriebau, Werkstätten, Stabwerke, Maschinenbau, Werkzeugmaschinen, Eisenbau, Feuerwerke, fünf Schulbauten, Bauwirtschaftliches Museum, Feuerwerk, fünf Schulbauten, Gesellschaften und mehrere Bedürfnisanstalten. Die private Bautätigkeit in Bremen ergibt sich aus folgenden Zahlen: Es wurden in den sechs Monaten von Juni bis November von der Baupolizei 498 Neu- und 25 Umbauten mit 1188 Wohnungen und 4052 Wohnräumen abgenommen, gegen 541 Neu- und 6 Umbauten mit 1872 Wohnungen und 3033 Wohnräumen in der gleichen Zeit des Jahres 1908. Baugeschäftsmesse wurden erteilt in der Zeit vom 1. Januar bis November 896 gegen 965 in der gleichen Zeit des Jahres 1908. In Bremerhaven hat sich die Bautätigkeit gegen das erste Halbjahr noch verschlechtert, vornehmlich liegt die private Bautätigkeit sehr darnieder. Als einziger Staatsbau wurde in den Unterbezirken ein Elektrizitätswerk ausgeführt, an Kommunalbauten ein Schulhaus, Schlachthof, Bezirkskommando, Abfuhrdepot, Postenhaus und Diakonissenhaus. In Delmenhorst hat sich die Bautätigkeit nach dem Streik einigermaßen entwickelt, da die Volkshauserei große bauliche Veränderungen in ihren Betrieben vornimmt. An größeren Kommunalbauten ist die Errichtung eines großen Wasserwerks zu erwähnen. In Emden hat sich die Bautätigkeit etwas gehoben, jedoch kann von einer guten Konjunktur noch nicht geredet werden. In letzter Zeit sind vier große Staatsbauten in Angriff genommen: die große Seeschule, ein Millionenprojekt, ausgeführt von der Firma Scheffler-Bamburg, ein großes Amtsgerichtsgebäude, ein großes Telegraphenamt und die Kaserne. In Welle war es das ganze Jahr hindurch schlecht; als größerer Bau kommt der Rathausbau in Betracht. In Wunster ist die Bautätigkeit zurückgefallen. Es werden dort eine Schmiede mit elf Feuern und mehrere Kantinen gebaut. In Norden hat die Bautätigkeit mittelmäßig, das gleiche trifft auch für Nordham zu, wo es noch schlechter ist, als im vorigen Jahre. An Kommunalbauten werden in Norden ein Neuschule und eine Schießerei gebaut. Außerdem wird auf dem Metallwerk gebaut, was aber für unsere Verbandskollegen nicht in Frage kommt, weil der Bau bereits seit einem Jahre wegen Nichtabgabe des tariflichen Lohnes gestoppt ist. Sehr schlecht sieht es bereits seit einem Jahre in D. Scharmbrecht mit der Bautätigkeit aus; unsere Kollegen müssen sich in der Umgegend Arbeit suchen. In Oldenburg ist die Bautätigkeit abwärts gegangen. Es war auch in diesem Halbjahr Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden, die vornehmlich von der privaten Bautätigkeit ausgeht. Daneben wurde eine große Schule und ein Verwaltungsgebäude für die Eisenbahndirektion gebaut. In Osnabrück war die Bautätigkeit mittelmäßig, zeitweilig mußten sich noch einige Kollegen außerhalb Arbeit suchen; Nachfrage nach Arbeitskräften war nicht vorhanden. An Staatsbauten wurden vier größere Unterführungen gebaut, an Kommunalbauten eine Volksschule und zwei größere Straßenlaternen. In Rotenburg war die Bautätigkeit schlecht, während sie in Sulingen und Soltau sehr gut war. In Schneerdingen war die Bautätigkeit nur mittelmäßig, in Verden sehr gut; hier läßt die Wohnverwaltung größere Umbauten vornehmen. In Vegesack war es klar. Die private Bautätigkeit liegt sehr darnieder; an Kommunalbauten wurden im Gebiet des Zweigbezirks drei Schulen und ein Pfarrhaus gebaut. Die Hauptbautätigkeit erstreckt sich gegenwärtig

auf die Brunntaler Volkshauserei, die große Erweiterungsbauten von der Firma Schmidt-Hilfmann ausführen läßt. Schlicht war die Bautätigkeit im Kreise Wittmann, besser in Westerfeld. Als sehr gut muß die Bautätigkeit in Wilhelmshaven bezeichnet werden; hier bringen hauptsächlich Staats- und Kommunalbauten Arbeit. In Staatsbauten sind vorhanden: eine Kaserne, ein Amtsgerichtsgebäude, ein Gefängnis, eine Wache, ein Postamt, eine Brücke, sechs Offiziershäuser, elektrische Benzin-, Gas- und Wasserbauten und Wasserbauten. Die Kommunalbauten waren ein Elektrizitätsgebäude, ein Krankenhaus und innere Kanalisationen. Die private Bautätigkeit läßt sich noch viel zu wünschen übrig. Auf den zum Gau Bremen gehörenden Inseln Borsum, Juist, Nordere und Wangeroog war die Bautätigkeit sehr gut. Auf der Insel Borsum läßt der Militärstützpunkt Kasernen ausführen, auch wird gegenwärtig ein großes Rathaus gebaut. Auf Juist, Nordere und Wangeroog ist die private Bautätigkeit lebhaft. Die einzige obdenburgische Insel Wangeroog erfreut sich eines jährlich steigenden Baubehufs. Gegenwärtig werden dort große Hotels umgebaut und Neubauten ausgeführt, dazu erhält Wangeroog eine neue Kirche. Im Jahre 1910 wird sich die Bautätigkeit allem Anschein nach lebhafter gestalten. Auch das platteland Land wird in diesem Jahre noch viel Arbeit bringen. Alles in allem scheint eine Belebung der Bautätigkeit innerhalb unseres Gau'es einzutreten.

**Gau Danzig.**

Schon in dem Bericht über die Bautätigkeit im Gau Danzig für das erste Halbjahr 1909 konnten wir unsere Beschreibung über eine fortschreitende Besserung der Konjunktur ausbreiten. Diese erfreuliche Tatsache trifft im allgemeinen auch für die zweite Hälfte des Jahres zu. Abgesehen von einigen für die Beurteilung der Gesamtlage wenig in Betracht kommenden kleinen Klagen kann durchweg und ohne Unterbrechung gesagt werden, daß die Bautätigkeit zu Frieden und Ruhe war. Zeitweilig war es uns kaum möglich, das Verlangen nach Arbeitskräften zu stillen. Im „Geselligen“ (ein Anzeigenblatt gegen Geld, das eine große Verbreitung in West- und Ostpreußen, Posen und Pomern hat) erschienen zeitweilig jeden Tag große Annoncen, in denen Maurer verlangt wurden. Selbst unsere christlichen Brüder in Königsberg suchten durch Anzeigen im „Geselligen“ 100 Maurer aus der Provinz nach Königsberg zu ziehen. Aber auch diese Anzeigen hatten nicht den gewünschten Erfolg. Nur ganz wenige Kollegen eilten daraufhin der Stadt der reinen Bernunft zu. Freilich änderte sich dieser günstige Zustand nach kurzer Zeit wieder, aber im allgemeinen war kein Grund zur Klage über geringe Bautätigkeit vorhanden, wenn man auch eingesehen muß, daß in den meisten Orten die Bautätigkeit ziemlich spät einsetzte. Das läßt sich z. B. von Danzig betreffen. Am 27. April hatten wir in der Stadt Danzig noch 112 Arbeitslose, fast 600 betragten Kollegen, darunter 19 Kranke. Von der Zeit an trat aber eine wesentliche Besserung ein. Zeitweilig fanden sogar noch Kollegen von auswärts in Danzig Beschäftigung. Was uns das nächste Jahr in Danzig bringen wird? Die Unternehmer erzählten uns bei den Tarifverhandlungen, daß das Baugeschäft „völlig darniederliegt“ und daß wir nur auf die Bauproduktion angewiesen seien. Das trifft jedoch nicht in dem Maße zu. Von geplanten größeren Bauten ist zu erwähnen die Errichtung der neuen Eisenbahnbetriebswerkstätte in Trojel. Hier dürfte auch die private Bautätigkeit stark beginnen; eine Würde über die Wichtigkeit, die an dieser Stelle geplant ist, würde bereits die Dammspülungen auf beiden Seiten erfolgt sein. Dann ist weiter in Betracht zu ziehen die Wiederlegung der Wälle hinter dem Schlachthof, wodurch ebenfalls Baupläne entstehen werden; die Erweiterungsbauten der Kaiserlichen Werk sowie Neubauten der Schiffbauwerk u. a. m. Auch die Stadt steht vor mehreren neuen Projekten. Die Eisenbahnbetriebsverwaltung plant einen Neubau des Direktionsgebäudes am Olshor Tor, und zwar hat die Behörde dafür das dortige Jagarettgebäude erworben. Kirchenbauten planen die katholischen Gemeinden in Neufahrwasser und auf der Niederstadt. In Langfur wird ein neues Realgymnasium errichtet werden, der Bau einer Seemannslehre ist geplant. Was die private Bautätigkeit an betrifft, so muß diese infolge der herrschenden Wohnungsnot trügerisch sein. Schon im Jahre 1907 wurde statistisch festgestellt, daß 3259 Einzimmerwohnungen überflüssig waren, indem in ihnen sechs bis dreizehn Personen wohnten. Seit 1907 ist keine Wohnungsbauaufgabe aufgenommen. Vielleicht, weil die gemommenen Zahlen eine zu bequeme Sprache führten und man sich schente, liegt in die Danziger Wohnungsverhältnisse zu bringen. Die Mietpreise haben eine erschreckende Höhe erreicht. Eine Zweizimmerwohnung ist kaum unter 400 zu bekommen und Dreizimmerwohnungen kosten zwischen 500 und 800 jährlich. Ein Familienbater mit großer Familie kann, wenn er kein Arbeiter- oder kleinen Beamtenstande angehört, sich solche Wohnungen nicht leisten; denn dazu reicht sein Einkommen nicht zu. So kommt es, daß die kleinen Wohnungen ständig überfüllt sind. Da besonders ein Mangel an kleinen Wohnungen vorherrschte, in den Einkommensverhältnissen der Danziger Arbeiter sich aber kaum etwas zu ihren Gunsten geändert haben dürfte, so kann man getrost annehmen, daß die Wohnungsverhältnisse von 1907 auch heute noch bestehen. Darum kann man wohl den Schluß ziehen, daß die private Bautätigkeit jetzt nach den billigen Geldverhältnissen stärker einsetzen muß. Die Umgebung von Danzig hatte teils gute, teils mittelmäßige Bautätigkeit aufzuweisen. Nur in Döbba, Mewe, Pletagard und Joppo lief die Bautätigkeit sehr zu wünschen übrig. In Joppo wurde die Bautätigkeit gegen den Schluß des Jahres durch den Neubau des Schulhauses belebt. Was uns das nächste Frühjahr in der Umgebung von Danzig bringen wird, ist noch ungewiß. War in Marienwerder im ersten halben Jahre die Bautätigkeit sehr gut, in Marienburg i. Westpre. schlecht, so hat sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres ein vollständiger Wechsel dahin vollzogen, daß die Bautätigkeit in Marienwerder rapide ab- und in Marienburg durch Kasernenbauten stark zunahm, so daß unsere Mitgliederzahl zeitweilig bis 200 stieg, während sie sonst höchstens

zwischen 70- und 80 beträgt. Die Ausichten für das nächste Jahr sind in beiden Städten nicht schlecht. Von Graubenz haben wir keinen spezialisierten Bericht erhalten. Allgemein war die Bautätigkeit das ganze Jahr hindurch ziemlich flott, so daß auch noch auswärtige Arbeitskräfte Arbeit fanden. Für das Jahr 1910 sind ebenfalls keine Befürchtungen am Platze. In Exhorn, Straßburg i. Westpr., Elbing und Gohlershausen war die Arbeitsgelegenheit mittelmäßig. Wie in diesen Orten im kommenden Frühjahr die Bautätigkeit einsehen wird, ist gegenwärtig mit Sicherheit noch nicht zu sagen. Außerordentlich gut gestaltete sich der Arbeitsmarkt in Deutsch Eylau. Aber hier scheint die flotte Bautätigkeit wesentlich nachzulassen. Denn die Kasernenbauten sind fertiggestellt und die private Bautätigkeit dürfte kaum ausreichen, um allen Kollegen Beschäftigung zu bieten. Von Bromberg wird über gute Arbeitsgelegenheit berichtet. Das gleiche trifft für die Orte in der Umgegend zu. Angemeldet sind in Bromberg für das Frühjahr 80 Neu- und 7 Umbauten. In den Zweigvereinsgebieten Königsberg, Schlochau, Jampelburg und Czestak war ebenfalls ausreichende Arbeitsgelegenheit. Nur in Tuzel war es schlechter. In Czestak ist der Bau einer katholischen Kirche geplant. In größeren Bauprojekten wird für die kommende Zeit in diesen Orten nicht zu denken sein. Die Parzellierungen von größeren Gütern sind in diesem Gebiete erfolgt und andere größere Bauten stehen nicht in Aussicht. In Königsberg herrscht dringender Wohnungsmangel, so daß hier angenehmer ist, daß die private Bautätigkeit etwas lebhafter wird. In Höhe naja wollte die Bautätigkeit nicht vorwärts gehen, jedoch entwickelte sich die Bautätigkeit im Landgebiet, so daß über Arbeitsmangel nicht geklagt wurde. Einem Ausblick in die Zukunft wagen wir nicht zu tun, weil uns Anhaltspunkte hierfür leider nicht zur Verfügung stehen. Weñlich wie in Westpreußen und den genannten Städten der Provinz Polen zeigte der Arbeitsmarkt auch in Ostpreußen eine anhaltend gute Tendenz. Besonders viel gebaut wurde in Königsberg. Vorwiegend wurden öffentliche Gebäude, wie Staats- und Kommunebauten, Fabrikgebäude usw. errichtet, während die private Bautätigkeit noch weiter zurückging als in den früheren Jahren. Nach dem Bericht des statistischen Amtes wurden errichtet:

Jahr	Zahl der Neubauten	Zahl der Wohnungen
1906	140	1471
1907	116	1197
1908	81	718
1909	68	328

Diese Zahlen erstrecken sich auf die ersten drei Quartale der genannten Jahre, und zeigen, daß die private Bautätigkeit im Jahre 1909 einen ganz abnormen Tiefstand erreicht hat. Wenn wir trotzdem eine gute Bautätigkeit aufweisen hatten, so war dies hauptsächlich auf die gewerbliche und befördliche Bautätigkeit zurückzuführen. Es herrschte sogar im Juli und August eine rege Nachfrage nach Arbeitskräften. Die offenen Arbeitsstellen konnten durchaus nicht alle rechtzeitig besetzt werden. Der Zugang war nur minimal, was seinen Grund darin hat, daß die Löhne in Königsberg nur noch ein wenig Kenngröße höher sind, als die in der Provinz und daß in der Provinz meist auch gute Arbeitsgelegenheit vorhanden war. Wie sich die Konjunktur in diesem Jahre gestalten wird, können wir noch nicht mit aller Bestimmtheit sagen, alle Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß sie besser werden wird. Nach dem Bericht des statistischen Amtes betrug die Zahl der Abbrüche von Wohnhäusern 1908 13, im Jahre 1909 20, so daß man hieraus schon schließen kann, daß auch in der privaten Bautätigkeit eine kleine Besserung eintreten dürfte. Durch die minimale private Bautätigkeit in den letzten drei Jahren ist eine bedeutende Wohnungsnot entstanden. Ueber die Zählung der leerstehenden Wohnungen zu Anfang Dezember 1909 schreibt das statistische Amt:

Es standen im ganzen 411 lediglich zum Wohnen bestimmte Wohnungen leer, 110 offene Käden, 15 zu Bureau- oder sonstigen Geschäftszwecken benutzte Lokale, und 34 beziehungsweise 13 mit Wohnungen verbundene Käden beziehungsweise Geschäftslokale. Unter den nur zum Wohnen bestimmten Wohnungen fanden 38 leer, weil sie teilweise geschlossen waren, 11 sind zum Abbruch bestimmt, 8 sind im Umbau begriffen, 37 befinden sich in vollzeitlich noch nicht abgenommenen Neubauten, 20 sind vermietet, aber noch nicht bezogen, und für 297 hatte sich kein passender Mieter gefunden. Die Zahl der zum Teil auch zum Wohnen benutzten offenen Käden beziehungsweise sonstigen Geschäftslokale beträgt 34 beziehungsweise 13. Für den Wohnungsmarkt kommen somit nur 344 Wohnungen usw. oder 0,59 v. S. aller Wohnungen in Frage. Von den 297 lediglich Wohnzwecken dienenden leerstehenden Wohnungen hatten 66 je ein heizbares Zimmer, 87 je zwei heizbare Zimmer, 47 je drei, 80 je vier, 27 je fünf, 19 je sechs, 17 je sieben, 1 acht und 3 je mehr als acht Zimmer.

Zum großen Teil ist diese himmelschreiende Wohnungsalamantität darauf zurückzuführen, daß die Stadt wegen des steinernen Grundes, der sie auch heute noch umgibt, keine genügende Ausdehnungsmöglichkeit hatte. Das wird anders werden, wenn mit der Entfestigung, die bereits im vorigen Jahre beschlossen wurde, begonnen werden wird. Daß die Entfestigung nicht gar zu schnell in Angriff genommen wird, dafür haben die Interessenten für hohe Grund- und Bodenpreise schon gesorgt. Immerhin wird aber in nächster Zeit mit der Freilegung eines Teiles der Festungswälle und Mauern begonnen werden müssen, und da die Kasernen alle außerhalb der jetzigen Ringmauern gelegt werden sollen, so können wir für die kommende Zeit auf reichliche Arbeitsgelegenheit rechnen. Weiter war die Arbeitsgelegenheit gut in Insterburg, Gumbinnen, Pillkallen, Stallupönen, Guttshenen, Goldap und in den masurenischen Städten Lyck, Proßten, Johannisburg, Elben und Sensburg. In Goldap und Lyck sind umfangreiche Kasernenbauten in Angriff genommen; dadurch wird die

Bautätigkeit in diesem ganzen Gebiet günstig beeinflusst werden. In Rastenburg klagten die Kollegen fortwährend über Mangel an Arbeitsgelegenheit, der teilweise dadurch behoben werden konnte, daß arbeitslose Kollegen am Mutterheim in Wägen Beschäftigung fanden. Die im Anfang des ersten halben Jahres recht langsam einsetzende Bautätigkeit in Osterode besserte sich ganz bedeutend, so daß wir sagen können, sie war zureichend. Auch im kommenden Frühjahr dürften unsere Kollegen volle Beschäftigung im Baugewerbe finden, zumal auch hier ein ständiger Mangel an Wohnungen zu verzeichnen ist. Von Tilsit sagten wir im vorigen Bericht, daß die Bautätigkeit nicht soflig aussehe. Das gleiche traf auch auf die zweite Hälfte des Jahres zu. Allen Anschein nach verspricht das Frühjahr unsern Kollegen genügend Arbeit zu bringen. Die Wohnungsverhältnisse lassen auch hier alles zu wünschen übrig. Zurecht stehen an vermietbaren Wohnungen nur 87 Leer, das sind 0,97 pzt. Hier hätte die private Bautätigkeit ein arbeitsreiches Feld zur Betätigung und Linderung der tatsächlichen Wohnungsnot. Von Memel läßt sich berichten über eine schwache Bautätigkeit, die voraussichtlich auch im laufenden Jahre, keine wesentliche Besserung erfahren dürfte. Dagegen konnte sich die Bautätigkeit in Allenstein, der Domäne des christlichen Verbandes, hier wird in diesem Jahre eine Gewerbeausstellung eröffnet; die Bautätigkeit beruht durchwegs auf reichlichen zu werden. Ueber die Bautätigkeit der pommerischen Städte Rastenburg, Witom und Stolp lag zur Klage kein Wort vor. Im Gegenteil war sie durchaus gut. Auch in diesem Jahre dürfte die Arbeitsgelegenheit gut werden. Die Erbauung des Kreis-elektrizitätswerkes (zwei Millionenprojekt) in Stolp ist beschlossen. Außerdem steht die Erbauung eines Krankenhauses in näher Aussicht. Die private Bautätigkeit dürfte sich ebenfalls gut entwickeln. Leerstehende Wohnungen waren in Stolp vorhanden: 1907 178 oder 1,74 pzt., 1908: 192 oder 2,48 pzt., 1909: 193 oder 2,43 pzt. Ganz so schlimm wie in Königsberg und Tilsit sieht es ja nach dieser Statistik, die wir dem Jahrbuch der Stadt Stolp entnehmen, nicht aus. Der Magistrat spricht auch davon, daß in Zukunft mehr gebaut werden müsse. Im allgemeinen können wir also unsere Behauptung aufrecht erhalten, daß im vergangenen Jahre im Gau Danzig reges geschäftliches Leben im Baugewerbe herrschte, was der Allgemeinheit und auch unsern Kollegen zugute kam. Aber auch zu Beforgnissen für die kommende Zeit dürfte abfolul keine Veranlassung vorliegen, das beweisen die einzelnen Berichte; auf gegenteilige Aeußerungen aus Unternehmerrreisen ist kein Gewicht zu legen.

Gau Hannover.

Im ersten Halbjahre konnten wir durchweg von einer starken Belebung der Bautätigkeit berichten. Leider hat diese Aufwärtsbewegung im zweiten Halbjahr nicht im gleichen Tempo angehalten, abgesehen von Hannover, wo das ganze Jahr hindurch bis spät in den Winter hinein äußerst rege gebaut wurde.

Die beigefügte Statistik ermöglicht einen Einblick in die Entwicklung der Bautätigkeit. Bei einem Vergleich mit früheren Jahren darf nicht übersehen werden, daß die letzten beiden Jahre durch Einberufung mehrerer Vororte günstiger erscheinen als sie tatsächlich sind.

Bezeichnung der geschlossenen Bauten	Im Jahre						
	1895	1900	1905	1906	1907	1908	1909
Vorberhäuser	238	118	189	171	164	235	334
Hinterhäuser	49	24	10	29	13	11	32
Fabrik- und Geschäftsgebäude und Anbauten	9	13	38	28	24	18	44
Städtische Gebäude	4	3	15	26	11	11	14
Fiskalische Gebäude	5	11	19	10	24	27	24
Ställe, Schuppen usw.	290	207	327	325	385	380	385
Anbauten	184	107	82	71	124	102	69
Umbauten	551	675	908	904	941	1111	1213

An Wohnungen sind im Jahre 1909 entstanden (durch Neu- resp. An- und Umbau) 2678, durch Abbruch sind beseitigt worden 188, so daß sich ein Zugang von 2520 Wohnungen ergibt; das bringt auf 1000 Einwohner einen Zugang von neun Wohnungen. Damit dürfte weit über das Bedürfnis hinaus gebaut sein. Leider besitzt Hannover keine Statistik über das Wohnungswesen, um auch hierin klar sehen zu können. Bei den 334 genehmigten Vorderhäusern sind 62 Einfamilienhäuser. Unter den 2678 Neubauten Wohnungen sind: zwei mit zwei und 73 mit drei heizbaren Zimmern; alle übrigen sind größere Wohnungen. Es herrscht darum ein fühlbarer Mangel an kleinen und mittleren Wohnungen; insbesondere sind die Mietpreise so hoch, daß sie teilweise außer jedem Verhältnisse zu den Einkommen der Arbeiter usw. stehen.

In den Zweigvereinen Celle und Winsen a. d. Aller war die Bautätigkeit äußerst gut, namentlich im ersten Halbjahr. Im zweiten Halbjahr ist sie in Celle etwas abgeflaut. In Winsen a. d. Aller, wo die Industrialisierung stark fortgeschritten, waren Firmen aus Wiefeld und Hannover durchweg mit mitgearbeiteten Arbeitskräften tätig. Leider haben sich diese durch Ueberföhrten der ortsbildlichen Arbeitszeit nicht gerade beliebt gemacht. Auch Wiefeld hatte eine wesentlich bessere Bautätigkeit als im Jahre 1908. Die Bauzeit hat sich aber mehr im Zuge der Peripherie bewegt und auch hier wurden vornehmlich größere Wohnungen gebaut. In der inneren Stadt wurde nur wenig gebaut. Da leerstehende Wohnungen nur sehr wenig vorhanden, und billigerer Wohnungsbau überhaupt nicht zu haben sind, so dürfte der Wohnungsbau auch weiterhin das Baugewerbe beschäftigen, zumal da sich auch in der Industrie eine regere Tätigkeit bemerkbar macht.

In Hildesheim wurde im ersten Halbjahr äußerst flott gebaut; doch auch hier ist im zweiten Halbjahr ein Rückgang eingetreten. Immerhin kann man die Konjunktur allgemein gut nennen.

In Göttingen ist äußerst lebhaft gebaut worden; im ganzen wurden 71 Neubauten, 41 Umbauten und drei

neue Brücken hergestellt. Hierunter sind zwei Kasernenbauten und zwei Kliniken. Ungünstig den Arbeitsmarkt beeinflusste der Umstand, daß an dem Bahnbau Göttingen-Bodenfelde nur Ausländer beschäftigt werden, obwohl es an ortsansässigen Arbeitskräften nicht fehlte.

In Minden i. B. ist man über den Anlauf zu einer besseren Bautätigkeit kaum hinausgekommen. Man hat sich so recht und schlecht durchgeschlagen mit der Hoffnung, daß der Beginn der Arbeiten für den Rhein-Weser-Rhein-Canal Besserung schafft.

Von Dehnhausen, Wülfenburg und Stadtbergen ist nichts Besseres zu berichten. Außerst lebhaft war die Bautätigkeit in Sarstedt. Hier waren es der Bau eines Kalandwerks, die Erweiterung einer Wollherdfabrik und der hiermit im Zusammenhang stehende Zugang von Arbeiterfamilien, die den Wohnausbau belebten.

Wenn die Bautätigkeit in Braunschweig auch gegenüber den früheren Jahren eine wesentliche Besserung aufweist, so kann man aber doch noch nicht von befriedigenden Zuständen sprechen. Die Begleiterscheinungen jeder Krise: die Substantiation von Gebäuden, zeigen eine rückläufige Bewegung. In Wolfenbüttel hat das zweite Halbjahr einen Rückgang der Bautätigkeit gebracht. Befriedigender war die Bautätigkeit in Goslar; hier herrscht ein großer Mangel an kleinen und mittleren Wohnungen. In den Garggebieten war von einer Besserung nichts zu bemerken. Die Kollegen müssen jahraus jahrein außerhalb ihres Wohnortes der Arbeit nachgehen. Die Bautätigkeit in Wittingen, fast beeinflusst durch neue Verkehrsverbindungen im Eisenbahnbau. In allen nicht genannten Orten dürfte sich die Bautätigkeit gegenüber der im Jahre 1908 gebessert haben.

Gau Stettin.

Von den 88 Vorbezirken des Gaues Stettin hatten 45 eine gute, 30 eine mittlere und 13 eine schlechte Arbeitsgelegenheit. Berücksichtigt man hierbei aber die späte Aufnahme der Bauarbeiten im Frühjahr und das meist frühe Ende im Herbst, so steht fest, daß auch das Jahr 1909 für unsere Kollegen zu den schlechten gehört. In fünf Bezirken, die noch im August über gute Arbeitsgelegenheit berichteten, war diese schon im September sehr viel schlechter geworden, und in drei Bezirken, wo im August eine ganz lahme Bautätigkeit herrschte, brachte der Herbst einen frischen Aufschwung. Doch abgesehen von den Einzelerscheinungen im August, war die Beschäftigung sehr gut. Es standen in Arbeit:

Jahr	Bezirke	Unternehmer	Pollere	Stellen	Zehrlinge
1905	82	576	565	5896	1240
1908	87	646	661	6566	1343
1909	88	747	692	6788	1315

Das Mehr entfällt hauptsächlich auf Stettin; während hier im Jahre 1908 339 Maurer, 23 Baur, 42 Ziehmaler und 55 Zementierer in Arbeit gestanden haben, wurden im Jahre 1909 561 Maurer, 51 Baur, 64 Ziehmaler und 148 Zementierer gezählt. In einigen Städten brachten umfangreiche durch Kanalisation bedingte Erdarbeiten den Bauarbeitern gute Beschäftigung. Ueber die Ausichten der Bautätigkeit im Jahre 1910 läßt sich Bestimmtes nicht mitteilen. In Stettin stellte eine im Oktober 1909 vorgenommene Wohnungsstatistik 4,6 pzt. leerstehender Wohnungen fest. Dies würde bei andauernd guter Beschäftigung der in Stettin vorhandenen Industrie eine normale Differenz bedeuten, doch ist nach Lage der Sache nicht auf einen sehr guten Geschäftsgang zu rechnen. Die Bauten werden in den einzelnen Stadtbezirken mehr nach den tatsächlichen Bedürfnissen in Angriff genommen, und die Spekulation hat sich nicht von den letzten Schlägen erholt. In der Provinz wird die Bautätigkeit durch den Kasernenbau in Swinemünde, durch die Neubauten an der Bahn Geringsdorf-Zinnow, sowie durch einige Schulbauten in verschiedenen Kreisstädten etwas lebhaft werden. Soweit sich feststellen läßt, sind dieser 2 Millionen Mark für diese Zwecke ausgesetzt. Durch die Landbank und die Anleihekommmission sollen etwa 45 Gehöfte neu errichtet werden. Die Ausichten sind für 1910 zwar nicht glänzend, doch ist bestimmt auf eine mittlere Beschäftigung zu rechnen.

Gewerkschaftliches.

\* Von den französischen Gewerkschaften. Dem soeben erschienenen Berichte des französischen Arbeitsamtes über die Gewerkschaftsbewegung, der sich sowohl auf die Gewerkschaften der Arbeiter, wie auch auf Unternehmer- und gewerbliche Organisationen erstreckt, ist die auffallende Tatsache zu entnehmen, daß im Jahre 1908 die Zahl der Arbeitergewerkschaften um 170, die Zahl ihrer Mitglieder um 12 341 abnahm, während die Organisationen der Unternehmer sich um 234 vermehrten und die Zahl ihrer Mitglieder um 8666 zunahm! Auch die gemischten oder gelben Gewerkschaften zeigen einen, wenn auch nur geringen Fortschritt: sie nahmen um acht Gruppen und 507 Mitglieder zu. Es bestanden am 1. Januar 1909 insgesamt 6364 Arbeitergewerkschaften mit 944 761 Mitgliedern und 4190 Unternehmerorganisationen mit 240 141 Mitgliedern sowie 178 gemischte Gewerkschaften mit 24 896 Mitgliedern. Diese Zahlen deuten auf die noch vielfach vorherrschende Kleinindustrie hin, beweisen aber jerner, daß die Unternehmer viel eifriger als die Arbeiter bemüht sind, sich zu organisieren, daß sie die Forderungen der deutschen Arbeiterbewegung der Schriftzen der deutschen Gewerkschaftszentralen vermittelt werden, wohl zu

würdigen wissen. Allein im Departement der Seine wurden 137 797 organisierte Unternehmer bei einer Zahl von 347 806 organisierten Arbeitern gezählt. Von den Arbeitern können übrigens nur etwa 70 000, die dem Pariser Gewerkschaftsverbande angeschlossen waren, als moderne Gewerkschaftler betrachtet werden. Insgesamt gehören etwa 270 000 organisierte Arbeiter, also noch nicht 30 pSt. aller Gewerkschaftsmittelglieder, der gewerkschaftlichen Landeszentrale Frankreichs, der Confédération Générale du Travail, an. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug in den Arbeitergewerkschaften 8,7 pSt. der Gesamtmitgliedszahl, in den Unternehmerorganisationen 1,7 pSt. und in den gemischten Organisationen 18,5 pSt. Interessant ist ferner, daß 389 Unternehmerorganisationen regelmäßig oder periodisch erscheinende Organe herausgaben, gegenüber 209 derartigen Publikationen aller Arbeiterorganisationen. Die mächtig zunehmende Macht der Unternehmerorganisationen, neben der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, wird zweifellos auch die französische Gewerkschaftsbewegung in andere Bahnen lenken und sie zu größerer Konzentration ihrer Kräfte drängen.

Eigentümliche Einrichtungen der französischen Gewerkschaften sind die von den Gemeinden und Provinzen zur Verfügung gestellten und subventionierten Arbeitsbüros. Am 1. Januar 1909 bestanden in Frankreich insgesamt 143 Arbeitsbüros. Im Jahre 1908 bezogen 102 dieser Anstalten von den betreffenden Gemeinden Fr. 314 726 und von der Provinz Fr. 52 225, zusammen also Fr. 366 951 Subvention. Darunter befindet sich a. B. eine Arbeitsbüro in Traquignon, der 128 organisierte Arbeiter angeschlossen sind, die Fr. 1500 jährliche Subvention bar beziehen. Die Subvention der Pariser Arbeitsbüro beträgt sich auf Fr. 110 000, dabei enthalten die beiden Gebäude, die die Stadt den Gewerkschaften mit samt der Einrichtung und Bedienung gratis zur Verfügung stellt, über 100 Bureaus und Verammlungsäle, die 50 bis 3000 Personen fassen. Die Vorsubventionen werden von den Gewerkschaften selbst, jedoch unter Aufsicht und Kontrolle des Präfekten, verteilt, und zwar entsprechend der Mitgliederzahl und der Bedeutung des Arbeitsamtes der betreffenden Gewerkschaft, der ja dadurch gefördert werden soll. — Die reformistische Richtung in der französischen Gewerkschaftsbewegung agitiert sehr lebhaft dafür, daß die Gewerkschaften durch entsprechende Vertragsleistung der Mitglieder sich in den Stand setzen sollen, auf jede Subvention von Gemeinde und Staat, die unter solchen unwürdigen Bedingungen gegeben wird, wie dies zur Zeit der Fall ist, zu verzichten. Die französischen Gewerkschaften erhalten aber auch zum Zwecke von Ausstellungen, größeren Establishments, Kongressen (auch gewerkschaftlichen) im In- und Auslande recht oft erhebliche Unterstützung, und zwar u. a. unter der Bedingung, daß die Delegierten nach ihrer Rückkehr der Verbände einen Bericht über ihre Weise, den Kongreß usw. liefern. Dieses ganze Subventionswesen hat zweifellos mancherlei Schäden für die Arbeiterbewegung zur Folge, denen sich auch die französischen Gewerkschaftler auf die Dauer nicht verschließen können. Die wichtigsten hiervon sind folgende, mit den Mitteln der Arbeiterbewegung selbst Verammlungslokalitäten oder Arbeiterbüros zu erhalten, hatten infolge der finanziellen Schwäche der Organisationen leider noch wenig Erfolg, doch werden sie zweifellos dazu beitragen, einer angemessenen Reform des Vertragswesens der französischen Gewerkschaften die Wege zu ebnen.

### Soziales.

**Wahlen.** In Breslau fand am 24. Februar die Wahl der Weisiger zum Gewerbegericht statt. Im den Einfluß der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu schwächen, hatte man die Proportionalwahl eingeführt. Die Schwächung ist indes nicht geglückt; denn für die Liste der Arbeiterdeputierten der freien Gewerkschaften wurden 7 918 Stimmen abgegeben, während es das christliche Kartell nur auf 610 und der Friedrich-Dürscheid-Gewerkschaft auf 406 Stimmen brachte. Aber auch auf die von den freien Gewerkschaften präsenzierte Liste der Unternehmerdeputierten wurden 1 34 Stimmen abgegeben. Auf die freien Gewerkschaften entfielen 45 Arbeiterdeputierte und 18 Unternehmerdeputierte, insgesamt also 58 Sitze. Das sind, wie die „Breslauer Volkswacht“ mitteilt, sieben Sitze mehr, als die freien Gewerkschaften bei jeder anderen Form der Wahl erlangen konnten.

### Eingegangene Schriften.

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

„Die neue Zeit“, Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie“, Nr. 29 des 28. Jahrgangs. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Preis 26 A.

**Weispieler und Aufgaben von bautechnischen Rechnen.** Für den Unterricht in den Baugewerkschulen und in den Fachklassen der gewerblichen Fortbildung- und Handwerkerschulen. Zusammengestellt von E. Haabe. Dritter Teil. Anwendung der bürgerlichen Rechnungsarten auf bautechnische Aufgaben. Kostenberechnungen. Das Tabellenrechnen. Wochenschrifts Verlagsgesellschaft, Essen. Preis M. 2,40.

**Sisyphusarbeit oder positive Erfolge.** Beiträge zur Veranschaulichung der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften. Verlag der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin SO. 16, Engelshofer 15. Die Schrift enthält im wesentlichen die unter dem gleichen Titel im „Correspondenzblatt“ im Jahre 1909 erschienene Artikelserie. Der Buchhandlungspreis beträgt 50 A.

„Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Nr. 11 des 20. Jahrgangs. Redigiert von

Klara Zellin. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis der Nummer 10 A.

„Der wahre Jacob“. Sozialdemokratisches Volksblatt. Nr. 6 des 27. Jahrgangs. Preis 10 A.

### Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht. Ebenso erstellen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

Zum Einbinden fehlen uns die Nr. 19, 21 und 31 der „Heinrichs-Wöchentlichen Arbeiterzeitung“ vom Jahre 1909. Kollegen, die diese Nummern besitzen oder sie für uns besorgen können, bitten wir um gefällige Uebersendung.

### Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 16 A.)

**Mittling.** Am 26. Februar verschied unser treues Mitglied und Gründer des hiesigen Zweigvereins **Ludwig Jetzlsberger** im Alter von 56 Jahren an Herz- und Leberleiden.

**Barmen.** Am 24. Februar starb unser Kollege **Hugo Jakobs** im Alter von 49 Jahren an der Proletariatskrankheit.

**Cüstrin.** Am 26. Februar starb unser Verbandskollege **Ferdinand Golz** im Alter von 67 Jahren an Infuenza und Lungenentzündung.

**Dresden.** Am 18. Februar starb unser Verbandskollege **Hermann Pfeifer** aus Höckendorf im Alter von 41 Jahren. — Am 21. Februar starb unser Mitglied **Otto Kegel** aus Groß-Luga im Alter von 35 Jahren an Lungenleiden. — Am 23. Februar starb unser Verbandsmitglied **Johann Heinrich Graf** im Alter von 67 Jahren an Herzschwäche. — Am 23. Februar starb unser Mitglied **Karl Friedrich Gerisch** aus Rötzig im Alter von 52 Jahren an Krampfanfällen. — Am 24. Februar starb der Kollege **Karl Andreas** im Alter von 66 Jahren an Lungenentzündung.

**Essen a. d. Ruhr.** Am 25. Februar starb unser langjähriger Mitglied **Hugo Pfeifer** im Alter von 26 Jahren infolge eines Unfalles.

**Großhadersdorf.** Am 24. Februar starb unser Kollege **Wolfgang Röck** im Alter von 42 Jahren freiwillig aus dem Leben.

**Saunaber.** Am 23. Februar starb unser Verbandskollege **W. Hähle** im Alter von 38 Jahren an Lungenentzündung.

**Wülheim-Oberhausen.** Am 28. Februar starb unser eifriges Mitglied **Heinrich Rensch** im Alter von 29 Jahren infolge eines Unfalls.

**Mühlberg-Richtenberg.** Am 4. Februar starb unser Kollege **Wilhelm Dietze** im Alter von 34 Jahren an Augenentzündung. — Am 26. Februar starb unser Kollege **Karl Schuster** im Alter von 65 Jahren infolge Schlaganfalls.

**Münberg-Güth.** Am 20. Februar starb unser Kollege **Andreas Schmeisser** im Alter von 31 Jahren durch Unfallsfall.

**Odenburg i. G.** Am 23. Februar starb unser treues Mitglied **Hermann Wollweber** im Alter 52 Jahren an Gehirnhautentzündung.

**Schroßwig.** Am 23. Februar starb unser Kollege **Josef Wietzorek** im Alter von 33 Jahren an Lungentuberkulose.

**Waldham.** Am 15. Februar starb nach langem Leiden unser treuer Kollege **Heinrich Petras** an Lungentuberkulose.

**Woh a. S.** Am 22. Februar starb nach langem, schwerem Leiden unser Verbandskollege **Balthasar Riffelmacher** im Alter von 51 Jahren an Magen- und Leberleiden.

**Schwabach.** Am 20. Februar starb unser Kollege **Joh. Farnbacher**, 51 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

**Wiesbaden.** (Zahlstelle Namabach.) Am 23. Februar starb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Kollege und langjähriger Kassierer **Wilhelm Becker** im Alter von 31 Jahren an Herzschwäche.

**Waldenberg i. d. R.** Am 15. Februar starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege **Franz Mülke** aus Lengendorf im Alter von 50 Jahren an Magenleiden.

**Würgburg.** Am 27. Februar starb unser Kollege **Nikolaus Brust** im Alter von 53 Jahren infolge eines Schlaganfalls.

Ehre ihrem Andenken!

**Wilhelm Heinze**, Verb.-Nr. 204 761, geboren am 4. November 1877 in Alt-Strelitz, wird ersucht, zu seiner Familie nach Hamburg zurückzukehren. Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, Mitteilung gelangen zu lassen an **Frau Heinze**, Hamburg, Schwabenstr. 32. [M. 1,80]

**Richard Gorges**, Maurer, geb. 16. Februar 1889 in Groß-Verndien, wird ersucht, wegen einer Erbschaftssache sofort seine Adresse an Herrn **Karl Hildebrandt**, Landwirt in Groß-Verndien, mitzuteilen. [M. 1,50]

**Hermann Müsing**, geboren zu Pappenburg, wird gebeten, seine Adresse an seinen Bruder, **Anton Müsing**, Cöln, Erlererstr. 45, 3. Et., gelangen zu lassen. [M. 1,80]

Der Vorstand des Zweigvereins Cöln.

**Wilh. Röwer** aus Helsen wird von seiner Mutter gesucht. Zweigvereinsvorstände, die seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, seine Adresse an Frau **Röwer**, Helsen, Wohlham 42, zu senden. [M. 1,20]

### Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorhändler, K Kassierer, L Vereinstafel, H Verberge, R Reiseunterstützung wird ausgesetzt sein.)

**Mittling.** V. Georg Schäffler, Mittling, Karolinenstraße, Haus 2911.

**Kolmar i. Pr.** V. Ernst Kohn, Schulstr. 4. K. Paul Sprenger, Moonstr. 2.

**Stegau.** Die gesamten Geschäfte des Zweigvereins, auch die des Kassierers, werden von jetzt an im Bureau des Gewerkschaftshauses, 1. Et., Rathausstr. 1, erledigt. Alle Sendungen sind dahin an Rudolf Bohner zu adressieren.

**Waldenberg.** K. Ernst Gehring, Brauhausstr. 6.

**Zentralkrankenkasse der Maurer usw.** Steglitz, V. Karl Mähler, Sadmitr. 8. K. Otto Mize, Kurze Straße 11a. Kassierlok. Rohmann, Schloßstr. 117.

### Verammlungs-Anzeiger.

**Verbandsverammlungen der Maurer.** Sonntag, den 6. März.

**Beelitz i. d. M.** Nachm. 4 Uhr bei Verammlung.

**Belzig.** Nachm. 4 Uhr bei Feix Zehle, Vereinstafel.

**Bergan a. R.** Nachm. 3 Uhr Generalsverammlung.

**Boitzenburg a. d. E.** Nachm. 3 Uhr bei Herrn Ohle, „Gasthof zur Sonne“.

**Buxtehude.** Nachm. 4 Uhr im Vereinstafel. Z.-D.: Lohnfeste.

**Eimshorn.** Bei Hofwedder.

**Finsterwalde.** Nachm. 3 Uhr im Gesellschaftshaus Raunhof.

**Glatz.** Vorm. 10 Uhr bei Deutschmann. Der Gauleiter ist anwesend.

**Granse.** Nachm. 3 Uhr im französischen Lokal. Z.-D.: Bericht vom Verbandstage und Bericht des Vereinstafel.

**Langenwetzendorf.** Nachm. 4 Uhr bei Witte Sporn.

**Letschin.** Nachm. 3 Uhr im „Hotel deutsches Haus“. Wichtige Tagesordnung!

**Luckenwalde.** Außerordentliche Mitgliederversammlung. Z.-D.: Bericht der Lohnkommission. Bericht des Vereinstafel. Referent: Otto Reymann, Berlin.

**Prieß.** Vorm. 11 Uhr im Vereinstafel. Mitgliedlicher mitbringen.

**Rastenburg.** Nachm. 3 Uhr im Gesellschaftshaus. Tagesordnung sehr wichtig. Verbandsbuch ist mitzubringen.

**Würgburg.** Z.-D.: Bericht vom Verbandstage. Steig ist anwesend.

**Liegnitz.** Abends 6 Uhr. Z.-D.: Bericht vom Verbandstage.

**Freitag, den 11. Februar.** Abends 6 Uhr in der „Hofe“. Z.-D.: Stellung des württembergischen Baugewerkschaftler zum Tarifwesen.

**Sonntag, den 13. März.** Vorm. 10 Uhr ordentliche Generalversammlung im Gesellschaftshaus. Mitgliedlicher sind mitzubringen.

**Bamberg.** Nachm. 3 Uhr im „Gasthof zur Sonne“ (Mittel-Schreibergasse). Z.-D.: unsere Lohnverhältnisse. Bericht des Vereinstafel.

**Zollener und Steinhölzer.** Sonntag, den 6. März. Zollener. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Pflugs, „Hotel zur Wolf“ in Oberhausen.